

111. Sitzung

am Dienstag, dem 6. November 2012, 14.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 10328

Geburtstagswünsche für die Abgeordneten
Natascha Kohnen und **Christine Kamm** 10328

Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

zur Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes

Doppelsicherungsverbot beseitigen

(Drs. 16/14203)

- Erste Lesung -

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER)..... 10328

10332

Dr. Otmar Bernhard (CSU)..... 10329

Annette Karl (SPD)..... 10330

Thomas Mütze (GRÜNE)..... 10331

Dietrich Freiherr von

Gumpenberg (FDP)..... 10331

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss..... 10333

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)

Beschluss..... 10333

Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Florian Ritter u. a. (SPD)

Rehabilitierung der nach 1945 in beiden deutschen Staaten wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen Verurteilten

(Drs. 16/12680)

Beschlussempfehlung des
Verfassungsausschusses (Drs. 16/13947)

Franz Schindler (SPD)..... 10333

Dr. Franz Rieger (CSU)..... 10334

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER)..... 10336

Claudia Stamm (GRÜNE)..... 10336

Dr. Andreas Fischer (FDP)..... 10337

Staatsministerin Dr. Beate Merk..... 10338

Namentliche Abstimmung..... 10339

Bekanntgabe des Ergebnisses der namentlichen
Abstimmung (s. a. Anlage 2) 10342

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar u. a. und Fraktion (SPD)

Beitritt des Freistaats Bayern zum Netzwerk gentechnikfreier Regionen in Europa

(Drs. 16/12788)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses
(Drs. 16/14168)

Natascha Kohnen (SPD)..... 10339 10340 10345
10347

Reinhard Pachner (CSU)..... 10340 10341
10344

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER)..... 10341

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER)... 10342 10343

Klaus Steiner (CSU)..... 10342

Anne Franke (GRÜNE)..... 10343 10343 10344
10346

Dr. Otto Bertermann (FDP)..... 10344 10345 10346

Staatssekretärin Melanie Huml..... 10346 10347

Namentliche Abstimmung..... 10347

Bekanntgabe des Ergebnisses der namentlichen
Abstimmung (s. a. Anlage 3) 10348

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Zeitzeugenprojekt praxisnah auch in den Bildungseinrichtungen in Bayern umsetzen

(Drs. 16/12761)

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses

(Drs. 16/14442)

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER).....	10347
	10349 10350 10352
Berthold Rüth (CSU).....	10348 10349
Dr. Christoph Rabenstein (SPD).....	10349 10350
Thomas Gehring (GRÜNE).....	10350
Julika Sandt (FDP).....	10351 10352
Beschluss.....	10353

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Sicherung von Grundschulstandorten

(Drs. 16/13720)

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses

(Drs. 16/14444)

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER).....	10353
Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU).....	10353 10355
Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER).....	10355
	10357 10359
Martin Güll (SPD).....	10355 10356
Manfred Ländner (CSU).....	10356
Thomas Gehring (GRÜNE).....	10356 10357
Renate Will (FDP).....	10357 10359
Staatssekretär Bernd Sibler.....	10359
Namentliche Abstimmung.....	10360

Bekanntgabe des Ergebnisses der namentlichen Abstimmung (s. a. Anlage 4) 10371

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harald Güller, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

Kein GBW-Verkauf vor der Landtagswahl

(Drs. 16/13272)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses

(Drs. 16/14439)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wohnungsentwicklungspolitisch und sozialverträglich bestes Konzept bei der Vergabe des GBW-Wohnungsbestandes berücksichtigen (Drs. 16/12629)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 16/14436)

Harald Güller (SPD).....	10361 10364
Christine Kamm (GRÜNE).....	10362 10363 10364
	10366 10368
Ludwig Wörner (SPD).....	10362 10369
Erika Görlitz (CSU).....	10363 10364 10365
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER).....	10365
Karsten Klein (FDP).....	10366 10366
Staatssekretär Franz Josef Pschierer.....	10366
	10368 10369 10369 10370
Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER).....	10370
Ernst Weidenbusch (CSU).....	10370

Namentliche Abstimmung zum SPD-Dringlichkeitsantrag 16/13272..... 10370

Namentliche Abstimmung zum GRÜNEN-Antrag 16/12629..... 10371

Bekanntgabe des Ergebnisses der namentlichen Abstimmung zum SPD-Dringlichkeitsantrag 16/13272 (s. a. Anlage 5) 10382

Bekanntgabe des Ergebnisses der namentlichen Abstimmung zum GRÜNEN-Antrag 16/12629 (s. a. Anlage 6) 10382

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Inge Aures, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

Vollständige Information des Parlaments über die BayernLB - insbesondere das Beihilfefverfahren der EU-Kommission - als Grundlage für die weitere Begleitung der künftigen Entscheidungen über die Landesbank durch den Landtag (Drs. 16/13274)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 16/14440)

Inge Aures (SPD).....	10371
Ernst Weidenbusch (CSU).....	10372 10373 10374
	10379
Volkmar Halbleib (SPD).....	10374 10374 10378

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER).....	10375 10378 10381	Beschluss.....	10382
Eike Hallitzky (GRÜNE).....	10376 10379	Schluss der Sitzung.....	10382
Karsten Klein (FDP).....	10377 10378 10378 10379 10379		
Staatssekretär Franz Josef Pschierer.....	10379 10380 10381		

(Beginn: 14.04 Uhr)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 111. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegeheimung gebeten. Sie wurde erteilt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, spreche ich zwei Geburtstagsglückwünsche aus. Am 27. Oktober feierte Frau Kollegin Natascha Kohnen einen halbrunden Geburtstag. Am 1. November feierte Frau Kollegin Christine Kamm einen runden Geburtstag. Ich wünsche Ihnen im Namen des gesamten Hauses und persönlich alles Gute und weiterhin viel Erfolg in der parlamentarischen Arbeit.

(Allgemeiner Beifall)

Jetzt treten wir in die Tagesordnung ein.

Tagesordnungspunkt 1 - Aktuelle Stunde - entfällt, nachdem die CSU-Fraktion auf ihr Vorschlagsrecht verzichtet hat.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zur Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes Doppelsicherungsverbot beseitigen (Drs. 16/14203) - Erste Lesung -

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Antragsteller begründet. Ich erteile Herrn Kollegen Alexander Muthmann von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! So mancher wird denken: Schon wieder Landesplanungsgesetz? Warum schon wieder? - Auch uns wäre es lieber gewesen, verehrter Herr Staatsminister, wenn wir uns das nach den Beratungen vom Sommer dieses Jahres hätten ersparen können.

Wir sind schon an die Frage herangegangen, was im Landesplanungsgesetz stehen muss, um die Inhalte des nachfolgenden Landesentwicklungsprogramms angemessen zu steuern und zu bestimmen. Das war keine ganz einfache Geburt. Aber letztlich hat der Landtag im Sommer dieses Jahres durch den Beschluss des Gesetzes seinen Willen und seine Erwartung sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, dass im Landesentwicklungsprogramm eine umfassende - ich betone umfassende -, fachübergreifende, koordinie-

rende Raumplanung für den gesamten Freistaat Bayern zu leisten ist. Denn dies stellt eine Aufgabe der Landesplanung dar, und das zentrale Instrument der Landesplanung ist das Landesentwicklungsprogramm. In diesem Zusammenhang war es die Idee der Staatsregierung, dem Landesentwicklungsprogramm nur ein paar sektorale Themenbereiche als Planungsinhalt zu überlassen. Letztlich hat dies der Landtag korrigiert.

Jetzt haben wir eine Regelung, die das sogenannte Doppelsicherungsverbot einschließt, welches besagt, dass im Landesentwicklungsprogramm und in den Regionalplänen fachliche Festlegungen dann nicht vonnöten sind, wenn die jeweiligen Belange fachrechtlich hinreichend gesichert sind. Es handelt sich um eine schwierige Balance, die Dinge miteinander in Einklang zu bringen und zu klären, was einerseits im Landesentwicklungsprogramm unterzubringen und was andererseits in den anderen, ebenfalls wichtigen Fachplanungen zu leisten ist.

Aber eines war in der gesamten Debatte sicher: Dieses Gremium wollte und erwartete bei der Verabschiedung des Landesplanungsgesetzes, dass alle wesentlichen fachlichen und überfachlichen Planungen im Landesentwicklungsprogramm koordinierend zusammengefasst werden und dort der Gesamtentwurf für die Entwicklung Bayerns niedergelegt ist.

Dass die einzelnen Grundsätze daneben auch bei den Fachplanungen weiterentwickelt werden können, ist etwas anderes. Wesentlich war aber die Verpflichtung, die Fachplanungen nicht nebeneinanderher laufen zu lassen, sondern zu koordinieren. Wo es notwendig war, sollten die Planungen konfliktauflösend im Landesentwicklungsprogramm präsentiert werden. Damit sollte die Frage geklärt werden: Wie soll Bayern im Jahr 2020 oder 2030, zumindest was die flächenmäßige Entwicklung angeht, aussehen? Was soll da in den Regionen, in der Fläche entstehen, und was soll vermieden oder wie gesteuert werden? Antworten auf all diese Fragen haben wir bei den maßgeblichen Themenbereichen trotz dieser Debatte und trotz des bestehenden Gesetzes nicht erhalten. Die Enttäuschung ist nicht nur im Landtag und bei der Opposition, sondern auch darüber hinaus deutlich spürbar und hörbar.

Ihre Staatssekretärin hat zwar in der Debatte der vorletzten Woche darauf hingewiesen, dass es neben dem Landesentwicklungsprogramm auch Beschlüsse der Staatsregierung gibt, beispielsweise bei der Staatsstraßenplanung und in Bezug auf ein Tourisiskonzept. Sie hat mit diesem Hinweis begründet, dass die fachrechtliche Planung im Sinne des Landesplanungsgesetzes ausreichend gewährleistet wird.

Diese Haltung können sich die Mitglieder des Landtags nach unserer Meinung keinesfalls leisten. Der Beschluss einer Staatsregierung reicht aus mehreren Gründen nicht: Zum einen wird eine solche Beschlussfassung, anders als beim Landesentwicklungsprogramm, ohne Beteiligung der Öffentlichkeit und damit auch ohne Beteiligung von Verbänden durchgeführt. Dass das womöglich für die Staatsregierung eine bequemere Variante ist, mag sein, aber das ist nicht unsere Vorstellung davon, wie die Landesentwicklung in Bayern in einem geordneten Verfahren entworfen und umgesetzt werden soll. Zum Zweiten geht das nicht nur an den Verbänden vorbei, sondern wird im Übrigen auch nicht mit der gleichen Verbindlichkeit geregelt, wie das im Landesentwicklungsprogramm der Fall ist. Sie können natürlich argumentieren, dass sich die nachgeordneten staatlichen Behörden an diese Beschlüsse zu halten haben, aber die rechtliche Verbindlichkeit des Landesentwicklungsprogramms geht erheblich darüber hinaus. Ein wesentliches Stichwort ist die Zielmaßgeblichkeit im Verhältnis zu den Kommunen; Stichwort: Bauleitplanung.

Was uns als Mitglieder des Landtags eigentlich am meisten empören müsste und in Bezug auf diese Gesetzesinitiative eine Rolle spielt, ist die Tatsache, dass mit solchen Hinweisen auf Beschlüsse der Staatsregierung die für die Landesplanung in den wesentlichen Entscheidungsschritten vorgesehene Beteiligung des Landtags unterlaufen wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD - Dietrich Freiherr von Gumpfenberg (FDP): Das stimmt nicht!)

Lieber Kollege Gumpfenberg, ganz kurz zur Erhellung der Rechtslage: Die Staatsregierung kann Beschlüsse ohne Zustimmung des Landtags fassen, wie wir wissen und leider immer wieder erleben. Für das Landesentwicklungsprogramm gilt das nicht. Das Landesentwicklungsprogramm ist nur mit Zustimmung des Landtags wirksam zu machen. Das ist verfahrensmäßig der entscheidende Unterschied. Die Staatsregierung kann, wenn sie nur auf ihre Beschlüsse verweist, uns einfach außen vor lassen. Das wollen wir nicht und das sieht das Landesplanungsgesetz auch anders vor.

Wir müssen mit dieser Gesetzesinitiative deutlich machen, dass Landesplanung vom Verfahren her anders abläuft, und zwar nicht nur inhaltlich. Wir werden darüber debattieren, sobald der Entwurf des Landesentwicklungsprogramms in der jetzt fortgeschriebenen Fassung dem Landtag endlich vorgelegt wird. Das, was wir bislang wissen und hören, zielt auf eine Missachtung des Landtags ab und missachtet auch die

Aufgabe der Landesplanung in Bezug auf ihre koordinierende Wirkung. Deswegen der nochmalige Vorstoß durch diese Gesetzesinitiative. Wir seitens der Fraktion der FREIEN WÄHLER jedenfalls wollen uns dieses Verfahren und diese Inhalte der Landesplanung nicht gefallen lassen. Deshalb die Gesetzesinitiative, die wir heute vorgelegt haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, habe ich die Ehre und das Vergnügen, einen Ehrengast in diesem Hohen Haus begrüßen zu können. Auf der Ehrentribüne hat die Erste Vizepräsidentin des Schweizer Nationalrats, Frau Maya Graf, als Gast Platz genommen. Sie ist auf Einladung der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN bei uns. Wir begrüßen sehr, dass damit die Beziehungen zwischen dem Schweizer Nationalrat und dem Bayerischen Landtag in besonderer Weise aufgenommen werden. Im Namen des Hohen Hauses darf ich Sie, sehr geehrte Frau Graf, herzlich begrüßen und Ihnen einen angenehmen und interessanten Aufenthalt im Maximilianeum und in Bayern wünschen.

(Beifall)

Wir fahren mit der Aussprache fort. Ich darf Herrn Kollegen Dr. Otmar Bernhard von der CSU das Wort erteilen.

Dr. Otmar Bernhard (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die FREIEN WÄHLER versuchen erneut, wie schon andere vorher, das Doppelsicherungsverbot zu beseitigen und eine an sich überflüssige Klarstellung zu erreichen. Wir haben das Thema ausführlich besprochen und behandelt. Ihre Begründung dafür, dass Sie das wieder hochziehen, ist ziemlich dünn, weil eines der wesentlichen Ziele des neuen Landesplanungsgesetzes und des Landesentwicklungsprogramms gerade eine Entbürokratisierung, Verschlankung und Deregulierung ist. In diesem Zusammenhang muss das Doppelsicherungsverbot gesehen werden.

Der Herr Ministerpräsident hat ursprünglich gesagt, es solle ein weißes Blatt geben und alles, was darauf festgehalten wird, muss ganz besonders begründet werden und es muss streng beurteilt werden, ob man es überhaupt aufnehmen soll. Das ist von Anfang an die Grundlinie für dieses Gesetz gewesen. Wir haben einen vielstimmigen Chor, gerade aus der Kommunalpolitik, gehört, der geklagt hat, es sei zu unflexibel, es bestehe zu wenig Spielraum vor Ort, es sei zu bürokratisch usw. Alle Argumente gingen in die Richtung, es zu verschlanken und flexibler zu machen.

Wir haben eine intensive Diskussion darüber geführt, einiges erreicht und gemeinsam eine fruchtbare Debatte geführt. Deshalb ist es keine neue Interpretation, wie Sie das darstellen, und schon gar keine Missachtung des Landtags, wonach es ein bisschen weit gehe, wenn man die Vorgeschichte und die Strategie der Gesetzgebung betrachtet. Es ist doch sinnvoll, etwas, das mit der gleichen rechtlichen Qualität und mit dem gleichen Inhalt gesichert ist, nicht noch einmal im Landesentwicklungsprogramm zu behandeln. Es wäre unnötig, überflüssig und unlogisch. Sie sollten das zur Kenntnis nehmen.

Wir haben gemeinsam die Regelungsmöglichkeiten erweitert - Gesundheit, Kultur usw. Aber auch in dieser Beziehung gilt das Gleiche: Regelungen sind möglich, wenn aber diese Bereiche im Einzelfall in derselben Weise und mit demselben Inhalt woanders gesichert sind, gilt auch hier das Doppelsicherungsverbot. Das ist logisch. Ich verstehe insofern nicht, welcher Vorwurf in diesem Zusammenhang erhoben wird.

Man muss auch unterscheiden: Das eine betrifft das Doppelsicherungsverbot, wenn an anderer Stelle eine Sicherung vorgenommen worden ist. Das andere ist die Frage, was aufgenommen wird und was zweckmäßig ist. Das kann man unterschiedlich beurteilen. Wir werden über diese Fragen ausführlich diskutieren. Wir diskutieren auch intern, ob die Regelung ausreicht. In diesem Bereich bleibt die Regelungsmöglichkeit offen. Wenn es also nicht zweckmäßig ist, das oder jenes hineinzuschreiben, widerspricht das nicht dem Doppelsicherungsverbot. Insofern ist es unnötig, uns in dieser Form und nach so kurzer Zeit wieder mit dieser Frage zu befassen. Wir werden über die Thematik diskutieren, aber ich kann Ihnen keine große Hoffnung auf Zustimmung machen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächste hat Frau Kollegin Annette Karl von der SPD das Wort.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Einer meiner Lieblingsspielfilme trägt den schönen Titel "Und täglich grüßt das Murmeltier".

(Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Das hast du mir jetzt weggenommen!)

In diesem Spielfilm geht es um einen abgehobenen, arroganten Großstadtjournalisten, der gezwungen wird, alle Jahre über den Murmeltiertag zu berichten. Er gerät in eine Zeitschleife, und erst als er sich verändert, als er die Umgebung wahrnimmt und den Menschen auf Augenhöhe begegnet, auch den Men-

schen in den ländlichen Regionen, kommt er aus dieser Zeitschleife wieder heraus.

Die Variante bei uns im Landtag heißt: "Und wöchentlich grüßt die Landesplanung". Ich sage Ihnen ganz deutlich, lieber Herr Minister Zeil: Wir als Opposition haben kein Problem, das Thema wieder und wieder zu debattieren, auch hier im Plenum, und zwar so lange, bis der arrogante, abgehobene LEP-Entwurf, der uns momentan vorliegt, durch einen neuen ersetzt wird, der den Namen Entwicklungsprogramm auch wirklich verdient.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir erwarten einen Entwurf, der den Herausforderungen und Chancen der Zukunft gerecht wird und der dem Anspruch, eine Vision für Bayern 2025 zu sein, auch wirklich entspricht.

Ceterum censeo: Auch nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts steht an erster Stelle die Raumordnung und darauf folgt die Fachplanung. Also: Auf A folgt B. Auf Landesplanung folgt Fachplanung. Nicht umgekehrt und auch nicht nebeneinander her!

Deshalb darf es das Doppelsicherungsverbot, das es auch schon vorher gab, wenn überhaupt, dann nur in der sehr restriktiven Auslegung geben, wie es im LEP 2006 geschehen ist.

Im Unterschied zu der Begründung des Gesetzentwurfs der FREIEN WÄHLER waren wir uns als SPD von Anfang an bewusst, dass das Doppelsicherungsverbot im neuen Entwurf eben nicht sehr restriktiv angewandt wird, sondern höchstwahrscheinlich sehr inflationär. Das hat damit zu tun, dass das Wirtschaftsministerium es als oberstes Ziel bezeichnet, das Landesentwicklungsprogramm um jeden Preis und mit allen Mitteln zu kürzen und zu deregulieren. Wir haben deshalb vor einem halben Jahr bei der Neufassung des Landesplanungsgesetzes mit Änderungsanträgen versucht, das Doppelsicherungsverbot herauszustreichen. Leider haben wir dafür keine Mehrheit gefunden.

Der Entwurf des Landesentwicklungsprogramms - ich habe es schon gesagt - bestätigt die Richtigkeit unserer Einschätzung.

Die FREIEN WÄHLER haben drei Tage nach der Einreichung des Gesetzentwurfes zur letzten Plenarsitzung einen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Dieser Dringlichkeitsantrag enthielt einen Antrag auf einen Bericht zu den Auswirkungen des Doppelsicherungsverbot. Ich habe gedacht, der Gesetzentwurf sei eingebracht worden, weil die negativen Auswirkungen

allen bekannt gewesen seien. Und deshalb forderte dieser Gesetzentwurf die Abschaffung des Doppelsicherungsverbot.

Aber egal. Begründung und Genese sind nicht Teil des Gesetzentwurfes. Deshalb, weil die Intention richtig ist, werden wir diesen Gesetzentwurf unterstützen.

Die Staatsregierung und die CSU-Fraktion haben in der letzten Zeit oft ihre Meinung geändert, um Probleme vor den Wahlen wegzuräumen. Ich erinnere an die Themen Breitbandausbau, Atomausstieg, Donaus Ausbau und vieles mehr. Es sollte Ihnen, meine Damen und Herren von den Regierungsparteien, also nicht schwer fallen, auch hier auf die Stimme der Vernunft zu hören und den Gesetzentwurf ebenfalls zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Und täglich grüßt das Murmeltier!)

Und wenn Sie dann schon dabei sind, wieder eine Kehrtwende zu vollziehen, tun Sie uns den Gefallen und schaffen die Studiengebühren gleich mit ab. Dann geschieht das alles in einem Aufwasch.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. Als Nächster hat Kollege Thomas Mütze von den GRÜNEN das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Thomas Mütze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Schön, dass der Minister heute persönlich anwesend ist und nicht die Staatssekretärin ihm berichten muss, worüber wir geredet haben.

Kollege Muthmann hat in seiner Rede darauf hingewiesen, dass die Reaktionen auf die Auswirkungen des Landesplanungsgesetzes, was das Doppelsicherungsverbot angeht, vielfältig waren. Ich möchte auf diese Reaktionen kurz im Einzelnen eingehen. Herausgefordert hat mich natürlich Herr Dr. Bernhard, als er sagte, das, was die FREIEN WÄHLER jetzt vorschlugen, sei unnötig, überflüssig und unlogisch. Lieber Herr Dr. Bernhard, die Regelungsmöglichkeiten wären dann im bestehenden LEP offen. Aber eine Antwort darauf ist doch, dass das Landesentwicklungsprogramm die unterschiedlichen Zielrichtungen in ihrer Eigenheit als Zielkonflikte - sie sind ja nicht alle gleich - im LEP regeln soll. Das ist natürlich in einem Plan, der - Zitat: Professor Dr. Holger Magel - mangels Inhalts seinen Koordinierungs- und Abwägungsauftrag verfehlt, nicht mehr möglich. Professor Dr. Magel spricht sogar von einer totalen Sinnentlee-

rung des neuen LEP-Entwurfs. Wenn man sich den Entwurf ansieht, kann man das nur unterschreiben.

Das Ziel, wir gehen mit einem leeren Zettel hinein und gucken, was rauskommt, ist eben falsch gewesen. Wenn der Bund der Selbstständigen sagt, "Es fehlen explizite Hinweise auf Fachpläne; wichtige Details bleiben hinter den Kulissen", dann läuft das dem Ziel der Transparenz entgegen, und ich kann dem nur zustimmen. Es ist ein LEP, das nicht transparent ist.

Die Deutsche Akademie für Städtebau sagt: Notwendige, raumbezogene Strategien sind mehr als eine Addition von Fachplanungen. Und jetzt kommen die Zielkonflikte dazu: Zielkonflikte müssen im LEP geregelt werden. Ich bin der Meinung, Herr Dr. Bernhard, sie werden dort nicht geregelt. Sie bleiben offen. Aber das soll nicht so sein.

Dann gibt es noch den Landesverband der Regionalplaner; das sind diejenigen, die bei den Regierungen sitzen bzw. an den Landratsämtern. Da wird gesagt: Der Entwurf des LEP erschwert die Lesbarkeit und vermindert die Transparenz. Wenn ich das auf der einen Seite das Landesentwicklungsprogramm liegen habe und auf die andere Seite muss ich mir die Gesetze und die Beschlüsse der Staatsregierung, wie Sie es gesagt haben, legen, um zu verstehen, worum es überhaupt geht, dann kann das nicht Plan und Ziel eines neues, besseren LEPs sein.

Deshalb können wir uns nur dem Gesetzentwurf der FREIEN WÄHLER anschließen und den Minister zum wiederholten Mal aufrufen, seinen Entwurf dahingehend zu überarbeiten, dass die jetzt aufgezählten Kritikpunkte aufgenommen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich Ihnen mitteilen, dass auf Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN für den Tagesordnungspunkt 4, Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Florian Ritter u. a. (SPD) "Rehabilitierung der nach 1945 in beiden deutschen Staaten wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen Verurteilten" auf Drucksache 16/12680 namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Meine Damen und Herren, ich habe das so rechtzeitig vorher bekannt gegeben, damit sich alle Kolleginnen und Kollegen darauf einstellen können.

Nun hat als nächster Redner Freiherr von Gumpenberg für die FDP das Wort. Bitte sehr.

Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten und lieben Kollegin-

nen und Kollegen! Wenn man die Vorredner der Opposition gehört hat, kann man zu der Auffassung kommen, dass irgendwo die Quadratur des Kreises verlangt wird. Ich zitiere diejenigen, die letztendlich dagegen sind, diejenigen aber nicht, die dafür sind.

Um bei der Kollegin Karl zu bleiben. Sie haben mir leider das Murmeltier weggenommen.

(Heiterkeit - Harald Güller (SPD): Wenn Sie dadurch schlauer werden, passt alles! - Anhaltende Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Sie werden erstaunt sein, Herr Kollege, was ich Ihnen dazu zu sagen habe. Der Aufhänger war ja: Und täglich grüßt das Murmeltier. Ich zitiere dazu aus Google. In dem Film gerät Phil Connors in die Zeitschleife. "Phil Connors beginnt, sich selbst zu einem besseren Menschen zu machen, indem er diese Wiederholungstage für eine Art Selbsterziehung nutzt. Er entwickelt dabei allerhand Fähigkeiten." Lieber Kollege Muthmann, ich wünsche Ihnen, dass Ihnen das Schicksal von Phil Connors zuteil wird und Sie sich auch dahingehend bessern.

Zu dem Thema selbst kann ich wirklich nur sagen: Und täglich grüßt das Murmeltier. Immer wieder versuchen die FREIEN WÄHLER, die Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms zu verhindern. Die Vorlage dieses Gesetzentwurfs zielt auf nichts anderes. Die FREIEN WÄHLER wollen die Fortschreibung des LEP zum Scheitern bringen, um daraus parteipolitischen Gewinn zu erzielen. Das machen wir nicht mit, dafür fehlt uns jedes Verständnis.

Als im Juni dieses Jahres hier im Plenum die Endabstimmung über das Landesplanungsgesetz anstand, hat Kollege Muthmann es als "ordentliches Gesetz" bezeichnet. Es wurde von den FREIEN WÄHLERN nicht abgelehnt, sondern man enthielt sich sehr vornehm der Stimme. Heute, nicht einmal ein halbes Jahr später, wollen die FREIEN WÄHLER das Gesetz wieder verändern. Das spricht für sich selbst.

Wir werden den Gesetzentwurf der FREIEN WÄHLER aus folgenden Gründen ablehnen:

Bereits das Landesplanungsgesetz vom Dezember 2004 enthielt aus guten Gründen das Doppelsicherungsverbot; es hatte sich bewährt. Das Doppelsicherungsverbot entspricht den Vorgaben der Deregulierung und der Entbürokratisierung. Wir wollen nicht neue Bürokratie schaffen. Sachverhalte, die in gleicher Qualität bereits fachrechtlich geregelt sind, müssen nicht zusätzlich landesplanerisch abgesichert werden. Das wäre bürokratischer Unsinn.

Der Gesetzentwurf verkennt auch die Tatsache, dass die Nichtaufnahme einzelner Belange in das Landesentwicklungsprogramm nicht zwangsläufig dem Doppelsicherungsverbot geschuldet, sondern schlicht und einfach aus Zweckmäßigkeit unterblieben ist. Entsprechend dem Reformauftrag des Ministerrats - Deregulierung, Vereinfachung, Kommunalisierung - wurde für die Aufnahme von Inhalten in das neue LEP ein strengerer Maßstab bei der Prüfung der Zweckmäßigkeit angelegt. Der Inhalt wurde auf die unverzichtbaren Festlegungen für die räumliche Ordnung und Entwicklung begrenzt. Zwangsläufig wird das Doppelsicherungsverbot nicht aus dem Landesplanungsgesetz fallen.

Wir haben die Diskussion bereits vor zwei Wochen an gleicher Stelle geführt. Das LEP befindet sich in dem Prozess der Erstellung. Wir sind mitten in einem offenen Verfahren. Einwände werden geprüft und bewertet. Jede Woche mit einem neuen Versuch daherzukommen, den LEP-Entwurf schlechtzumachen und das bereits beschlossene Instrumentarium infrage zu stellen, ist nicht redlich. Lasst doch die Leute ihre Arbeit tun! Haltet sie nicht ständig mit unnötigen Anträgen davon ab!

Und täglich grüßt wirklich das Murmeltier. Ich bedaure zutiefst, dass die Erkenntnis, zu der Phil Connors gelangt ist - es ist notwendig, sich zu bessern -, bei Ihnen, lieber Herr Muthmann, offensichtlich nicht angekommen ist.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. - Als letzter Redner erhält noch einmal Kollege Alexander Muthmann von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Seine Fraktion hat noch zwei Minuten Redezeit. Bitte schön, Herr Kollege.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, die Redezeit reicht; denn ich will nur auf zwei Äußerungen kurz erwidern.

Lieber Kollege Gumpfenberg, Sie haben gesagt, dass wir das Gesetz für ordentlich gehalten haben.

(Dietrich Freiherr von Gumpfenberg (FDP): Im Protokoll so sichtbar!)

- Das bestreite ich nicht. Aber jetzt habe ich das Wort. Lassen Sie mich bitte ein paar Sätze dazu sagen.

Das haben wir auch deshalb für ein ordentliches Gesetz gehalten, weil wir davon ausgingen, dass die Staatsregierung das Doppelsicherungsverbot in einer Art und Weise interpretieren würde, wie wir es 2006

erlebt hatten, nämlich durchaus restriktiv; Frau Kollegin Karl hat darauf hingewiesen.

Heute wissen wir, dass das Doppelsicherungsverbot seitens der Staatsregierung zum Anlass genommen wird, in vielen konflikträchtigen Bereichen keine Koordinierungs- bzw. Steuerungsaufgaben mehr wahrzunehmen, sondern dies fachgesetzlichen Regelungen zu überlassen.

Lieber Kollege Bernhard, wenn Sie fordern, das Landesentwicklungsprogramm solle flexibel und schlank sein sowie zur Entbürokratisierung beitragen, dann stimmen wir dem zu. Wir wollen jedoch nicht, dass unter Verweis auf diese durchaus konsensfähigen Begriffe ein völlig hohles, leeres Landesentwicklungsprogramm vorgelegt wird. Das darf gerade nicht die Konsequenz sein. Es fehlt an Konfliktlösungsstrategien. Ich will nur zwei Beispiele nennen:

Stichwort Energiewende - wie schaut es aus mit der Einschränkung des Flächenverbrauchs einerseits und Projekten für regenerative Energien andererseits? Insofern fehlt die Steuerung; das wird der Fachplanung überlassen.

Ähnliches gilt für den wirklich spannenden Bereich der Wasserwirtschaft bzw. des Wasserrechts: Wie sieht es aus mit Anlagen zur Energiegewinnung durch Nutzung der Wasserkraft? Hier kann man den Genehmigungsbehörden durchaus Steuerungsmöglichkeiten an die Hand geben. Unter dem Oberbegriff "Allgemeinwohl" ist heute vieles im Wasserrecht unterzubringen. All das wäre dort richtig angesiedelt gewesen, all das fehlt. Deswegen wiederhole ich meine Aufforderung: Schließen Sie sich unserem Gesetzentwurf an! Denn es kann noch einiges besser werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie - er soll federführend sein - zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? - Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

**Abstimmung
über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden
(s. a. Anlage 1)**

Ausgenommen von der Abstimmung sind die Listennummern 7 und 44, die einzeln beraten werden sollen. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? - Auch keine. Dann ist einstimmig so beschlossen. Der Landtag hat damit diese Voten übernommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

**Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Florian Ritter u. a. (SPD)
Rehabilitierung der nach 1945 in beiden
deutschen Staaten wegen einvernehmlicher
homosexueller Handlungen Verurteilten
(Drs. 16/12680)**

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Kollege Franz Schindler von der SPD-Fraktion. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Franz Schindler (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir befassen uns mit diesem Thema auf Wunsch der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, die einen Antrag der SPD-Fraktion

(Harald Güller (SPD): So gut gefunden hat!)

hochgezogen hat. Wir hätten darauf verzichtet, weil der Bundesrat erst vor wenigen Wochen, am 12. Oktober, eine entsprechende Entschließung gefasst hat und es auf die CSU/FDP-Staatsregierung in Bayern offensichtlich so sehr gar nicht mehr ankommt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Insofern hat sich der Antrag - teilweise zumindest - erledigt.

Meine Damen und Herren, mit unserem Antrag wollten wir erreichen, dass sich die Staatsregierung auf Bundesebene für Maßnahmen zur Rehabilitierung und Unterstützung der nach 1945 in beiden deut-

schen Staaten wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen Verurteilten einsetzen soll.

Die Verfolgung Homosexueller hat in der Zeit des Nationalsozialismus sicherlich ihren Höhepunkt erreicht. Mit Gesetz vom August 1935 wurde der Anwendungsbereich des § 175 des Reichsstrafgesetzbuches ausgeweitet und der Strafrahmen ganz erheblich verschärft. Zur Begründung hieß es damals, dass der "neue Staat, der ein an Zahl und Kraft starkes, sittlich gesundes Volk" erstrebe, "allem widernatürlichen geschlechtlichen Treiben mit Nachdruck begegnen" müsse. Die Ausbreitung der "Seuche" Homosexualität sollte verhindert werden.

Die Folge war, dass zwischen 1935 und 1945 Zigttausend Männer nach den §§ 175 und 175 a Nummer 4 des Reichsstrafgesetzbuches verurteilt worden sind. Tausende sind wegen ihrer Homosexualität in KZs verschleppt worden; die Mehrzahl von ihnen ist ermordet worden. Mit Gesetz vom Juli 2002 hat der Bundestag pauschal all diejenigen Urteile aufgehoben, die unter nationalsozialistischer Herrschaft nach den §§ 175 und 175a ergangen sind.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben eigentlich ein anderes Problem, dass nämlich die genannten Vorschriften in der Bundesrepublik bis ins Jahr 1969 weiter gegolten haben. In der BRD galt die verschärfte Gesetzgebung bis zur großen Strafrechtsreform weiter. Bis zur endgültigen Abschaffung des § 175 des Strafgesetzbuches erst im Mai 1994 bestanden unterschiedliche strafrechtliche Schutzaltersgrenzen für homo- und heterosexuelle Handlungen. In der BRD sind bis zur Strafrechtsreform angeblich circa 50.000 Männer wegen ihrer Homosexualität verurteilt worden.

Und nun haben wir das Problem, dass diejenigen, die im Nationalsozialismus nach den damaligen Vorschriften des Reichsstrafgesetzbuches verurteilt worden sind, rehabilitiert worden sind und unter Umständen ein Recht auf materielle Entschädigung durch die Bundesrepublik als Nachfolgestaat haben und dass diejenigen, die später in der BRD oder in den Anfangsjahren auch in der DDR wegen der identisch gefassten Strafrechtsbestimmungen verurteilt worden sind, bis heute nicht rehabilitiert worden sind und keine Haftentschädigung geltend machen können.

Mit dem vorliegenden Antrag hat die SPD-Landtagsfraktion deshalb die Initiative des Landes Berlin aufgegriffen, um endlich Maßnahmen zur Rehabilitierung des betroffenen Personenkreises zu prüfen.

Der Bundesrat hat, wie bereits eingangs gesagt, nun am 12. Oktober unter der Präsidentschaft des Bayerischen Ministerpräsidenten ohne Aussprache eine

entsprechende Entschließung gefasst, die wörtlich wie folgt lautet:

Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, Maßnahmen zur Rehabilitierung und Unterstützung für die nach 1945 in beiden deutschen Staaten wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen Verurteilten vorzuschlagen.

Die Staatsregierung hat, wie ich gehört habe, im Bundesrat dagegen gestimmt, sodass man doch die Frage stellen muss: Warum hat sie denn dagegen gestimmt, dass die Bundesregierung aufgefordert wird, Maßnahmen vorzuschlagen? Das gibt doch nur dann Sinn, wenn man nicht will, dass entsprechende Maßnahmen ergriffen werden,

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

weil einem das Ergebnis nicht passt, weil man also auch das Problem der unterschiedlichen Behandlung der verschiedenen Personenkreise von 1933 bis 1945 und von 1945 bis 1969 offensichtlich nicht als Problem anerkennen will.

Ich kenne die Argumentation, dass man Urteile, die in der Bundesrepublik Deutschland gefällt worden sind, in einem Rechtsstaat unter der Geltung der Gewaltenteilung, nicht so mir nichts, dir nichts aufheben kann. Das weiß ich wohl.

(Alexander König (CSU): Sehr gut! - Dr. Andreas Fischer (FDP): Sehr gut!)

Das ist auch in dem Antrag des Landes Berlin und in der Begründung der Entschließung des Bundesrates beschrieben worden. Aber darum geht es nicht! Das ist nicht Inhalt und Forderung der Entschließung, sondern es geht nur darum, Maßnahmen vorzuschlagen, und wer dagegen ist, muss das gut begründen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächster hat Kollege Dr. Franz Rieger von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Franz Rieger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Kürzlich berichtete eine große deutsche Tageszeitung unter der Überschrift "Ehe für alle - Frankreichs Präsident will Homosexuellen das Heiraten erlauben", dass es dort große Widerstände gegen ein solches Gesetzesvorhaben gibt. In 75 Städten kam es daraufhin zu Demonstrationen, und viele Bürgermeister kündigten an, unter Berufung auf ihre Gewissensfreiheit eine

Eheschließung zwischen Homosexuellen zu verweigern.

Dieses aktuelle Beispiel zeigt zunächst, welche großen Emotionen dieses Thema weckt. Es führt uns aber gleichzeitig und insbesondere vor Augen, welchem gesellschaftlichen Wandel die Beurteilung unserer Lebensformen unterliegt und wie groß heute noch die Unterschiede in deren Beurteilung sind.

Dagegen geht es beim vorliegenden Antrag um die Beurteilung der Vergangenheit, das heißt um die Bewertung ex post aus heutiger Sicht von Strafurteilen, wie es der Kollege Schindler schon ausgeführt hat, die wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen nach dem Zweiten Weltkrieg ausgesprochen wurden.

Der Deutsche Bundestag hat im Jahre 2002 die Urteile in dieser Sache, die unter nationalsozialistischer Herrschaft gefällt wurden, aufgehoben. Dadurch ist die unbefriedigende Situation entstanden, dass nur die nach 1945 ausgesprochenen Urteile Bestand haben. Ohne Zweifel werden damit die wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen vor 1945 Verurteilten und die nach 1945 Verurteilten ungleich behandelt.

Aus heutiger gesellschaftlicher und moralischer Sicht sind auch die Verurteilungen nach 1945, also bereits während der Geltung des Grundgesetzes, aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar und entsprechen auch nicht unserem Rechtsverständnis.

Deshalb drängt sich natürlich nun die Frage nach Rehabilitierung dieser nach 1945 Verurteilten auf.

(Margarete Bause (GRÜNE): Genau!)

Wie schwierig solche Fragen schon heute zu beantworten sind, zeigt das eingangs erwähnte Beispiel aus Frankreich.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Noch viel schwieriger, meine Damen und Herren, sind aber Fragen nach der Beurteilung von Sachverhalten, die 40 Jahre und länger zurückliegen, zu beantworten nach Maßstäben, denen unsere heutigen Wertvorstellungen zugrunde liegen. Möglicherweise werden auch wir Fragen zum Beispiel im Zusammenhang mit Sanktionen nach § 218 Strafgesetzbuch in zehn, 20, 30 oder 40 Jahren ganz anders beantworten als heute.

Unabhängig von diesen Schwierigkeiten ist hier aber entscheidend, dass eine weitere Rehabilitierung der nach 1945 Verurteilten aus rechtlichen und tatsächli-

chen Gründen nicht möglich ist, da der Gesetzgeber - und auch wir - das ihm bzw. uns Mögliche bereits getan hat bzw. haben. Bereits vor über 40 Jahren wurden die entsprechenden Strafgesetze aufgehoben. Im Jahre 2000 hat der Deutsche Bundestag einstimmig, mit den Stimmen aller Fraktionen, klar sein Bedauern über dieses Unrecht zum Ausdruck gebracht und festgestellt, dass diese Verurteilungen gegen die Menschenrechte verstoßen haben. Und nun, vor Kurzem, Mitte Oktober, hat der Bundesrat ebenfalls eine entsprechende Resolution gefasst.

Meine Damen und Herren, auch wenn diese Verurteilungen aus heutiger Sicht - das betone ich - nicht nachvollziehbar sind, sind der Legislative und damit auch uns die Hände gebunden, mehr zu tun als das, was wir bzw. der Bundestag und der Bundesrat bereits getan haben.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Der Gesetzgeber kann insbesondere nicht Urteile aufheben, die auf Gesetzen beruhen, die das Bundesverfassungsgericht in einer Entscheidung im Jahre 1957 als verfassungskonform erachtet hat. Mit der Aufhebung von gerichtlichen Entscheidungen,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

die bereits während der Geltung unseres Grundgesetzes gefällt wurden, würden der Gesetzgeber und damit auch wir gegen das Gewaltenteilungsprinzip verstoßen.

Das Bundesverfassungsgericht hat zwar in einer Entscheidung im Jahre 2006 ausdrücklich festgestellt, dass Urteile, die in einem Unrechtsregime gefällt wurden, also damals im nationalsozialistischen Reich, ausnahmsweise vom Gesetzgeber aufgehoben werden dürfen; gleichzeitig aber betont: "Für den Rechtsstaat seit 1945 ist eine Aufhebung von Urteilen und Durchbrechung des Gewaltenteilungsprinzips und damit auch der streitgegenständlichen Urteile nicht möglich."

Meine Damen und Herren, man kann deshalb das Rad der Zeit im vorliegenden Fall nicht zurückdrehen, auch wenn es moralisch wünschenswert wäre. Wir müssen hier, wie so oft, mit unserer Vergangenheit leben und wir werden diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Bernhard Pohl von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Rieger, heute geht es nicht um eine gesellschaftliche Bewertung der Homosexualität. Deswegen trifft das Beispiel Frankreich, das Sie gebracht haben, nicht den Kern der Debatte, die wir führen. Wir sind uns alle darüber einig, dass der § 175 des Strafgesetzbuchs nicht mehr in die heutige Zeit passt. Auf der anderen Seite muss ich schon sagen, dass ich es bedenklich finde, wenn man einen Gleichheitssatz auf die Zeit des Nationalsozialismus und auf die Zeit nach 1945 legt und sagt: Im Dritten Reich wurden Menschen wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen verurteilt; und diese werden rehabilitiert; diejenigen aber, die in der Bundesrepublik deswegen verurteilt wurden, werden nicht rehabilitiert.

Es gibt einen Unterschied. Ich meine, dass wir diesen Unterschied alle kennen sollten. Das Dritte Reich war ein Unrechtsregime, während die Bundesrepublik ein Rechtsstaat ist. Ich muss schon sagen: Ich kann nicht nachvollziehen, dass man, egal um welche Gesetze es geht, Urteile, die bundesdeutsche Gerichte auf der Basis geltenden Rechts getroffen haben, dadurch infrage stellt, dass man die Verurteilten rehabilitieren will. Wir haben in diesem Haus auch Richter, gerade in Ihrer Fraktion - Kollege Arnold, Kollege Wengert. Was hätten die in einem derartigen Fall tun sollen? - Sie hätten nach Recht und Gesetz urteilen müssen oder nach Artikel 100 des Grundgesetzes eine Richtervorlage beim Bundesverfassungsgericht einreichen müssen, um prüfen zu lassen, ob die Vorschrift gegen geltendes Recht, sprich gegen das Grundgesetz verstößt.

Wenn Sie sagen, dass der § 175 des Strafgesetzbuchs in der bis 1994 geltenden Fassung gegen das Grundgesetz verstößt, frage ich mich: Warum haben zig Regierungen, zig Parlamente nicht reagiert und diese Vorschrift vor 1994 aufgehoben? Es gab eine Regierung Adenauer, es gab andere CDU-geführte Regierungen, es gab SPD-Regierungen unter Willy Brandt und Helmut Schmidt. Keine dieser Regierungen, kein Bundestag hat es für notwendig gehalten, diese Vorschrift aufzuheben. Als Parlament kann man daher nicht sagen: Weil der Bundestag dies für richtig gehalten hat, sollen wir jetzt diejenigen rehabilitieren, die aufgrund des Rechts verurteilt worden sind, das der Bundestag in seiner freien Rechtsetzung so beschlossen bzw. nicht geändert hat.

Wir müssen uns an dieser Stelle schützend vor jemand anderen stellen, nämlich vor unsere Justiz. Wir können mit der Justiz nicht spielen; wir können sie nicht zum Spielball der Politik machen. Wenn, dann müssen Sie Ihren Antrag gegen die Bundestage bis 1994 richten. Klagen Sie diese an, warum sie den

§ 175 des Strafgesetzbuchs nicht aufgehoben haben. Sie wollen aber eine Rehabilitierung. Ich muss dazu sagen: Sie könnten auch auf die Idee kommen zu sagen: Es passt nicht mehr in die heutige Zeit, dass es einmal eine Strafbarkeit der Kuppelei oder des Ehebruchs gegeben hat. Auch das war einmal strafbar. Ich glaube, dass heute kein vernünftiger Mensch mehr auf die Idee kommen würde, dies wieder einzuführen. Weitere gesetzliche Vorschriften haben damals noch gegolten, zum Beispiel der Stichentscheid des Vaters bei der Kindererziehung. Bis 1975 hatte, wenn sich die Ehepartner nicht einigen konnten, der Vater den Stichentscheid und durfte darüber entscheiden, was zum Wohle des Kindes gut ist. Das war übrigens eklatant verfassungswidrig, und das hat das Bundesverfassungsgericht auch aufgehoben.

Ich meine also, abgeschlossene Vorgänge in einem demokratischen Rechtsstaat sind abgeschlossene Vorgänge. Dinge, die in einer Diktatur passiert sind, sind zu reparieren und mit ganz anderen Maßstäben zu messen. Schon aufgrund des Respekts, den wir denjenigen zollen, die in einer Diktatur verurteilt worden sind, schon aus diesem Grund müssen wir diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächste hat Frau Kollegin Claudia Stamm vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Sehr geschätzter Kollege Schindler, am Schluss Ihres Redebeitrags haben Sie selbst dargelegt, warum es sinnvoll war, den Antrag hochzuziehen. Das, was im Bundesrat passiert ist, ist nämlich sehr erklärungsbedürftig. Vorschläge zu Maßnahmen wurden abgelehnt. Abgesehen davon gilt: Wenn die SPD gute Anträge stellt, ziehen wir sie auch gerne hoch, weil wir ja ab nächsten Herbst hier zusammen regieren wollen.

(Lachen bei der CSU)

Es geht genau darum, Unrecht auch Unrecht zu nennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will das in dem für mich zumindest teilweise unlogischen Beitrag vom Kollegen Pohl jetzt nicht auseinanderziehen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Weil er Ihnen nicht ins Konzept passt!)

Es ist aber tatsächlich so: Es ist Unrecht gewesen und es muss als Unrecht benannt werden, als nichts anderes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde es unglaublich, dass eine Partei, die sich Partei der Bürgerrechtler und Bürgerrechtlerinnen nennt, diesem Antrag nicht zustimmt. Ich glaube und hoffe, wir sind uns alle einig, dass das, was der § 175 besagt hat, Unrecht war und nichts anderes, dass es Unrecht war, sexuelle Handlungen zwischen Männern als gesetzwidrig abzustempeln. In Deutschland hat der § 175 des Strafgesetzbuchs seit 1872 jede Art der erotischen Begegnung zwischen zwei Männern mit Strafe belegt. Nach einer Lockerung in den 1920er-Jahren wurde er 1935 verschärft, und diese verschärfte Form galt dann in der Bundesrepublik bis 1969. Der gesamte Paragraph ist erst 1994 vollständig abgeschafft worden, also vor 18 Jahren. Das müssen wir uns einmal vorstellen. Tatsächlich ist erst vor 18 Jahren gesagt worden: Es ist nicht Unrecht, wenn Männer miteinander schlafen, wenn Männer miteinander Sex haben. Es leben immer noch Männer, die wegen dieses Paragraphen verhaftet wurden. Diesen Männern muss jetzt endlich Recht geschehen; sie müssen Rehabilitierung erfahren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Darum geht es, um nicht mehr und nicht weniger. Es geht nur darum, dass diese Männer rehabilitiert werden. Ein demokratischer Rechtsstaat beweist seine Stärke eben dadurch, dass er Fehler der Vergangenheit in Gesetzgebung und Rechtsprechung korrigiert und den Opfern seiner Irrtümer Recht widerfahren lässt. Es bleibt ein Skandal, dass in der Bundesrepublik Deutschland weiterhin Männer mit dem Stigma leben müssen, vorbestraft zu sein, weil sie schwul sind. Nur weil sie schwul sind, gelten sie als vorbestraft.

Nun ist es genau zu der Bundesratsinitiative gekommen, die auch angenommen wurde. Auf Antrag der Länder Berlin, Brandenburg, Hamburg und Nordrhein-Westfalen ist die Bundesregierung aufgefordert worden, Urteile und Entschädigungen ernsthaft zu prüfen. Das gibt Hoffnung für die Männer, die zu Unrecht verurteilt wurden. Es fehlt ein Signal aus diesem Landtag, dass dies Unrecht war. Wir müssen auch hier einen Beschluss fassen, der ausdrückt, dass § 175 Unrecht war, nichts anderes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Andere Landtage haben das hinbekommen, und zwar einstimmig. Ich nenne Sachsen-Anhalt und Hessen.

Dort gibt es auch eine schwarz-gelbe Regierung, liebe Kollegen und Kolleginnen von den Schwarz-Gelben.

(Zuruf von der CSU: Gott sei Dank!)

Auch Berlin hat es einstimmig hinbekommen zu sagen: Das ist Unrecht. Dort wurde im Landtag ein entsprechender Beschluss einstimmig verabschiedet. Berlin und Hamburg haben hierzu einstimmige Beschlüsse gefasst. Deswegen geht es darum, heute in diesem Landtag ein Signal zu setzen, auch wenn das Thema im Bundesrat sozusagen schon durch ist, und tatsächlich zu sagen: Wir wollen das als Unrecht bezeichnen, statt, liebe Kollegen und Kolleginnen von der FDP, nur schöne Reden bei CSDs zu schwingen. Unrecht muss auch als Unrecht bezeichnet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Kollege Dr. Andreas Fischer von der FDP-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es ist gar keine Frage: § 175 und § 175 a des Strafgesetzbuches, die einvernehmliche homosexuelle Handlungen unter Strafe gestellt haben, sind weder mit unserem Menschenbild noch mit unserer Werteordnung in irgendeiner Form vereinbar. Es ist gut, dass die Strafbarkeit homosexueller Handlungen erwachsener Menschen 1969 aufgehoben wurde und dass 1994 auch die unterschiedlichen Schutzaltersgrenzen beseitigt wurden. Trotzdem stellt sich die Frage, wie man mit den Menschen verfährt, die in der Nachkriegszeit Opfer der Justiz geworden sind. Als Jurist lernt man, dass man Gleiches gleich, aber Ungleiches ungleich behandelt. Deswegen stellt sich schon die Frage, ob es ein Wertungswiderspruch ist, wenn diejenigen, die unter dem Nationalsozialismus verurteilt wurden, rehabilitiert werden, während die, die in der Bundesrepublik Deutschland verurteilt worden sind, nicht rehabilitiert werden. Ich warne davor, die beiden Fälle einander gleichzusetzen.

Man kann nicht die Rechtsprechung einer totalitären Gewaltherrschaft und die der jungen Bundesrepublik in einem Atemzug nennen. Das passt nicht. Es passt nicht einmal dann, wenn die den Urteilen zugrunde liegenden Vorschriften dieselben waren. Man kann das Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland in der Nachkriegszeit nicht mit demjenigen der Diktatur vergleichen. Wer dies tut, verharmlost Diktatur und Gewaltherrschaft. Man muss sich auch fragen, ob Vorgänge von damals durch die Brille von heute betrachtet werden können. Natürlich galten zwischen 1945 und 1969 andere Werte, weshalb Vorfälle unter Strafe gestellt wurden, die heute kein Mensch mehr für strafwürdig hält, die nach keinem Gesetz mehr an-

geklagt werden. Kuppelei und Ehebruch sind angesprochen worden. Ich erinnere aber auch an die körperliche Bestrafung von Kindern. Für uns sind solche Strafen heute unvorstellbar, in der Nachkriegszeit wurden sie aber sogar in den Schulen vollzogen.

Deshalb meine ich, dass man die Vergangenheit nicht durch die Brille von heute betrachten sollte. Deswegen werden wir diesem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die Staatsregierung darf ich nun das Wort an Frau Dr. Beate Merk weiterreichen.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Justizministerium): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Vieles, was heute in der Debatte gesagt worden ist, ist absolut richtig. In den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik haben deutsche Gerichte Tausende Männer für etwas bestraft, was heute für uns alle selbstverständlich ist. Sie wurden dafür bestraft, dass sie ihre Homosexualität gelebt haben. 1969 wurde der zentrale Tatbestand des Strafgesetzbuchs aufgehoben. Endgültig beseitigt - wir haben es heute schon gehört - wurden Sondervorschriften für Homosexuelle im Strafrecht sogar erst 1994. Es ist keine Frage, diese Verurteilungen widersprechen unserem heutigen Rechtsverständnis. Mehr noch: Wir blicken beschämt auf diese Urteile zurück. Wir können kaum glauben, dass Homosexualität in unserem Land so lang als kriminelles Unrecht angesehen werden konnte. Den grundsätzlichen Wunsch nach Rehabilitation kann ich daher sehr gut verstehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, man muss aber auch sehen, dass diesem Wunsch bereits, soweit es ging, entsprochen worden ist. Der Deutsche Bundestag hat - das wurde bereits gesagt - im Jahr 2000 einstimmig und in aller Deutlichkeit die Fortgeltung der Straftatbestände nach 1945 bedauert. Er hat ausdrücklich anerkannt, dass homosexuelle Bürger hierdurch in ihrer Menschenwürde verletzt worden sind. Daher stellt sich die Frage, was mit dem heutigen Antrag noch erreicht werden soll. Die Antragsteller sagen es nur indirekt, indem sie auf die parallele Bundesratsinitiative Berlins verweisen. Herr Schindler, dort steht im Klartext, dass die formelle Aufhebung der einschlägigen Strafurteile sowie eine daraus resultierende Entschädigung von der Bundesregierung ernsthaft zu prüfen sind. Es geht also doch um die Aufhebung von Urteilen. Dazu haben die Kolleginnen und Kollegen mit sehr viel Anstrengung schon versucht, deutlich zu machen, was Sache ist. Wir können gerichtliche Urteile nicht aufheben. Genauso wenig konnte es auch der Deutsche Bundestag. Der Deut-

sche Bundestag hat 2009 entsprechende Anträge der GRÜNEN und der Linkspartei abgelehnt, und dies auch mit den Stimmen der SPD, Herr Schindler. Der Grund dafür war, dass unser Grundgesetz und das Gewaltenteilungsprinzip dem widersprechen.

Ich möchte noch einmal auf den Beschluss hinweisen, den das Bundesverfassungsgericht 2006 getroffen hat. In diesem Beschluss ging es um die Legitimität der Aufhebung nationalsozialistischer Urteile. Das Bundesverfassungsgericht hat in diesem Beschluss betont, dass die Generalkassation formell bestehender Strafurteile durch den Gesetzgeber in einem Rechtsstaat nur dann möglich ist, wenn besondere Rechtfertigungsgründe dafür bestehen. Eine Generalkassation verstößt dann nicht gegen das Gewaltenteilungsprinzip und das Rechtsstaatsgebot, wenn die Urteile zur Förderung eines Unrechtsregimes gegen den elementaren Grundgedanken der Gerechtigkeit verstießen oder wenn sie auf Bestimmungen beruhten, die gravierendes Unrecht verkörperten und daher offenkundiges Unrecht darstellten. Unter diesen Voraussetzungen können Urteile kassiert werden. Urteile, die von Institutionen gefällt wurden, die wie zum Beispiel der Volksgerichtshof zwar als Gerichte bezeichnet wurden, die aber aufgrund ihrer Stellung und ihrer Aufgabe keine Organe einer unabhängigen Recht sprechenden Gewalt waren, werden nicht als richterliche Entscheidungen gewertet, sagt das Bundesverfassungsgericht.

Diese Voraussetzungen, die das Bundesverfassungsgericht aufgestellt hat, sind nicht erfüllt. Die Gerichte der Bundesrepublik haben Recht umgesetzt, auch wenn wir dieses Recht aus unserer heutigen Sicht als nicht in Ordnung empfinden. Vielleicht hätten wir es auch aus damaliger Sicht als nicht in Ordnung empfunden. Die Gerichte haben aber Recht angewandt, das der demokratisch gewählte Deutsche Bundestag bewusst in Geltung gelassen hat und dessen Gültigkeit das Bundesverfassungsgericht selbst bekräftigt hat.

Wir halten die damaligen Gesetze für falsch. Wir halten auch die darauf beruhenden damaligen Urteile für falsch. Wir können aber den Gerichten der Bundesrepublik Deutschland nicht unterstellen, dass sie bis 1969 Teil eines Unrechtsregimes gewesen sind. Wir können ihnen nicht unterstellen, dass sie die Bezeichnung Justiz nicht verdient haben. Ich darf den SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Dressel zitieren, der in der Bundestagsdebatte am 21. Januar 2009 Folgendes ausgeführt hat:

Es ist weder Aufgabe des Deutschen Bundestages noch Aufgabe der Bundesregierung, Urteile aufzuheben. Und das ist gut so. Wir sind keine

Superrevisionsinstanz. Zum Glück haben wir unabhängige Gerichte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, genau das Gleiche gilt für den Bayerischen Landtag. Das Gleiche gilt für die Bayerische Staatsregierung. Deswegen können wir dem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wie schon verkündet wurde, wurde eine Abstimmung in namentlicher Form beantragt. Die Urnen stehen an den üblichen Stellen, an den Ausgängen und hier vorne. Ich eröffne die Abstimmung. Fünf Minuten sind dafür vorgesehen. Bitte werfen Sie Ihre Stimmkarten ein.

(Namentliche Abstimmung von 15.09 bis 15.14 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung. Wir stellen das Ergebnis, wie üblich, außerhalb des Plenarsaales fest und geben es Ihnen so schnell wie möglich bekannt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar u. a. und Fraktion (SPD)
Beitritt des Freistaats Bayern zum Netzwerk gentechnikfreier Regionen in Europa
(Drs. 16/12788)

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die SPD-Fraktion hierzu namentliche Abstimmung beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Natascha Kohnen für die SPD-Fraktion, bitte schön.

Natascha Kohnen (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir möchten mit Ihnen heute noch einmal über das Thema "grüne Gentechnik" diskutieren. Abgesehen von der FDP sind wir uns hier im Hohen Hause in der Ablehnung der grünen Gentechnik im Freiland einig. Das ist gut so. Zweifel und offene Fragen bleiben bei der ablehnenden Haltung der CSU in einem Punkt. Sie wollen dem Netzwerk gentechnikfreier Regionen in Europa nicht beitreten. Warum? - Sie begründen das mit dem

Argument, Bayern sei zwar gentechnikanbaufrei, aber nicht gentechnikfrei.

(Dr. Otto Bertermann (FDP): So ist es!)

So wurde das zumindest kürzlich von Herrn Pachner im Ausschuss vorgetragen. Herr Pachner, natürlich ist Bayern nicht gentechnikfrei; sonst müssten unzählige Naturwissenschaftlerinnen und Naturwissenschaftler ihre Arbeit im Labor einstellen; denn dort findet Gentechnikerarbeit statt. Eine Anmerkung richte ich an die FDP. Sie sehen daran, dass wir nicht forschungsfeindlich sind. Ich selbst komme aus der Gentechnikforschung.

Wir reden jetzt aber nicht vom Labor, sondern vom Ackerbau; denn die Charta der gentechnikfreien Regionen Europas beinhaltet die Ablehnung des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen in den Regionen, die dieser Charta beitreten. Sie als CSU in Bayern lehnen das ab, machen aber in Bayern etwas Gegenständliches. So wurde der Landkreis München, mein eigener Stimmkreis, neben 29 anderen bayerischen Kommunen mit dem Logo "Gentechnikanbaufreie Kommune" ausgezeichnet, und zwar von niemand anderem als von Umweltminister Huber selbst. Ich frage Sie ganz offen: Wie geht das denn? 200 Kommunen in Bayern sind gentechnikanbaufrei. Im Freistaat Bayern geht das, in Europa soll das nicht gehen. Herr Pachner, entweder Sie klären das auf, oder ich gehe davon aus, dass die CSU eine gespaltene Persönlichkeit hat, oder - das liegt nach diesem Wochenende nahe - es handelt sich um einen Kuhhandel mit der FDP, die dem Ganzen nicht zustimmen möchte.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

Herr Pachner, kann es sein, dass hinter Ihrer Ablehnung der gentechnikfreien Regionen Europas das steckt, was Ihre Jugendorganisation, die JU, in ihrem Positionspapier "Landwirtschaft - eine Branche mit Zukunft" wie folgt beschreibt - ich zitiere: "Um am Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein, müssen die bürokratischen Hürden bei der Zulassung gentechnikveränderter Pflanzen zurückgefahren werden". Herr Pachner, jetzt bin ich höchst gespannt. Es wäre schön, wenn Sie sich zu dem, was Sie im Freistaat machen, auch in Europa bekennen würden, FDP hin oder her.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Frau Kollegin. Für die CSU-Fraktion erteile ich das Wort nun Herrn Kollegen Pachner.

(Harald Güller (SPD): Jetzt kommt die Stunde der Wahrheit!)

Reinhard Pachner (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Liebe Frau Kohnen, wir haben über diesen Antrag bereits in drei Ausschüssen diskutiert, und in drei Ausschüssen ist er abgelehnt worden. Wenn wir dem Netzwerk gentechnikfreier Regionen beitreten würden, dann ginge es nicht nur um den Anbau, sondern um sämtliche Dinge, die mit Gentechnik zusammenhängen. Bayern führt immer noch 800.000 Tonnen Soja aus Südamerika, unter anderem aus Brasilien, ein, die zu 90 % gentechnisch verändert sind, um den Bedarf an pflanzlichem Eiweiß für die Tierernährung zu decken.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Weil Sie Ihren Biosprit so teuer besteuert haben!)

- Herr Aiwanger, Biosprit hat mit dem Zusammenhang, in dem wir jetzt über Gentechnik reden, nichts zu tun.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Weil wir bei uns den Raps kaputt gemacht haben, darum kommt jetzt das genveränderte Soja!)

- Ich will mit Ihnen keinen Dialog führen, sondern etwas zum Antrag sagen. Solange wir 800.000 Tonnen Soja einführen müssen, die zu 90 % gentechnisch verändert sind, wäre es unehrlich und eine Augenauswischerei, wenn wir dem Netzwerk gentechnikfreier Regionen in Europa beitreten würden. Das kann's nicht sein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Im Gegenteil, unsere Richtung stimmt, wenn wir sagen: Wir versuchen mit einer Eiweißstrategie die Produktion des heimischen Eiweißes zu forcieren. Wir haben diese zwei Millionen im Haushalt. Nun kommt, was Sie, Herr Kollege Aiwanger, als Zwischenruf eingeworfen haben. Natürlich haben wir durch die Biodieselherstellung auch den Rapskuchen, der pures Eiweißfutter ist. Wir müssen aber versuchen, etwas beim heimischen Eiweiß zu tun. Wir müssen das heimische Eiweiß ausbauen. Das reicht aber noch nicht aus. Mit dem heimischen Eiweiß können wir vielleicht die Rinderernährung sicherstellen, die Schweine- und Geflügelernährung aber nicht. Dieses Eiweiß müssen wir auch in Zukunft einführen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Was heißt denn das?)

- Herr Halbleib, wenn Sie das fragen: Wir können auch gentechnisch nicht verändertes Soja einführen, das ist allerdings etwas teurer. Sie kaufen wahrscheinlich auch beim Aldi ein; das machen auch viele

Landwirte. Die Landwirte nehmen das Günstigste, weil sie im Wettbewerb stehen.

Wir haben den Antrag dreimal abgelehnt. Wir werden den Antrag, der hier ins Plenum hochgezogen worden ist, wieder ablehnen, weil es unehrlich ist, den Menschen vorzugaukeln, wir seien eine gentechnikfreie Region.

(Alexander König (CSU): Jawohl, so ist es!)

Wir verfüttern 700.000 Tonnen an gentechnisch veränderten Sojaschrot an unsere Tiere. Das ist mit nichts zu vereinbaren. Deshalb werden wir den Antrag noch einmal ablehnen. Das sind die ganzen Argumente.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Bitte bleiben Sie noch, Herr Kollege. Für eine Zwischenbemerkung erteile ich Frau Kollegin Natascha Kohnen das Wort. Bitte schön.

Natascha Kohnen (SPD): Herr Pachner, was Ihre Bemerkung zu Herrn Halbleib und zu Aldi angeht, so ist sie nicht gut gewählt. Man könnte sagen, man sollte nicht von sich auf andere schließen. Aber, ehrlich gesagt, ist es sowieso nicht in Ordnung, über jemanden zu sagen, wo er einkauft, Aldi hin oder her. Dieses Argument ist wirklich billig.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß nicht, ob Sie sich jemals die Charta von Florenz angesehen haben, die hinter dem Netzwerk gentechnikfreier Regionen steckt. In der Charta steht nämlich nicht, dass Europa gentechnikfrei ist oder sein muss, sondern da steht drin:

Definition von Maßnahmen zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips.

Das ist sehr verwaltungsdeutsch ausgedrückt. Des Weiteren steht da:

Klare Spezifizierung der Verantwortlichen im Falle der Verunreinigung von Produkten aus konventionellem oder aus ökologischem Landbau durch gentechnisch veränderte Nutzpflanzen auf Basis des Verursacherprinzips.

Und nun kommt der dritte Punkt, der vielleicht für Sie wesentlich ist:

Ergreifen von Maßnahmen, um das Vorhandensein von GVO im Saatgut für konventionellen

sowie für den ökologischen Landbau zu vermeiden.

Hier steht nicht drin, dass alles von vorneherein gentechnikfrei sein soll, sondern es geht darum, wohin wir wollen. Das ist das Netzwerk gentechnikfreier Regionen. Und im letzten Punkt der Charta steht das, was Sie sich für Bayern hin und wieder durchaus vornehmen:

Zustimmung, dass die europäischen Regionen selbst ihre Gebiete oder Teile davon GVO-frei definieren können, unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und umweltrelevanten Besonderheiten und der Anerkennung der Zuständigkeiten in jedem Mitgliedstaat.

Hier sagt niemand etwas, dass wir von vornherein gentechnikfrei sein müssen, sondern das ist ein Netzwerk Europas, das sich darum bemüht.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Pachner, zur Erwiderung, bitte.

Reinhard Pachner (CSU): Frau Kollegin Kohnen, ich sage es noch einmal: Wir haben in Bayern einen Schritt gewagt, der gegen geltendes EU-Recht verstößt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Was?)

Wir sind frei vom Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen. Wir haben Pflanzen, die von der EU zugelassen sind, für den Anbau in Bayern verboten. Deshalb sind wir frei vom Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen. Das muss ich noch einmal sagen. Wenn in der Charta steht, dass man den Regionen beitreten könnte, die zum Ziel haben, irgendwann einmal gentechnikfrei zu sein, dann schreibt die Presse oder die Medien berichten: Wir sind dem Netzwerk gentechnikfreie Regionen beigetreten. Dann glauben womöglich alle, wir sind gentechnikfrei, wir sind es aber nicht. Das ist Augenauswischerei, das stimmt nicht!

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Dann werdet es doch! - Natascha Kohnen (SPD): So ein Quatsch!)

- Das ist kein Quatsch.

(Natascha Kohnen (SPD): Seien Sie ehrlich und sagen Sie den Leuten, wie es ist!)

- Frau Kollegin Kohnen, da bin ich ehrlich. Wir machen eine ehrliche Politik, im Gegensatz zu Ihnen.

(Lachen bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Sie gaukeln den Menschen vor, wir wären gentechnikfrei. Wir sind es aber nicht, weil wir 800.000 Tonnen Sojaschrot, das gentechnisch verändert ist, verfüttern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das ist unehrliche Politik, das ist nicht richtig. Darum bleibe ich dabei, wir werden diesen Antrag auch im Plenum ablehnen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Pachner, bitte bleiben Sie noch, denn wir haben eine weitere Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Aiwanger, dem ich hierzu das Wort erteile. Bitte schön.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Pachner, Sie wissen, dass Rapsschrot und Rapskuchen hochwertige Eiweißfuttermittel sind, die bei der Biospritzeugung abfallen. Stimmen Sie mir zu, dass die von Schwarz-Gelb beschlossene Besteuerung der Biokraftstoffe in überhöhter Form dazu geführt hat, dass nicht nur eine Vielzahl bäuerlicher Biospritanlagen pleite gegangen ist, sondern auch dazu, dass dieses Eiweißfuttermittel auch nicht in der Menge anfällt, in der es anfallen könnte, wenn Sie die Besteuerung mit Augenmaß vorgenommen hätten?

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Pachner, bitte.

Reinhard Pachner (CSU): Das ist eine Diskussion über ganz andere Dinge, Herr Aiwanger.

(Alexander König (CSU): So ist es!)

Ich kann hier nicht zustimmen, weil ich mir das noch nicht genau angesehen habe.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das sollten Sie aber!)

Die Biospritbesteuerung ist einfach da. Wir müssen doch ganz andere Dinge machen. Nehmen Sie doch einmal her, was Herr Walter Heidl, der Präsident des Bayerischen Bauernverbandes, gesagt hat. Wenn wir beispielsweise aus Weizen Äthanol erzeugen würden, dann würde sehr viel Eiweiß abfallen, wahrscheinlich sogar noch mehr als jetzt, weil man damit wegen höherer Erträge wesentlich mehr Eiweiß erzeugen kann.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das wäre der Weg, um vom Soja wegzukommen! Den Weg haben Sie aber verbaut!)

- Nein, den Weg haben wir nicht verbaut. Wir werden aber auch damit nicht die 800.000 Tonnen pflanzliches Eiweiß bekommen, die wir brauchen. Wir bauen ja an, und es wird auch immer mehr. Was Sie zu der Besteuerung sagen, dazu kann ich nichts sagen, denn das möchte ich mir erst einmal genauer ansehen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das sagen Ihnen die Bauern, die pleite gegangen sind!)

- Wie viele sind pleite gegangen? Das möchte ich mir erst einmal ansehen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Nicht wenige!)

Das kann ich hier am Redepult nicht sagen. Hier geht es jetzt erst einmal um den Beitritt zum Netzwerk. Das hat doch mit der Besteuerung von Biodiesel gar nichts zu tun.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Doch, sehr viel!)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Bevor ich in der Debatte fortfahre, darf ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Florian Ritter und anderer (SPD) auf Drucksache 16/12680 "Rehabilitation der nach 1945 in beiden deutschen Staaten wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen Verurteilten" bekannt geben. Mit Ja haben 48 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 102 Abgeordnete. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Wir fahren nun mit dem Kollegen der FREIEN WÄHLER, Herrn Dr. Leopold Herz, fort. Bitte schön.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst zur Faktelage: Heute geht es nicht um die rote oder die weiße Gentechnik, sondern es geht um die grüne Gentechnik. Dieses Thema hatten wir hier im Haus schon öfter. Wir werden es aber noch oft bekommen.

Zunächst zur Vorgeschichte. Es wurde schon kurz erwähnt, 2003 haben zehn europäische Regionen das Netzwerk gentechnikfreier Regionen gegründet. 2005 kam dann die Charta von Florenz dazu. Darin wurde näher definiert, was wir eigentlich wollen, eine Art Zielvorgabe. 2009 wurde die Regierung aus CSU und FDP das erste Mal gebeten, diesem Netzwerk beizutreten. Ich glaube, es ist nicht zuviel verlangt, jetzt, nach über drei Jahren, darüber zu entscheiden. Gera-

de habe ich wieder ein Nein gehört, das dritte Mal Nein. So kann man argumentieren, man kann aber auch sagen: Wenn wir ein Zeichen setzen wollen, dann müssen wir dieser Initiative beitreten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Wenn nämlich 80 % der bayerischen Bevölkerung und mehr sagen, wir wollen und brauchen diese Gentechnik nicht, dann sollten wir diese Willensäußerung nicht nur in Sonntagsreden ernst nehmen, sondern wir sollten auch vor Ort zeigen, dass es uns wirklich ernst damit ist. Ich bin mir sicher, Staatsminister Brunner wird anschließend auf die Eiweißinitiative hinweisen, die von uns FREIEN WÄHLERN maßgeblich mitgestaltet und initiiert worden ist. Das ist ein wichtiger Punkt. Dahin müssen wir kommen. Es ist schade, dass der früher dafür zuständige Minister Söder jetzt nicht da ist. Es ist noch nicht lange her, inzwischen sind es etwa zehn Monate, da wurden in Bayern die gentechnikfreien Gemeinden und Städte ausgezeichnet.

Ich vergesse nie, dass in Augsburg 70 Gemeinden aus Schwaben - Herr Pachner, Sie waren auch dabei - als gentechnikfrei ausgezeichnet worden sind. Minister Söder verstieg sich zu der Ansicht, mit einer seltenen Einmütigkeit seien alle fünf Fraktionen im Bayerischen Landtag für den gentechnikfreien Anbau. Meine Damen und Herren, wir erleben es immer wieder. Ich wiederhole es: Bei der FDP wissen wir, woran wir sind. Die FDP ist nicht für diesen Schritt. Liebe Kollegen von der CSU, wir müssen uns entscheiden. Draußen dürfen wir nicht erzählen: Wir sind zwar dafür, aber andererseits wissen wir nicht so recht. - Wir brauchen eine klare Linie.

Wir von den Oppositionsparteien sind uns einig. Wenn dieser gentechnikfreie Anbau gefordert werden soll - mehr wird nicht verlangt -, sollte es kein Problem sein, dieser Initiative beizutreten. Es geht um ein wenig Psychologie. Wir wissen alle, wie wichtig es ist, zu zeigen, dass wir diesen Weg konsequent weitergehen. Immer wieder ist zu hören, dass Arbeitsplätze abwandern und Techniken verloren gehen würden. Selbstverständlich, das ist die andere Seite. Wir sollten jedoch die Wünsche der Verbraucher ernst nehmen. Wir sollten die Regionen unterstützen. Wir FREIE WÄHLER sagen Ja zum Beitritt zum Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Bitte bleiben Sie noch. Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Steiner auf der rechten Seite.

Klaus Steiner (CSU): Herr Kollege, ist Ihnen bekannt, dass die rot-grüne Bundesregierung 2004 unter Land-

wirtschaftsministerin Künast das erste Mal überhaupt gentechnisch veränderten Mais, nämlich 30 Tonnen MON 810, für den freien Verkehr freigegeben hat?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das könnt Ihr jetzt ändern!)

Für die Psychologie, die Sie genannt haben, ist es schlecht, wenn GRÜNE und SPD jetzt die großen Ankläger und die großen Antragsteller sind.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Zur Erwiderung bitte.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Lieber Herr Kollege Steiner, vielen Dank für den Beitrag, der vielleicht vieles aufklärt. Ich habe nie bestritten, dass wir uns momentan noch nicht in der gewünschten Situation befinden - leider. Darum müssen wir diese Initiativen mit der Opposition zusammen immer wieder anstoßen, damit wir in Bayern eine möglichst gentechnikfreie Anbauweise der Eiweißfuttermittel erlangen. Noch sind wir nicht so weit. Die damalige Freigabe von gentechnisch verändertem Mais zeigt, dass auch damals Nachholbedarf bestanden hat. Das widerspricht jedoch nicht der Idee, dieser Initiative für Gentechnikfreiheit beizutreten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage noch einmal: Wir hätten heute in diesem hohen Hause die Chance, ein Zeichen zu setzen. Ja, wir wollen es, und das über Bayern hinaus. Wenn wir das nicht tun, ist das fatal für die zukünftige Entwicklung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Die nächste Rednerin ist Kollegin Anne Franke von den GRÜNEN.

Anne Franke (GRÜNE): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren! Beim Thema Gentechnik - das haben wir eben wieder gehört - legen Sie, die Regierungskoalition und die Staatsregierung, genauso wie bei den Studiengebühren, beim Donausausbau und bei Griechenland ein absolut widersprüchliches Verhalten an den Tag. Sie reden mit gespaltener Zunge - hier anders als dort.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Für den Machterhalt scheint Ihnen jedes Mittel recht. Sie wissen, dass 80 % der Bevölkerung die Agro-Gentechnik ablehnen. In diesem Sinne - das hat Herr Dr. Herz eben erwähnt - hat Minister Söder im

Mai 2011 eine Auszeichnung für gentechnikfreie Kommunen installiert. Ich zitiere aus der Presse aus dem Jahr 2011:

Söder sieht die heutige Auszeichnung als einen wichtigen Schritt für ein Bayern ohne Gentechnikpflanzen. Die Kommunen bekommen eine Urkunde sowie ein Emaille-Schild, mit dem die gentechnikfreie Bewegung verstärkt wahrgenommen werden soll.

Ganz deutlich: Ihnen geht es um die Wahrnehmung draußen. Draußen soll vermittelt werden, Sie seien gegen Gentechnik. Im Landtag sieht das Ganze schon wieder anders aus. Im Landtag verweigern Sie die Zustimmung zu unseren Anträgen, mit denen wir Gentechnikfreiheit fordern, insbesondere die Gentechnikfreiheit auf dem Acker.

Im März 2011 haben wir GRÜNE bereits einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, mit dem wir wie die SPD gefordert haben, dass Bayern dem Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen beitrifft. Der Antrag wurde natürlich abgelehnt. Er wurde ebenfalls in den Ausschüssen abgelehnt und wird heute wahrscheinlich erneut abgelehnt.

Warum ist es uns so wichtig, dem Netzwerk beizutreten? Wir meinen, mit dem Beitritt zum Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen hätte Bayern endlich eine starke Stimme in Brüssel. Das wollen Sie jedoch offenbar ausdrücklich nicht. In Brüssel, dort, wo es keiner sieht und hört, enthält sich Deutschland der Stimme in den Ausschusssitzungen, wenn es um die Zulassung von Gentechniklebensmitteln, Gentechnikfuttermitteln sowie neuer GVO-Pflanzen geht.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Anne Franke (GRÜNE): - Das machen wir am Schluss.

So ist es gerade wieder bei der Zulassung des GVO-Mais MIR 162 passiert. Jetzt stehen 35 GVO-Zulassungen in Brüssel an. Sie sind sozusagen in der Pipeline. Dort, in Brüssel, können Sie zeigen, dass Sie gegen Agro-Gentechnik sind. Äußern Sie sich dort mit Ministerin Aigner klar gegen Gentechnik. Treten Sie dem Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen bei, damit wir zusammen mit den gleichgesinnten Regionen endlich eine starke Stimme in Brüssel bekommen.

Über 50 gentechnikfreie Regionen gibt es inzwischen in Europa. In Deutschland sind es die Bundesländer Thüringen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und seit Kurzem Baden-Württemberg. Daneben exis-

tieren - das haben wir gehört - eine ganze Reihe kleinerer gentechnikfreier Regionen: 210 in Deutschland und 58 in Bayern. Rund 19.000 Landwirte bestellen in Bayern eine Fläche von ungefähr 550.000 Hektar GVO-frei. Für die Gründung von Bündnissen für eine gentechnikfreie Region schließen sich in vielen Regionen Bayerns bereits verschiedene Verbände, Firmen, Personen, Vereine sowie Verbraucher, Direktvermarkter Umweltschützer, Hersteller und Händler von Lebensmitteln auf eigene Initiative zusammen. Aber Sie lehnen den Antrag natürlich wieder ab.

Im Moment gibt es hochaktuell einen erneuten Angriff auf die Gentechnikfreiheit. Die EU-Kommission will das Honig-Urteil der Europa-Richter aushebeln. Die EU-Kommission möchte nun in der neuen Honig-Richtlinie festschreiben, dass Pollen keine Zutat, sondern ein natürlicher Bestandteil des Honigs sind. Meine Damen und Herren, das ist ein neuer Trick, um Gentechnik im Honig nicht ausweisen zu müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es darf und kann nicht sein, dass Verbraucher und Imker Gentechnik im Honig dulden müssen. Vorletzte Woche haben wir einen Antrag eingereicht, mit dem wir die Staatsregierung aufgefordert haben, sich auf allen Ebenen aktiv dafür einzusetzen, dass die EU-Honig-Richtlinie unangetastet bleibt, um eine Verunreinigung des Honigs mit gentechnisch veränderten Pollen zu verhindern.

Angesichts der immer wiederkehrenden Eingriffe in die Gentechnikfreiheit muss Bayern, wenn Sie es halbwegs ernst meinen, dem Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen beitreten, um in Brüssel eine starke Stimme gegen die großen Gentechniklobbyisten zu haben und um Imker und Verbraucherinnen und Verbraucher vor unerwünschter Gentechnik in den Lebensmitteln und auf dem Acker zu schützen.

Herr Pachner, obwohl wir 700.000 Tonnen Futtermittel importieren, können wir durchaus dem Netzwerk beitreten. Das ist kein Widerspruch, wenn wir die Gentechnikfreiheit langfristig erreichen wollen. Das würden wir damit zeigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Pachner hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet, zu der ich ihm jetzt das Wort erteile.

Reinhard Pachner (CSU): Herr Präsident, Frau Kollegin Franke! Ich wollte nur eine Frage stellen. Ist Ihnen der Sprachgebrauch bekannt? Sie haben von den Urkunden und den Emaille-Schildern gesprochen, die der Umweltminister an die Gemeinden verteilt hat.

Kennen Sie eigentlich den korrekten Sprachgebrauch der Begriffe "gentechnikanbaufrei" und "gentechnikfrei"? Wenn Sie diesen Sprachgebrauch kennen, werden Sie feststellen, dass es scheinheilig wäre, wenn wir jetzt dem Netzwerk beitreten würden; denn wir sind nicht gentechnikfrei, weil von den 800.000 Tonnen Sojaschrot, die wir verfüttern, immer noch 700.000 Tonnen gentechnisch verändert sind.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Kollegin Franke zur Erwiderung.

Anne Franke (GRÜNE): Herr Pachner, ich habe das schon gesagt, als ich Sie hier stehen sah. Ich habe Ihre Frage eigentlich schon beantwortet. Wenn man will, kann man seinen Willen auch zeigen. Man kann zeigen, dass man langfristig die Gentechnikfreiheit erreichen und von den gentechnisch veränderten Organismen in den Futtermitteln wegkommen möchte. Mit der Eiweißstrategie haben wir Ansätze, eigenes Futtermittel zu erzeugen, sodass wir keine GVO-Futtermittel aus Argentinien, Brasilien usw. importieren müssten. Wir hätten diese Möglichkeit. Sie wollen aber offenbar nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Der nächste Redner der Debatte ist für die FDP-Fraktion Herr Kollege Dr. Otto Bertermann.

Dr. Otto Bertermann (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verstehe nicht, warum dieser Antrag, der im Ausschuss sehr klar und deutlich abgestimmt worden ist, noch einmal ins Plenum hochgezogen wird. Der sachliche Grund hierfür erschließt sich mir nicht. Haben wir noch zusätzliche sachliche Argumente bekommen? Wollen wir ein Zeichen setzen, wie das bereits im Umweltausschuss geschehen ist? Oder soll damit auf Nuancen von Unterschieden zwischen den bürgerlichen Parteien hingewiesen werden? Wollen Sie, dass CSU und FDP eine Art Politspektakel aufführen? Verehrter Herr Ministerpräsident, wir haben gerade das Gegenteil bewiesen. Wir haben die Praxisgebühr und das Betreuungsgeld zusammengeführt. Wir sind handlungsfähig. Deshalb verstehe ich nicht, warum die Opposition diesen Antrag hochgezogen hat.

(Beifall bei der FDP)

Die Initiative heißt "Netzwerk gentechnikfreier Regionen in Europa". Auf die Forderung nach Gentechnikfreiheit müssen die bürgerlichen Parteien reagieren und eine Entscheidung fällen. Wir haben gesagt, dass wir über eine gentechnikanbaufreie Zone reden kön-

nen. Den Antrag, eine gentechnikfreie Region zu werden, lehnen wir selbstverständlich ab. Wenn wir hier zustimmen würden, wäre das unredlich und unehrlich. Es wird Ihnen nicht gelingen, uns auseinanderzudividieren; denn alle Redner von der Opposition und der Regierungskoalition, die bisher zu diesem Problem Stellung genommen haben, haben einen ganz wichtigen Aspekt weggelassen: Wo ist die ethische Komponente? Hier unterscheiden wir Europäer uns doch von den Südamerikanern, den Indern und den Asiaten. Wie wollen wir - ethisch und christlich argumentiert - das Millenniumsziel erreichen und den Hunger halbieren?

Die Aufgabe einer christlichen Nation ist es, den Hunger zu reduzieren. Die Entwicklungsländer fordern gerade eine grüne Revolution. Eine solche kann durch die Gentechnik geleistet werden. Ich hätte mir heute eine sachliche Diskussion gewünscht, die auf wissenschaftlichen Grundlagen beruht. Ihre Verbrauchermministerin hat hier im Jahr 2004 völlig versagt. Sie hätte damals als Eingangskriterium die Langzeitwirkungen von Futtermitteln und deren Gefahren berücksichtigen sollen. Dies hat Frau Künast im Jahr 2004 nicht getan. Deshalb sind diese Produkte in den Handel gelangt. Das war ein Fehler von Rot-Grün. Das war fahrlässig und gehört dringend geändert, indem wir nach Brüssel gehen und dort die Richtlinie abschaffen.

Ich will Sie gar nicht im Hinblick auf Ihr Verständnis der Forschung, der Forschungsfreiheit und der Verantwortung von Forschung angreifen. Bei allen neuen Technologien ist es notwendig, Verantwortung zu übernehmen. Wir müssen aber auch die Chancen sehen, die die grüne Gentechnik bietet. Wir müssen deshalb zu einer sachlichen Diskussion zurückkehren. Wir dürfen nicht die Felder derjenigen zertreten, die über Jahre hinweg Pflanzen angebaut haben. Dies wäre das andere Extrem, wenn diese Diskussion zu emotional geführt würde. Wir dürfen keine Arbeitsplätze exportieren und dafür Genmais importieren. Wir müssen etwas für die Forschung und die Freiheit tun. Wir brauchen eine verantwortungsvolle Forschung im Bereich der Gentechnologie. Die Langzeitwirkungen sind deshalb für mich das Kriterium für die Zulassung. In diesem Sinne müssen wir auch in Brüssel intervenieren.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege, verbleiben Sie bitte noch für mindestens zwei Zwischenbemerkungen am Pult. Als erste Rednerin hat sich Frau Kollegin Natascha Kohnen von der SPD gemeldet.

Natascha Kohnen (SPD): Lieber Herr Dr. Bertermann, warum haben wir diesen Dringlichkeitsantrag hochgezogen? Das kann ich Ihnen schon sagen: Herr Umweltminister Dr. Söder hat im Jahr 2009 gesagt, er denke darüber nach, diesem Netzwerk in Europa beizutreten. Das war ein gutes Zeichen. Die SPD hat daraufhin den ersten Antrag im Jahr 2010 gestellt, der genau den Inhalt des heutigen Dringlichkeitsantrags hatte. Herr Füracker hat damals für meine Begriffe etwas ehrlicher geantwortet, als es Herr Pachner heute getan hat. Herr Füracker hat gesagt, das europäische Netzwerk gentechnikfreier Regionen sei eine respektable Einrichtung. Deshalb habe er kein großes Problem damit, den Beitritt Bayerns zu beschließen. Soweit Herr Füracker im Jahr 2010.

Warum hat er dem Ganzen schließlich nicht zugestimmt? Seine Argumentation ist viel ehrlicher als die, die Herr Pachner heute gebracht hat. Damals hat Herr Füracker gesagt: "Es ist Ihnen auch bekannt, dass unser Koalitionspartner eine um 180 Grad gedrehte, andere Meinung vertritt als wir." Das ist Fakt. Herr Füracker sagte weiter: "Deswegen tue ich Ihnen heute den Gefallen nicht, wegen einer Formalität des Beitritts einen Koalitionsstreit auszulösen." Das ist eine ehrliche Antwort für die Menschen in Bayern. Heute wurde versucht, mit den Begriffen "gentechnikfrei" und "gentechnikanbaufrei" eine semantische Erklärung zu finden, warum dies alles unehrlich sei. Das halte ich gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern Bayerns für verlogen. Was Sie von der FDP sagen, kann ich akzeptieren. Die Nummer, die Herr Pachner hier und auch im Ausschuss durchgezogen hat, ärgert mich jedoch.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Dr. Bertermann zur Erwidern.

Dr. Otto Bertermann (FDP): Ich denke, wir brauchen eine ganz klare Position. Bei der Diskussion über das Thema Gentechnik sind für mich die langfristigen Auswirkungen entscheidend. Wenn wir dazu gute wissenschaftliche Daten hätten, würde ich mich als Liberaler leichter tun, solche Entscheidungen zu treffen. Wir haben aber diese Daten nicht.

(Natascha Kohnen (SPD): Doch, wir haben sie! Das christliche Argument mit dem Welthunger ist weit hergeholt!)

- Wo die Gentechnik eingesetzt wird, zum Beispiel in Indien, wurde die Arbeitslosigkeit reduziert. Das Einkommen dort wurde verdoppelt. Die Resistenzen wurden reduziert und bessere Lebensbedingungen geschaffen. Wir müssen auch die Chancen sehen, die die Gentechnik für die dritte Welt birgt. Dies darf nicht

einfach ideologisch wegdiskutiert werden. Seien Sie doch einmal offen für die Diskussion und warten Sie ab, welche Ergebnisse die Wissenschaft bringen wird. Ich will jetzt nicht politisch werden, aber Ihre Ideologisierung zeigt, dass Sie im Prinzip forschungsfeindlich sind und die Arbeitsplätze in diesem Lande gefährden. Ihnen kann man überhaupt keine Regierungsverantwortung anvertrauen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege, bitte bleiben Sie noch für eine zweite Zwischenbemerkung am Pult. Sie kommt von der ganz linken Seite, nämlich von Frau Kollegin Anne Franke von den GRÜNEN.

Anne Franke (GRÜNE): Lieber Herr Dr. Bertermann, es ist haarsträubend, wenn Sie behaupten, die Gentechnik helfe gegen den Hunger. Das Gegenteil ist der Fall; das wissen Sie selbst.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie haben gerade Indien erwähnt. Aus Indien wissen wir, dass die Selbstmorde von Bauern zugenommen haben. Dort hat auch der Hunger zugenommen. Die Bauern in Indien sind von den GVO-Großkonzernen abhängig, die das Saatgut herstellen. Sie müssen ihr Saatgut von diesen großen Konzernen kaufen. Wenn das Klima einmal nicht so günstig ist, haben sie schlechte Ernten und können nicht einmal das Saatgut bezahlen.

Der Agrarbericht hat gezeigt, dass etwas anderes notwendig ist, um den Hunger zu besiegen, nämlich Ernährungssouveränität. Die Bauern müssen sich selbst ernähren können und dafür genügend erwirtschaften. Es kann nicht Ziel sein, dass nur die großen Konzerne noch mehr Reibach machen. Ernährungssouveränität kann man nur durch der jeweiligen Landschaft und dem Klima angepasste Arbeitsweise erreichen, nicht durch Gentechnik.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Zur Erwidern bitte, Herr Bertermann.

Dr. Otto Bertermann (FDP): Eine bessere Steilvorlage hätten Sie mir nicht geben können. Wir wollen nicht wieder zurück ins Gewächshaus. Wir wollen keine Ideologisierung. Sie bezeichnen die Verflechtung zwischen Forschungsinstituten, Konzernen und Genehmigungsbehörden als ein Verbrechen. Diese Emotionalisierung bringen Sie hier hinein. Sie müssen stattdessen wissenschaftlich argumentieren. Dann können Sie Ihre Politik weiter vertreten.

Es reicht nicht aus, Grundlagenforschung nur an Modellpflanzen zu betreiben. Man muss weitergehen. In meinen Augen begehen Sie eine Attacke auf die Forschungsfreiheit. Was Sie hier tun, ist kein Kavaliersdelikt. Nach mehr als 35 Jahren der Debatte gibt es bei den GRÜNEN nach meiner Meinung jetzt einen Tiefpunkt der Diskussion über Gentechnologie.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Sehen Sie sich doch einmal die Chancen an, die diese Technik für die Arbeitsplätze, die Sicherheit und den Wohlstand bedeutet. Sie müssen die Diskussion fair auf die wissenschaftlichen Grundlagen zurückführen, damit wir uns über die Dinge unterhalten können. Sie müssen weg von der Ideologie, weg von den Pflanzen, die Wissenschaftler auf fremden Feldern angepflanzt haben.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die Staatsregierung ergreift jetzt Frau Staatssekretärin Melanie Huml das Wort.

Staatssekretärin Melanie Huml (Umweltministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorweg sage ich, dass die Bayerische Staatsregierung zur Gentechnik eine ganz klare Haltung hat. In der Staatsregierung lehnen wir alle die kommerzielle Nutzung der grünen Gentechnik ab. Das ist ganz klar. Diese Haltung ist gemeinsam mit der Bayerischen Staatsregierung in der kompletten Koalition zu finden.

Der Antrag wurde schon 2010 und dann auch 2011 gestellt. Jetzt wird er im Jahr 2012 ein drittes Mal gestellt. Wir werden dem Netzwerk aber deshalb nicht beitreten, weil wir es unehrlich fänden, zu sagen, dass wir komplett gentechnikfrei sind. Wir sind gentechnikkanbaufrei. Deswegen haben wir in Bayern lieber ein Netzwerk der Kommunen. Wir wollen die Gentechnikkanbaufreiheit mit den Kommunen und den Landkreisen umsetzen. Unser gemeinsamer Weg ist es in Bayern eben, die Kommunen mitzunehmen.

Dies bedeutet einen kleinen Unterschied. Darüber haben wir zurzeit, aber auch schon in den letzten Jahren mehrfach diskutiert. Das reicht aus.

Wir lehnen den Antrag, einem Netzwerk der Gentechnikfreiheit beizutreten, ab.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Zu einer Zwischenbemerkung hat Frau Natascha Kohnen von der SPD das Wort.

Natascha Kohnen (SPD): Frau Staatssekretärin, mich interessiert: Wo steht denn in der Charta etwas von Gentechnikfreiheit? Wenn Sie dort nachlesen würden, wüssten Sie, dass da von Gentechnikanbau die Rede ist. Von Gentechnikfreiheit spricht nur die Überschrift. Dem Inhalt der Charta kann man jedoch entnehmen, dass es um den Anbau geht, zu dem Sie den Kommunen Auszeichnungen geben.

Ich halte den Gedanken, den Herr Söder nach 2009 nicht mehr fortgeführt hat, für richtig. Er sagte, er denke darüber nach, dem Netzwerk beizutreten. In dem Netzwerk wird darum gekämpft, zu einem Ziel zu kommen. Es handelt sich um ein Bekenntnis zu dem, was man anstrebt. Aber Sie weigern sich, dem Netzwerk beizutreten.

Herr Bertermann hat dazu sehr deutliche Worte gesagt. Wir können die wissenschaftliche Debatte gerne führen. Weltweit führt die grüne Gentechnik im Anbau, wissenschaftlich gesehen, nicht zu einer Erhöhung der Ernteerträge. Deswegen kann sie den Welthunger nicht halbieren.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Zur Erwiderung bitte, Frau Staatssekretärin.

Staatssekretärin Melanie Huml (Umweltministerium): Nachdem Herr Minister Markus Söder gesagt hat, er überlege es sich, haben wir es im Umweltministerium sehr genau geprüft. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass es sich nicht um etwas handelt, was wir uns vorstellen, und dass ein Beitritt unehrlich wäre. Von daher sind wir zu dem Entschluss gekommen, dem Netzwerk nicht beizutreten. Wir wollen lieber mit Taten überzeugen, nicht durch einen Beitritt zu einem Netzwerk.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Sie soll in namentlicher Form geschehen. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Gesundheit empfiehlt Ablehnung des Dringlichkeitsantrages. Die Urnen für die Stimmkarten befinden sich auf beiden Seiten des Sitzungssaals sowie auf dem Stenografentisch. Mit der Stimmabgabe wird nun begonnen. Dafür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 15.55 bis 16.00 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zeitzeugenprojekt praxisnah auch in den Bildungseinrichtungen in Bayern umsetzen
(Drs. 16/12761)**

Ich eröffne die Aussprache. Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Hans Jürgen Fahn für die FREIEN WÄHLER.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir in Bayern wissen und schätzen die Leistungen und Anstrengungen, die die Vertriebenen in ganz Europa nach dem Krieg auf sich genommen haben, um das an Kultur, Wirtschaft und vielfach in den Seelen zerstörte Land wiederaufzubauen. Diese Menschen haben in Bayern ihre Heimat gefunden. Wir finden, dass das eine gelungene Integrationsleistung ist, die wir honorieren müssen. Trotzdem ist es wichtig, dass beide Seiten nicht nur schwerpunktmäßig in die Vergangenheit schauen. Viel wichtiger ist der Blick in die Zukunft. Nur wenn wir die jüngere Generation für die Belange der Vertriebenen sensibilisieren, werden wir ihr Anliegen in die Zukunft transportieren. Hierfür sind Schüler- und Bildungseinrichtungen sehr wichtig. Beispiele für eine solche Verstärkung sind eine Verbesserung des Jugendaustausches, Städtepartnerschaften oder eine stärkere Kooperation mit den Kreisheimatpflegern.

Eine besondere Bedeutung - das ist auch in unserem Antrag enthalten - haben in diesem Zusammenhang die Zeitzeugenberichte. Zeitzeugenberichte sind kostbares Gut, weil es nicht mehr lange Menschen gibt, die von der Zeit der Vertreibung und von dem Zusammenleben berichten können. Zeitzeugenberichte sind Geschichte live vor Ort. Seit 2011 liegt eine Dokumentation von Zeitzeugen vor, die vom Sozialministerium und vom Landtag finanziell gefördert wird. Diese Studie steht kurz vor dem Abschluss. Es geht um viele Interviews mit sudetendeutschen Vertriebenen oder tschechischen Interviewpartnern. Zusammengetragen wurden einige hundert Stunden Tonbandmaterial und mehreren tausend Seiten Manuskripte. Deswegen ist es für uns wichtig, dass das Material in den Bildungseinrichtungen in Bayern Eingang findet.

Diese Thematik wurde bereits in verschiedenen Ausschüssen diskutiert. Es gab Gegenargumente. So wurde zum Beispiel vonseiten der CSU gesagt, den Schulen solle nichts vorgeschrieben werden. Deshalb haben wir den Antrag entsprechend der Gegenargumente geändert. Wir fordern, dass eine entsprechende Empfehlung gegeben wird. Unser Antrag ist umformuliert worden. Die FDP hat eingewandt, das Thema sei nicht genügend aufbereitet worden. Unser Antrag, den wir heute etwas umformuliert einbringen, lautet: Die Staatsregierung empfiehlt den Bildungseinrichtungen in Bayern, das Zeitzeugenprojekt "Sudetendeutsche Vertriebene in Bayern" praxisnah und pädagogisch aufbereitet umzusetzen.

Ich bedanke mich bei der Vertreterin der FDP, die im Bildungsausschuss und im Hochschulausschuss vorgeschlagen hat, eine didaktische Aufbereitung durch die Landeszentrale für politische Bildung vornehmen zu lassen. Falls es notwendig und sinnvoll ist, Frau Sandt, könnten wir das auf jeden Fall machen. Wir haben Ihre Anregung in den Antrag mit eingebaut. Mit unserem Antrag unterstützen wir auch das Anliegen des Bundestages, der in einem Beschluss am 08.11.2011 ausdrücklich eine Sicherung von Zeitzeugenberichten gefordert hat.

Es gab noch Einwendungen vonseiten der Vertreter der SPD. Diese Einwendungen können wir so nicht ganz nachvollziehen. Natürlich gibt es noch viele andere Zeitzeugenberichte, wie zum Beispiel Zeitzeugenberichte von Opfern des Nationalsozialismus. Wenn es ein solches analoges Projekt gibt, das vom Landtag finanziert wird, sind die FREIEN WÄHLER die Ersten, die das unterstützen und eine didaktische Umsetzung wollen. Wir wissen natürlich auch, dass die GRÜNEN gewisse Probleme mit dem Antrag haben, weil immer gesagt wird: Wir unterstützen nur eine bestimmte Gruppe von Leuten. Natürlich haben Sie recht, es geht hier um ein bestehendes Projekt, das vom Sozialministerium gefördert wird. Es geht dabei zufälligerweise um die Sudetendeutschen und das Thema Schuld und Vertreibung, Versöhnung und Zukunft. Wir wissen natürlich, dass Schuld und Vertreibung nicht nur aus der Perspektive der Vergangenheit zu betrachten sind. Wir wissen, dass weltweit derzeit rund 43 Millionen Menschen auf der Flucht sind und undemokratische Systeme, Krieg und Umweltkatastrophen die wichtigsten Gründe der Flucht sind. Es geht auch um das aktuelle Thema Asyl. Dieses wird auch in den nächsten Wochen im Landtag thematisiert. Wenn es in diesem Zusammenhang ein geeignetes Zeitzeugenprojekt geben sollte, werden die FREIEN WÄHLER auch in diesem Zusammenhang eine didaktische Umsetzung in den Bildungseinrichtungen des Freistaates unterstützen.

In unserem Antrag - damit komme ich zum Schluss - geht es um eine bestimmte Gruppe, nämlich die Sudetendeutschen, und zwar einfach deshalb, weil umfangreiches und ausführliches Material vorliegt, das bereits in der Sudetendeutschen Stiftung in Verbindung mit Professor Marita Krauss erarbeitet wurde. Es geht dabei noch um Tausende zusätzlicher Interviews. Insgesamt sind sich alle Experten einig, dass das bereits bestehende Zeitzeugenprojekt eine historisch einmalige Chance ist, lebendige Geschichte in die Zukunft zu transportieren. Das gelingt am besten mit jungen Leuten in den Bildungseinrichtungen. Unser Antrag wurde umformuliert, um allen die Möglichkeit zu geben, dies zu unterstützen: "Die Staatsregierung empfiehlt den Bildungseinrichtungen in Bayern, das Zeitzeugenprojekt "Sudetendeutsche Vertriebene in Bayern" praxisnah und pädagogisch aufbereitet umzusetzen."

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Bevor ich in der Debatte fortfahre, gebe ich das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher und anderer der SPD-Fraktion betreffend Beitritt des Freistaats Bayern zum Netzwerk gentechnikfreier Regionen in Europa, Drucksache 16/12788 - Tagesordnungspunkt 5 -, bekannt: Ja-Stimmen gab es 65, 89 Abgeordnete haben mit Nein gestimmt und es gab keine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Wir fahren in der Debatte mit Herrn Kollegen Berthold Rüth für die CSU-Fraktion fort.

Berthold Rüth (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Wie Sie wissen, hat sich der Freistaat Bayern in den vergangenen Jahrzehnten wie kein anderes Bundesland für die Vertriebenen, besonders die Sudetendeutschen, eingesetzt. Unser Ziel ist es daher auch, die Erinnerung an die Sudetendeutschen und ihre alte Heimat zu pflegen und für kommende Generationen zu bewahren. Herr Ministerpräsident Horst Seehofer hat sich deshalb bei einem Gespräch mit dem BDV-Vorstand im Mai dieses Jahres für den Bau eines Sudetendeutschen Museums in München ausgesprochen. Mit diesem neuen Museum wollen wir das Schicksal und die Leistungen der Sudetendeutschen in Bayern lebendig halten. Wir wollen erstens zeigen: Die Geschichte und die Kultur der Sudetendeutschen umfassen nicht nur die Zeit von 1930 bis 1945; zweitens: Die Sudetendeutschen blicken auf eine achthundertjährige Geschichte in Böhmen, Mähren und

Schlesien zurück. Sie haben diesen europäischen Kulturraum mitgestaltet und mitgeprägt.

Wir begrüßen daher generell die Intention des vorliegenden Antrags der FREIEN WÄHLER, die Erinnerung an die sudetendeutschen Vertriebenen in Bayern aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig möchte ich betonen, dass das bei uns in Bayern seit Langem und in vielfältiger Weise geschieht. Da aber bei uns in Bayern der Einsatz von Unterrichtsmaterialien in der Schule nicht angeordnet werden kann, können wir dem vorliegenden Antrag nicht zustimmen. Selbstverständlich können aber jederzeit von den einzelnen Schulen Sudetendeutsche als Zeitzeugen ebenso eingeladen werden, wie dies für Zeitzeugen des NS-Regimes oder der kommunistischen Diktatur in der DDR gilt. So ist auch das Zeitzeugenprojekt ein wesentlicher Bestandteil des vom Freistaat Bayern geplanten neuen Sudetendeutschen Museums, das auch den Rahmen für dessen angemessene inhaltliche und museumspädagogische Vermittlung bilden wird.

Schon jetzt können in unseren Bildungseinrichtungen Zeitzeugen aus verschiedenen Epochen eingesetzt werden. Diesen Einsatz begrüßen wir sehr. Wir lehnen es aber ab, unsere Schulen zu bevormunden. Vielmehr sollen die Schulen selbst entscheiden, welche pädagogischen Mittel sie bei der Vermittlung dieses wichtigen Themas einsetzen.

Das Gleiche gilt für die Erwachsenenbildung. Im EbFöG, dem Erwachsenenbildungs-Förderungs-gesetz, steht, dass bei der Wahl der Unterrichtsinhalte und der Unterrichtsmaterialien vollkommene Freiheit der Erwachsenenbildungsträger besteht. Wir können und wollen daher nichts vorschreiben.

Ich bin sicher, dass unser Weg der richtige ist, um die Zeugnisse der damaligen Vertreibung möglichst vielen Menschen in Bayern, vor allem auch möglichst vielen jungen Menschen, zu vermitteln.

Abschließend möchte ich allen Vertriebenen, die sich für den Dialog über Grenzen hinweg und damit für den Frieden in Europa engagieren, herzlich danken und ihnen versichern, dass wir sie dabei auch in Zukunft unterstützen werden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege Rüth. Bleiben Sie bitte noch einen Moment. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Dr. Fahn für die FREIEN WÄHLER. Bitte sehr.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Rüth, Sie haben vielleicht nicht mitbekommen, dass ich den Antrag umformuliert habe. Es geht mir nicht darum, dass etwas vorgeschrieben wird, und es geht mir auch nicht um irgendeine Bevormundung. Diese beiden Begriffe haben Sie immer wieder gebracht. Wir haben doch Ihre Argumente aufgenommen und geschrieben: Wir empfehlen. Das heißt, jede Schule ist weiterhin frei, so zu verfahren, wie sie will. Wir wollen nicht bevormunden und haben deshalb die Anregungen der CSU in unserem Antrag aufgenommen. Wir haben unseren Antrag in diese Richtung umformuliert und deshalb müssten Sie uns jetzt eigentlich zustimmen.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Danke sehr. Zur Erwidernung bitte Herr Kollege Rüth.

Berthold Rüth (CSU): Herr Kollege Fahn, jede Schule kann zu jedem Thema und zu jedem Projekt Zeitzeugen einladen. Sie tun es bisher auch schon. Insofern ist Ihr Antrag nicht notwendig.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Als nächstem Redner in der Debatte darf ich dem Kollegen Dr. Rabenstein das Wort für die SPD-Fraktion geben.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Herr Präsident, Hohes Haus! Mir ist es etwas unverständlich, warum dieser Antrag hochgezogen wurde und jetzt noch einmal im Plenum behandelt wird. Sowohl im Bildungsausschuss als auch im Hochschulausschuss sind die Argumente breit vorgetragen worden. Auch jetzt sind keine neuen Argumente von Ihnen gekommen, Herr Fahn. Die Umformulierung mit einer Erweiterung ändert daran nichts.

Zunächst geht es um Zeitzeugen, die im Unterricht auftreten sollen. Das wird hier empfohlen, und ich kann dem nur zustimmen. Das wird schon heute häufig praktiziert und ist im Rahmen der Lehrpläne für Sozialkunde und Geschichte an allen Schulen möglich. Zeitzeugen einzuladen ist durchaus auch sinnvoll; denn der Unterricht wird mit Zeitzeugen interessanter; er wird authentisch, und es kommt zum Ausdruck, dass Geschichte nicht längst Vergangenes ist, sondern dass Geschichte auch in die Gegenwart hineinwirkt. Das ist vor allem bei den Themen Nationalsozialismus, Flucht und Vertreibung auch heute noch unmittelbar zu spüren. Deshalb ist der Grundgedanke, Zeitzeugen auftreten zu lassen, sinnvoll. Und noch einmal: Es wird häufig praktiziert!

Ich glaube auch, dass eine solche Empfehlung gar nicht ausgesprochen werden muss, weil alles sowohl in der Geschichtsdidaktik als auch bei der Lehrplangestaltung seinen Niederschlag findet.

Nun könnte man sich bei dem Antrag natürlich der Stimme enthalten, weil man sieht, dass er nichts bewirkt. Trotzdem wollen wir ihn ablehnen, und zwar aus dem einzigen Grund, dass wir glauben, dass man diese Zeitzeugenbefragung, wie sie auch in der veränderten Form des Antrags zum Ausdruck kommt, nicht auf eine Gruppe reduzieren darf. Es wird sogar doppelt auf eine Form reduziert. Man hat nicht alle Vertriebenen genommen, was sinnvoll wäre, sondern man hat sich auf die sudetendeutschen Vertriebenen konzentriert. Diese werden als Einzige genannt. Man hat also von den Vertriebenen insgesamt eine Gruppe herausgenommen.

Wir meinen aber, wenn, dann muss man diese Zeitzeugenbefragung über die Vertriebenen hinaus ausdehnen, und da setzen wir - das wurde im Ausschuss auch schon gesagt - auch Schwerpunkte bei den Opfern des Nationalsozialismus. Bei ihnen kommt zum Ausdruck, wie sie damals leiden mussten. Und es wird damit sichtbar, was es für die Schülerinnen und Schüler auch heute noch bedeuten kann, wenn sie so etwas unmittelbar erleben.

Und nur aus diesem Grund, weil es in dem Antrag eine zweimalige Einschränkung gibt, sagen wir: Dieser Antrag ist nicht sinnvoll. Deshalb ist er auch in beiden Ausschüssen, übrigens von allen Fraktionen, abgelehnt worden.

Ich bin dem Kollegen Dr. Goppel dankbar, der in der Ausschussarbeit besonders herausgestellt hat, dass die Ablehnung in keiner Form gegen die Vertriebenengruppenorganisationen gerichtet ist. Auch über diese Formulierung wurde noch einmal abgestimmt und auch da hat es einen breiten Konsens gegeben. Es wäre das Schlimmste, wenn wir sagten, durch die Ablehnung zeigen wir: Wir sind gegen die Befragung der sudetendeutschen Vertriebenen. Das wollen wir auf keinen Fall. Aber insgesamt ist zu sagen: Weil der Antrag zu kurz springt, haben wir ihn abgelehnt.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Herr Dr. Fahn hat sich zu einer weiteren Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte sehr.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Wir wissen natürlich, Herr Rabenstein, dass Sie das nur auf eine bestimmte Gruppe beziehen. Wir haben den Antrag durchaus bewusst formuliert. Es hängt damit zusammen, dass dieses Projekt zu den Zeitzeugen bei den Sudetendeutschen vorliegt. Es wird vom Sozialministerium mit insgesamt 80.000 Euro gefördert. Nur aus diesem aktuellen Grund haben wir den Antrag gestellt. Natürlich ist alles, was Sie sagen, in Ordnung. Aber ich frage mich, warum man nicht, wenn so etwas aus dem So-

zialministerium schon vorliegt, eine Verstärkung dadurch vornimmt, dass es der Landtag empfiehlt.

Natürlich kann eine Schule auch jetzt schon machen, was sie will. Das wissen wir. Aber wenn eine solche Empfehlung des Landtags dahintersteht, bin ich mir sicher, dass die Bildungseinrichtungen ein Projekt, das finanziell gefördert wird, noch viel eher verstärkt umsetzen.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Zur Erwidierung der Kollege Rabenstein.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Zunächst einmal: Die Schulen können natürlich nicht machen, was sie wollen. Ich warne aber. Gerade im Bereich Zeitzeugen muss man äußerst vorsichtig sein und die Thematik sehr gut vorbereiten. Die Lehrerinnen und Lehrer müssen sich genau überlegen, ob sie wirklich diesen Zeitzeugen nehmen. Da kann vieles schieflaufen.

Und noch etwas. Es gibt auch viele andere Projekte. Ich habe einige schon angesprochen. Ich denke zum Beispiel an die Opfer des Nationalsozialismus.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Dann stellen Sie doch dazu einen Antrag!)

Auch hier ist eine Aufarbeitung nötig und wir versuchen, auch dies in die Schulen zu bringen.

Und noch einmal: Das Projekt, das vom Sozialministerium gefördert worden ist, richtet sich nicht primär an Zeitzeugen, die in Schulen auftreten sollen, sondern es handelt sich darum, die lebenden sudetendeutschen Flüchtlinge, die immer weniger werden, in Interviews zu Wort kommen zu lassen. Ob es dann 100 Interviews sind, wie es in Ihrem Antrag steht, oder, wie Sie behaupten, Tausende, spielt keine Rolle.

Hauptintention aus dem Sozialministerium war doch, wie gesagt, Interviews zu sammeln, um das ganze Geschehen durch Zeitzeugen zu dokumentieren. Das hat aber mit einem Einsatz von Zeitzeugen in Schulen nur indirekt zu tun.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Dr. Rabenstein. Wir fahren in der Debatte fort. Kollege Gehring vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat das Wort.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zeitzeugen sind wichtig im Geschichtsunterricht. Sie geben der Geschichte ein Gesicht, sie machen Geschichte erfahrbar und für Jugendliche nachvollziehbar. Es wird deutlich, dass

Menschen hinter Schicksalen, hinter historischen Strukturen stecken. Auch das Menschliche in der Politik wird deutlich.

Wichtig ist auch bei vielen Zeitzeugenprojekten, dass Geschichte aus der Sicht der Opfer dargestellt wird. Ich darf dabei auf die Erfahrungen hinweisen, die wir mit Zeitzeugen aus der Zeit des Nationalsozialismus und von Überlebenden der Konzentrationslager haben. Ich darf hier stellvertretend den Namen Max Mannheimer nennen, der sich vielfach als Zeitzeuge zur Verfügung gestellt hat.

Es ist also wichtig, Zeitzeugen im Unterricht einzusetzen, auch Zeitzeugen aus der Nachkriegszeit. Ich kenne Projekte, in deren Rahmen ehemalige Schüler der Adolf-Hitler-Schulen an den Schulen waren und über diese Zeit berichtet haben. Auch die DDR-Vergangenheit wurde hier schon einmal diskutiert.

Wer sich darüber informieren will, wer Empfehlungen braucht, der kann auf der Internetseite des Instituts für Schulpädagogik nachsehen. Da gibt es ein Historisches Forum Bayern, da gibt es Zeitzeugenlisten, da gibt es eine Zeitzeugenbörse. Da kann man sich überall schlau machen.

Ich denke, für uns als Bildungspolitiker ist es wichtig, die Vorbereitung und die Einbettung dieser Zeitzeugen im Unterricht im Auge zu haben. Sie erfordert Mehrarbeit von Lehrern und Lehrerinnen, sie erfordert pädagogisches Know-how; denn es geht darum, den Jugendlichen die historische Dimension, in der dieser Zeitzeuge gelebt hat, zu vermitteln, und es geht darum, so etwas nicht nur einmalig, sondern nachhaltig als Projekt zu organisieren. Zeitzeugenarbeit muss auch ständiges Thema in der Lehrerfortbildung sein.

Ich halte nichts davon, dass wir im Landtag vorschreiben oder empfehlen, wer als Zeitzeuge für den Unterricht eingeladen werden soll. Wir haben diese Debatte schon vor gut einem Jahr geführt; damals ging es auf Antrag der FDP um Zeitzeugen aus der DDR. Ich halte auch nichts davon, dass wir Zeitzeugen danach benennen, welches Thema uns politisch besonders wichtig ist oder mit wem wir gerade irgendwelche Gespräche geführt haben. Die Schulen sind in der Lage, die Zeitzeugen zu finden und das alles zu organisieren. Schließlich ist dafür auch eine besondere Unterrichtssituation notwendig.

Unsere Aufgabe ist es, die Schulen in die Lage zu versetzen, gute Zeitzeugenarbeit zu leisten. Das ist Aufgabe der Bildungspolitik. Deswegen ist der vorliegende Antrag der FREIEN WÄHLER nicht notwendig. Wir lehnen ihn wie alle anderen Fraktionen ab.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die FDP-Fraktion hat nun Kollegin Julika Sandt das Wort. Bitte schön.

Julika Sandt (FDP): Zeitzeugenprojekte haben in der Tat eine wichtige historische und gesellschaftliche Funktion. Wenn Zeitzeugen aus ihrem Leben, von ihren Erfahrungen berichten, dann machen sie Geschichte lebendig und spürbar. Deshalb macht sich die FDP-Fraktion für Zeitzeugenprojekte stark. Den Schwerpunkt bilden die Opfer des NS-Regimes; ich denke, das ist aufgrund unserer Geschichte gerechtfertigt. Wenn man mit Schülern spricht, die Zeitzeugen erlebt haben, stellt man fest, dass die Schilderungen individueller Schicksale Geschichte für Schüler direkt erfahrbar machen. Sie hinterlassen einen bleibenden Eindruck.

Kollege Gehring hat es dankenswerterweise schon erwähnt: Auf meine Initiative hin wurde vor zwei Jahren ein Zeitzeugenprojekt aufgelegt, in dessen Rahmen Stasiopfer in die Schulen gehen. Deren Erfahrungen liegen noch nicht so lange zurück. Sie können direkt berichten, wie es war, in einer Diktatur zu leben, bespitzelt zu werden, unterdrückt und Schikanen ausgesetzt zu sein. All das sind wichtige Maßnahmen zur Demokratieerziehung und zur Wertebildung.

Bislang sind im Zusammenhang mit dem im Antrag beschriebenen Zeitzeugenprojekt "Sudetendeutsche Vertriebene in Bayern" rund 100 Interviews geführt worden. Geplant sind aber 1.000 Interviews. Man kann nur hoffen, dass das noch umgesetzt wird. Eine solche Dokumentation über Flucht und Vertreibung als Teil unserer deutschen und europäischen Geschichte ist sehr wichtig. Dieses Hohe Haus hat das Projekt mit rund 90.000 Euro unterstützt.

Es wird nicht mehr lange Menschen geben, die von der Zeit vor der Vertreibung, von dem Zusammenleben in den böhmischen Ländern, von Vertreibung und Neuanfang in Bayern berichten können. Solange sie das aber können, ist die persönliche Begegnung, verbunden mit der Möglichkeit, Fragen zu stellen, sicherlich die eindrucksvollste Form der Auseinandersetzung. Irgendwann wird es in der Tat nur noch die Möglichkeit der medialen Auseinandersetzung mit dem Thema geben. Deshalb ist diese Dokumentation von wesentlicher historischer Bedeutung.

Das Material ist aber weder didaktisch noch pädagogisch aufgearbeitet. Das ist der Grund, weshalb wir dem vorliegenden Antrag im Moment nicht zustimmen können. Eine solche Aufarbeitung wäre Voraussetzung für den Einsatz in allen Bildungseinrichtungen.

Nur mit einem wirklich umfassenden Konzept könnten wir Ihrem berechtigten Anliegen, dieses Zeitzeugenprojekt auch an Schulen zu bringen, gerecht werden.

Ich bedanke mich dafür, dass Sie Ihren Antrag in einem Punkt schon überarbeitet haben: Es soll nicht vorgeschrieben werden, dass Zeitzeugen an die Schulen kommen müssen, sondern die Lehrer, die Schulen, die Schulfamilie können in eigener Verantwortung darüber entscheiden, wann das der Fall sein soll. Das gilt auch für die Erwachsenenbildung.

Nichtsdestotrotz fehlt im Moment noch das pädagogische Konzept. Das ist der Grund, weshalb wir dem Antrag nicht zustimmen können.

Übrigens wird in dem Kulturkonzept, über das wir morgen im Hochschulausschuss beraten werden, aller Voraussicht nach das Sudetendeutsche Museum berücksichtigt. Das Zeitzeugenprojekt, über das wir heute sprechen, steht im direkten Zusammenhang mit dem Museum. Das Konzept hat Frau Professor Krauss im Auftrag der Sudetendeutschen Stiftung erstellt.

Das Interessante ist, dass nicht nur Sudetendeutsche, sondern auch Tschechen und tschechische Juden diesseits und jenseits der Grenze befragt werden. Beide Seiten sollen zu Wort kommen, da das Projekt die Geschichte aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet.

Es bleibt dabei: Dieser Teil der Geschichte darf nicht in Vergessenheit geraten. Deshalb teile ich das zugrundeliegende Anliegen. Ich rege mittelfristig die didaktische Aufbereitung der Materialien durch die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit an. Aber solange diese Menschen noch leben, müssen die Interviews geführt werden. Das von Marita Krauss gestartete Projekt - erst zehn Prozent sind umgesetzt - muss erst zu Ende geführt werden; der nächste Schritt wäre die didaktische Aufbereitung. Bis dahin können wir dem Antrag - jedenfalls in dieser Form - nicht zustimmen, auch wenn wir das Anliegen der Antragsteller generell teilen. Wir wollen das Ganze in ein didaktisches Gesamtkonzept eingebettet sehen.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank. Bitte bleiben Sie noch, Frau Kollegin. Herr Dr. Fahn hat eine Zwischenbemerkung angezeigt. Bitte schön.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Sandt, Sie wissen, dass ich den Antrag umgearbeitet habe, um Ihr Anliegen einzubeziehen. Warum sprechen Sie davon, es bedürfe einer didaktischen Aufbereitung bzw. es fehle ein didaktisches Konzept? Ich habe doch die Anregungen der FDP aufgenommen und den Antrag ent-

sprechend verändert. Das Projekt soll didaktisch aufbereitet und umgesetzt werden - das steht jetzt in unserem Antrag. Die fehlende didaktische Aufbereitung war das einzige Gegenargument, das Sie immer gebracht haben. Das machen wir jetzt. Dennoch wollen Sie unseren Antrag ablehnen. Das versteht kein Mensch.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank. - Frau Kollegin, bitte.

Julika Sandt (FDP): Wir - zumindest Kollege Rüth und ich - haben uns kurz unterhalten, als Sie plötzlich sagten, Sie hätten den Antrag umgearbeitet. Das kommt für uns jetzt sehr überraschend.

Ich habe mich dafür bedankt, dass Sie insbesondere den Punkt, dass das Projekt an allen Schulen eingesetzt werden müsse, überarbeitet haben. Ich habe auch gesagt, dass zunächst einmal alle Interviews zu führen sind und die Dokumentation, das "historische Archiv", zu erstellen ist. In einem weiteren Schritt, der in der ferneren Zukunft liegt, wird zu überdenken sein, wie man das didaktisch aufbereitet. Im Moment sind die Zeitzeugen noch da. Es ist doch viel sinnvoller, die Menschen an die Schulen zu holen, damit sie wirklich authentisch berichten können, was sie im Einzelnen erlebt haben, und damit die Schüler ihnen Fragen stellen können.

Ihr Vorschlag bezieht sich auf die fernere Zukunft. Wie gesagt, wir können Ihrem Antrag im Moment nicht zustimmen. Aber Ihr Anliegen halten wir für berechtigt. Wir haben, was das angeht, wirklich noch Zeit. Diese sollte vor allem dafür genutzt werden, die Menschen, die noch berichten können, zu interviewen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen herzlichen Dank, Frau Kollegin. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport empfiehlt auf Drucksache 16/14442, den Antrag abzulehnen. Vonseiten des Antragstellers wurde während der Aussprache ein Änderungsantrag gestellt. Da es sich um einen Satz handelt, lese ich ihn vor, damit Sie wissen, worüber Sie abstimmen:

Der Landtag empfiehlt den Bildungseinrichtungen in Bayern, das Zeitzeugenprojekt "Sudetendeutsche Vertriebene in Bayern" praxisnah und pädagogisch aufbereitet umzusetzen.

In dieser Form lasse ich jetzt über die geänderte Fassung abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der SPD und der GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Sicherung von Grundschulstandorten
(Drs. 16/13720)

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist Kollege Günther Felbinger für die FREIEN WÄHLER. Bitte schön.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Was ist wirklich wichtig für die Infrastruktur in den ländlichen Räumen Bayerns? Es gibt mehrere Faktoren, vom Straßenbau bis hin zur Breitbandversorgung. Ein Faktor liegt uns FREIEN WÄHLERN besonders am Herzen: der Erhalt der Grundschulstandorte in den ländlichen Bereichen. Dazu müssen die Rahmenbedingungen endlich zukunftssicher gesetzt werden. Unser Ansatz ist - neben anderen Punkten, etwa kleinere Klassen -, einen Demografiezuschlag für mehrgliedrige Grundschulen in sogenannten Schulverbänden zu gewähren.

Dass die Grundschulen von höchster Bedeutung für die vielen kleinen Gemeinden sind, brauche ich, glaube ich, nicht eigens zu betonen. Letztlich hat das ja auch die Staatsregierung im vergangenen Juni/Juli erkannt und reagiert; im Nachtragshaushalt 2012 hat sie für 21 Schulämter einen sogenannten Demografiezuschlag, allerdings für selbstständige Grundschulen, zugestanden.

Herr Spaenle ist nicht da, aber der Herr Staatssekretär: Glauben Sie wirklich, Sie setzen mit Ihren halberzigen Ansätzen die richtigen Signale? Mein Eindruck ist gegenteilig: Sie hungern die Grundschulstandorte in den Schulverbänden schön langsam aus, indem Sie hier die selbstständigen Schulen privilegieren. Dabei nehmen Sie offenbar ungerührt den Unmut von Eltern und Schulleitern billigend in Kauf. Das verstehe, wer will. Jedenfalls sind die Rückmeldungen der Bürgermeister zu solchem Handeln eindeutig. Viel Lob erhalten Sie dabei nicht.

Die Forderung von uns FREIEN WÄHLERN ist so eindeutig wie nachvollziehbar: Statten Sie die Grund-

schulen mit einem Zuschlag aus, der den Schülerrückgang in den ländlichen Bereichen und damit den Bestand aller Grundschulstandorte sichert. Und vor allem: Unterscheiden Sie nicht zwischen selbstständigen und mehrgliedrigen Grundschulen. Wir erwarten eine Gleichbehandlung aller Grundschulen, auch um den Schulleitungen das Gefühl zu geben, hier auf Augenhöhe zu agieren.

Ich glaube, ich brauche nicht zu betonen, dass die Bildungsdurchlässigkeit in der Grundschule beginnt; das ist unbestritten. Aber handeln Sie doch auch danach, Herr Staatssekretär! Die Mittel und die Stellen, die dafür nötig sind, sind nicht nur gut angelegt, sondern vor allem gerecht. Wenn wir von 376 Außenstellen in Schulverbänden ausgehen, können wir von rund 100 zusätzlichen Lehrerstellen für die Zukunft der ländlichen Kommunen sprechen. Damit könnten wir unserem gemeinsamen Anliegen, nämlich der Forderung nach bestmöglicher Bildungsgerechtigkeit, einen großen Schritt näher kommen.

Dazu müssen Sie nicht über Ihren Schatten springen, sondern eben etwa nur 100 zusätzliche Stellen in diese Schulart geben. Ohnehin wird die Grundschule von allen Schularten am stiefmütterlichsten behandelt. Herr Staatssekretär oder Herr Kultusminister, Sie sind gefragt! Wir FREIEN WÄHLER sind jedenfalls gespannt auf Ihre Antwort.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege Felbinger. Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Schreyer-Stäblein. Bitte sehr.

Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die FREIEN WÄHLER fordern die Sicherung der Grundschulstandorte. Danke, FREIE WÄHLER, das ist bereits bayerische Bildungspolitik, denn genau das tun wir.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir tun auf der einen Seite Folgendes: Wir schaffen Grundschulstandorte. Wenn 26 Kinder in einer Grundschule sind, ist das bereits eine Grundschule, das heißt also jahrgangskombiniert 1. und 2. Klasse 13 Kinder, 3. und 4. Klasse auch 13 Kinder. Das ist genau das, was mit "kurzen Wegen und kurzen Beinen" gemeint ist und was wir auch alle miteinander schaffen wollen.

Des Weiteren haben wir gesagt, wir können Schulverbände bilden. Das bedeutet, dass wir sehr wohl auch mehrgliedrig unterrichten können. Derzeit unterrichten 376 Grundschulen in ganz Bayern mehrgliedrig, was

offensichtlich bedeutet, dass das dort angenommen wird.

Sie wissen aber auch, dass die Kommune für die Fragestellung zuständig ist, ob sie mehrhäusig unterrichten lassen möchte. Die FREIEN WÄHLER sagen immer so schön, sie interessierten sich für die kommunale Ebene, sie wollten sie hochhalten. Das geht natürlich nicht nur dann, wenn es einem politisch in den Kram passt, sondern es muss schon auch dann ernst genommen werden, wenn sich die Aufgabe stellt.

Und unsere Kommunen machen das auch sehr gut. Sie entscheiden oftmals sehr wohl nicht danach, welche Schulgebäude vorhanden sind, sondern anhand dessen, was gescheit ist, und das bedeutet: Ich brauche auch eine bestimmte Größe von Klassen, damit ich entsprechend arbeiten, wie zum Beispiel auch Kleinstgruppen bilden, kann.

Ich erinnere mich da an einen Antrag, der in dem Zusammenhang sehr schön passt. Damals haben die FREIEN WÄHLER gesagt: Wir wollen die Mindeststärke einer Klasse von 13 auf zehn Kinder reduzieren. Hätten wir das gemacht, wäre später ein Antrag mit neun oder mit acht gekommen. Das ist genau der Punkt: Das kann man als Opposition so machen; ob das dann seriös ist, muss jemand anderer beurteilen.

Das eigentliche Problem im ländlichen Raum lösen wir nicht mit der Frage, ob in einer Klasse 14, 13 oder 12 Kinder sein sollen - das Problem, das wir haben, ist, dass wir an vielen Stellen zu wenig Kinder haben, die geboren werden, und genau da müssen wir überlegen, wie wir damit umgehen.

Wir haben Gemeinden mit echten Durdstrecken, und zwar dahingehend, dass die Geburtenzahl über viele Jahre passt, wir aber trotzdem dazwischen einen Jahrgang, zwei Jahrgänge haben, bei denen die Geburtenzahl zu niedrig ist. Da müssen wir natürlich überlegen, was wir tun. Deswegen ist die Entscheidung, einen Demografiezuschlag für Schulamtsbezirke mit überproportional vielen kleinen Schulen zu gewähren, eine richtige und eine gute Entscheidung. Da bin ich, Herr Staatsminister, Herr Staatssekretär, sehr froh, dass wir diesen Weg gehen.

Ich fand es aber schon spannend, dass wir im Bildungsausschuss sofort über die Frage diskutiert haben, ob wir nicht noch ein bisschen mehr Geld da hineingeben hätten sollen. Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst uns das anfangen; wir sind zufrieden, dass wir das tun können, und dann werden wir uns regelmäßig im Bildungsausschuss berichten lassen, ob es reicht oder ob wir mehr dafür brauchen.

Das hat auch etwas mit Ehrlichkeit zu tun, damit, dass man auch weiß, es gibt eine Grenze. Wir werden uns, wenn wir alle miteinander seriöse Politik machen wollen, überlegen müssen, wo denn die Grenze ist. Wann ist die Schule noch eine Schule, wie klein darf eine Schule denn überhaupt sein? Wir haben uns entschieden, zu sagen: Eine Grundschule vor Ort mit 26 Kindern ist eine Grundschule. Das ist, denke ich, ein ganz großer Meilenstein an dieser Stelle.

Herr Felbinger, Sie haben im Ausschuss sehr oft davon gesprochen, Sie möchten gerne gleiche Lebensbedingungen für alle Kinder haben.

(Zuruf des Abgeordneten Günther Felbinger (FREIE WÄHLER))

Gleiche Lebensbedingungen haben wir schon dann nicht - es steht im Protokoll; ich habe es extra nachgelesen, Sie können nachschauen -, wenn wir auf der einen Seite jahrgangskombinierte Klassen mit 13 Kindern und auf der anderen Seite Klassen mit 28 Kindern haben. Wir haben Klassen mit 25 Kindern, von denen 80 % einen Migrationshintergrund haben, und wir haben auch Klassen, in denen kein einziges Kind mit Migrationshintergrund ist. Das bedeutet: Gleiche Lebensbedingungen, gleiche Politik kann es an der Stelle nicht geben.

Unser Problem ist doch nicht, ob wir die Außenstellen, die Sie hier beantragen, zusätzlich noch berücksichtigen, sondern unser Problem ist eher, was wir mit den Gebieten machen, wo immer weniger Kinder sind. Das ist aus meiner Sicht die große Herausforderung.

Also noch einmal: Wenn Sie den Demografiezuschlag so nehmen, wie wir ihn wollen, und wenn Sie sagen, wir wollen kleine Schulstandorte mit Außenstellen entsprechend bezuschussen, bedeutet das aber auch, dass ich die Lehrer von großen Schulen abziehen muss; das ist der Umkehrschluss. Und das kann nicht das sein, was Sie wollen, weil das mit Gerechtigkeit gar nichts mehr zu tun hat.

(Zuruf des Abgeordneten Günther Felbinger (FREIE WÄHLER))

Wir stehen - noch einmal zusammengefasst - dafür ein, die Grundschule vor Ort zu halten, solange es geht. 26 Kinder sind eine Grundschule, jahrgangskombiniert 1. und 2. Klasse, 3. und 4. Klasse jeweils mit 13 Kindern. Wir haben einen Demografiezuschlag, den wir uns immer wieder daraufhin anschauen müssen, ob wir ihn ausweiten müssen, und wir haben die Möglichkeit mehrhäusig zu unterrichten, wenn die Kommunen das denn auch wollen. Insofern werden wir der Förderung des ländlichen Raumes sehr gerecht. Wir schaffen es, dass die Grundschulen vor Ort

nach wie vor nicht nur da sind, sondern dass wir sie dort halten können, und das werden wir auch weiterhin tun, damit die Schülerinnen und Schüler in ganz Bayern eine echte Chance haben, vor Ort beschult zu werden.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Frau Kollegin, bitte bleiben Sie am Pult. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Dr. Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Kollegin Schreyer-Stäblein, wissen Sie, dass im letzten Jahr drei Grundschul- bzw. Klassenstandorte in Unterfranken, nämlich Greußenheim, Hausen und auch Obernburg-Eisenbach, schließen mussten, weil es diesen Demografiefaktor nicht gab? Und wenn es ihn gegeben hätte, hätten wir diese Schulstandorte erhalten können. Wissen Sie das? - Erste Frage.

Und die zweite Frage: Im Ausschuss hat Herr Güll gesagt, insgesamt gehe es in Bayern nur um zehn Kommunen, die ihre Schule halten wollten. Das müsste doch eigentlich möglich sein, denn das würde dann nur 10 bis 15 Planstellen erfordern. Stimmt diese Aussage von Herrn Güll, dass es nur um zehn Kommunen geht?

Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Die Antworten, Herr Fahn, haben Sie alle im Ausschuss bekommen. Sie waren im gleichen Ausschuss, in der gleichen Sondersitzung anwesend. Die Kollegen Ländner und Rüth haben Ihnen diesen Fall bis ins Detail geschildert. Es gibt dort einen Schulverbund, der sich entschieden hat, den Weg so miteinander zu gehen. Das ist halt wie in einer Ehe, da gibt es Dinge, die schwieriger sind, und es gibt die anderen. So haben sich die Gemeinden dort entschieden - das ist der Teil 1.

Zum Teil 2 Ihrer Frage: Sie wollten die Anzahl der notwendigen Planstellen wissen. Da haben Sie die Antwort vom Ministerium bekommen, dass wir circa 100 neue Lehrerstellen bräuchten, um dem Rechnung zu tragen. Insofern haben Sie die Antwort gehört: Es waren 100 neue Lehrerstellen. Natürlich liegt es in der Logik der Dinge, dass die Bildungspolitiker einschließlich unserer Fraktion gern immer noch mehr haben wollen, und dennoch muss man dann überlegen, was machbar ist. Hier ist es so nicht machbar.

Deswegen freue ich mich sehr, dass wir den Demografiezuschlag bekommen haben. Das war ein wichtiger Schritt an dieser Stelle. Wir werden uns das immer wieder ansehen. Wir werden auch die Einzelfälle prüfen. Ich sage noch einmal: Wir haben zu diesem Punkt sogar eine Sondersitzung des Ausschus-

ses gehabt, und Sie haben alle Informationen bekommen. Die Fragen, die Sie jetzt stellen, haben Sie schon alle im Ausschuss beantwortet bekommen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Es gibt keine weiteren Zwischenbemerkungen. Vielen Dank, Frau Kollegin Schreyer-Stäblein. Die nächste Wortmeldung stammt vom Kollegen Güll. Bitte sehr.

Martin Güll (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Problem ist tatsächlich struktureller Natur. Erfreulich ist, dass man von den Regierungsfractionen sagen kann, dass sie kleine Schulstandorte erhalten wollen. Ich glaube, darin sind wir uns in diesem Hause einig. Dass dies nur geht, wenn wir auch entsprechende Finanzmittel in die Hand nehmen, ist auch klar. Soweit besteht auch noch Einigkeit. Diese Finanzmittel stellen Sie aber nicht zur Verfügung; Sie nehmen sie sich aufgrund der Budgetierung von den großen Standorten. Jetzt kommt die entscheidende Frage; Sie haben sie selbst aufgeworfen: Ist eine Schule mit 26 Kindern erhaltenswert oder nicht? Man könnte sagen, okay, an der Zahl soll es nicht liegen; es handelt sich aber um zwei jahrgangskombinierte Klassen mit je 13 Kindern. Das ist sehr klein, aber berechtigt und in Ordnung, denn der Grundsatz gilt: Kurze Beine, kurze Wege.

Nun kommt ein Punkt, den die Menschen nicht verstehen. Herr Fahn, Sie haben den Fall Hausen im Landkreis Miltenberg angesprochen. Dort haben wir sogar weit über 60 Kinder in einer rechtlich selbstständigen Gemeinde, die sich in einer Verwaltungsgemeinschaft befindet und damit in einem Schulverband ist. Sie ist aber rechtlich selbstständig. Im Schulhaus fand bis jetzt immer Unterricht statt. 60 Kinder sind im Ort. Die Schule wird aber nicht mehr bedient, weil sie mit der Verbandsschule zusammengeworfen wird und die Schüler gemeinsam gezählt werden. Wie sollen die Menschen verstehen: Hier dürfen die Kinder bleiben, dort müssen sie zu einer anderen kleinen Schule gehen? Dort nehmen Sie das Geld in die Hand, um diese Schule zu bedienen, während Sie eine Verbandsschule, die sich in einem Schulverband befindet, aber zu einer rechtlich noch selbstständigen Gemeinde gehört, nicht mehr bedienen. Ich habe gesagt, dass es sich vermutlich nicht um hundert Schulen handeln wird, die dieses Konstrukt haben. Es werden vielleicht 10 oder 15 Schulen sein, die das Begehren hätten. Sie sagen aber rigoros: Nein, sie werden bei der Klassenbildung als einheitliche Schulen betrachtet. Die 52 Kinder in der ersten Klasse aus diesen beiden Gemeinden werden zusammengeworfen. Aufgrund des Klassenteilers 28 entstehen zwei Klassen;

eine dritte Klasse wird nicht aufgemacht, da sie kostet.

Hier geht es eigentlich nur um gleiches Recht für alle. Deshalb sind die beiden Anträge, der Antrag von den FREIEN WÄHLERN und der Antrag der SPD "Kurze Beine kurze Wege" auf Drucksache 16/13484, inhaltlich gleich und natürlich auch vollumfänglich richtig. Man kann nicht bei A Geld hineingeben, bei B aber nicht. Wenn Sie Politik machen, müssen Sie sie so machen, dass sie die Menschen verstehen. Sie verstehen Politik, wenn Sie alle gleich behandeln.

(Beifall bei der SPD)

Insofern wollen wir einfach nur konsequent handeln. Wir haben das Fass mit den 26 Kindern nicht aufgemacht; das haben Sie aufgemacht - ich sage sogar: richtigerweise aufgemacht. Dann bitte ich aber, in der Konsequenz auch im ländlichen Bereich alle gleich zu behandeln.

Sie wissen, dass in Hausen die Schulgemeinschaft und die kommunale Gemeinschaft wollten, dass in ihrem Schulhaus Schule stattfinden kann. Sie haben das dadurch verhindert, indem Sie den Demografiezuschlag für Hausen nicht gewährt haben, was rechtlich richtig war - das bestreite ich gar nicht. Politisch war dies aber nicht verständlich. Deshalb kann ich Sie nur darum bitten, noch einmal nachzudenken. Nachdem es sich nicht um eine gewaltige Summe handelt, hätte man eigentlich beiden Anträgen zustimmen müssen, die nichts anderes besagen, als dass Sie gleich große Schulen gleich behandeln bzw. erhalten müssen. Das wäre eine konsequente Politik. Diese wollen wir mit diesen beiden Anträgen erreichen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Ländner, Sie haben das Wort zu einer Zwischenbemerkung.

Manfred Ländner (CSU): Ich weiß nicht, wie Sie Schulverband verstehen. Schulverband bedeutet für mich, dass die Verbandsgemeinden vor Ort über ihre Standorte entscheiden. In der Petition war gewollt, dass der Bayerische Landtag eine andere Entscheidung als die Beteiligten vor Ort trifft. Das ist der Kern der Petition. Herr Güll, wir können gern über alles reden. Bitte hängen Sie das aber so auf, dass die Entscheidungen, die vor Ort getroffen wurden, nicht mehr gelten und wir von München aus in die Schulverwaltung und in die Verbandsgestaltung eingreifen. Auch diese Seite der Medaille muss man sehen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Güll.

Martin Güll (SPD): Herr Kollege Ländner, ich habe die Auffassung, dass kommunale Entscheidungen auch kommunale Entscheidungen sind. Sie wissen aber ganz genau, dass damals auch der Bürgermeister von Hausen bei der Gruppe von Petenten war und uns gesagt hat: Uns sind die Hände gebunden. Wir können unser kommunales Recht nicht mehr wahrnehmen, weil die staatliche Vorgabe eine andere ist. Deshalb müssen wir überdenken, ob wir die richtigen Vorgaben gemacht haben. Dann hätte in Hausen und in Kleinwallstadt souverän auf gleicher Basis entschieden werden können. Nachdem der Staat aber eine andere Vorgabe gemacht hat, konnte die Gemeinde Hausen gar nicht mehr anders, als sich dem Diktat von Kleinwallstadt zu unterwerfen. Das ist der Konstruktionsfehler. Alles andere ist sachlich falsch.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Ländner (CSU))

- Herr Kollege Ländner, Sie müssen schon aushalten, dass das ein Konstruktionsfehler ist; sonst hätten Sie recht.

(Manfred Ländner (CSU): Dann muss ich den Verband auflösen!)

- Richtig, das kann man machen. Herr Kollege Ländner, natürlich könnte man den Verband auflösen, was aber nicht sinnvoll ist, wenn eine andere Lösung, eine dezentrale Lösung gefunden werden könnte.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Dann gebe ich bekannt, dass die CSU-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt hat. - Nächster Redner ist Herr Kollege Gehring. Bitte schön.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Letzte Woche war ich mit dem Kollegen Adi Sprinkart in einer kleinen Grundschule auf dem Land; sie hat noch 60 Schüler. Man muss einfach sagen: Schule muss so sein, wie sie dort aussieht. Dort wird gute pädagogische Arbeit geleistet, übrigens eine sehr moderne Pädagogik. Die Schülerinnen und Schüler sind an dieser Schule gut aufgehoben. Es handelt sich um eine Schule im Dorf, vernetzt mit Vereinen, mit den Eltern und der Kommune. Auch der Bürgermeister war anwesend; er hat gesagt: Wenn wir diese Schule nicht mehr haben, geht unser Dorf den Bach hinunter; denn nur mit einer

Schule gelingt es uns, junge Familien im Dorf zu halten oder auch neue anzusiedeln.

Zum Stichwort "Kurze Wege kurze Beine": Auch an dieser Schule auf dem Dorf gibt es Schülerinnen und Schüler, die um 6.40 Uhr mit dem Schulbus losfahren, um zur Schule zu kommen. Würde diese Schule aufgelöst und müssten die Schüler daher in die nächste Kreisstadt fahren, wären sie am Tag zwei bis zweieinhalb Stunden auf dem Schulweg, während die Unterrichtszeit drei Stunden beträgt.

Man sieht, wie wichtig kleine Schulen und kleine Schulen auf dem Land sind. Dies gilt auch für eigenständige oder nicht eigenständige Standorte.

Der Herr Minister hat die Garantieerklärung gegeben: 26 Kinder sind eine Schule; wir wollen die kleinen Schulen erhalten. Mit dieser Garantie verhält es sich aber wie beim Anzugkauf. Wenn ich Ihnen als Kaufmann eine Garantie für den Anzug gebe, Sie zu mir kommen und den Anzug haben wollen, muss dieser auch im Schrank hängen. Ich kann keine Garantie für etwas geben, was ich nicht hinterlegt habe. Hier geht es darum, ob wir die Mittel zur Verfügung stellen, um solche kleinen Standorte zu erhalten, oder nicht.

Sie haben dieses Jahr, nachdem wir das jahrelang beantragt haben, zum ersten Mal einen sogenannten Demografiezuschlag gegeben, um kleine Grundschulen mit zusätzlichen Lehrerstunden zu versorgen. Wir stellen fest, dass im Haushalt hierfür 40 Stellen aufgeführt sind, und wir stellen fest, dass es bestimmte Zuteilungsrichtlinien gibt, nach denen Schulen, die im Vergleich zum letzten Jahr einen starken Schülerrückgang hatten, diesen Zuschlag erhalten. Somit werden 40 Stellen über Bayern verteilt. Das reicht bei Weitem nicht aus und trifft natürlich viele kleine Standorte, die immer schon klein waren und auch in Zukunft klein sein werden oder noch kleiner werden. Das wird den Standorten nicht helfen. Deswegen muss der demografische Faktor unbedingt nachgebessert und ausgebaut werden, damit er tatsächlich greift und den Schulen im ländlichen Raum eine Chance bietet.

Beim Antrag der FREIEN WÄHLER geht es um Schulen, die rechtlich nicht selbstständig, als Standort aber wichtig sind. Deshalb können wir die jetzige Regelung, die diese Schulen als nicht selbstständige Schulen nicht mit zusätzlichen Mitteln bedenkt, nicht aufrecht erhalten. Ich habe im Ausschuss schon darauf hingewiesen: Es werden in Zukunft mehr Schulen nicht mehr selbstständig sein. Keine Schule wird den Weg in die Nichtselbstständigkeit gehen, wenn dies der erste Schritt zur Auflösung dieser Schulen ist. Das ist in der jetzigen Situation aber so. Deswegen brauchen wir für die selbstständigen und für die nicht

selbstständigen Schulen ähnliche Zuteilungsrichtlinien. Deswegen unterstützen wir den Antrag der FREIEN WÄHLER.

Wenn Ihnen die kleinen Schulen im ländlichen Raum wichtig sind, unterstützen Sie bitte morgen auch unseren Antrag zum Haushalt, mit dem wir mehr Stellen fordern, um den Demografiezuschlag besser ausstatten zu können. Der Demografiezuschlag muss in den nächsten Jahren generell ausgebaut werden. Nur dann haben die Schulen im ländlichen Raum Planungssicherheit. Nur dann wird der ländliche Raum gestärkt. Mit Worthülsen wird der ländliche Raum nicht gestärkt. Deswegen brauchen wir die erforderlichen Mittel. Wer Garantien gibt, ohne Mittel zur Verfügung zu stellen, macht sich unglaubwürdig. Deswegen unterstützen wir den Antrag der FREIEN WÄHLER. Ich bitte Sie, morgen unseren Antrag im Haushaltsausschuss auch zu unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Jetzt haben wir noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Dr. Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Nur eine kurze Frage: Sie haben gesagt, 40 Stellen seien im Haushalt. Das reicht aber nicht aus. Sind Sie der Meinung, dass man ungefähr 100 Stellen benötigt, um den Demografiefaktor ausreichend ausstatten zu können?

Thomas Gehring (GRÜNE): Um die nicht selbstständigen Schulen auszustatten, brauchen wir keine 100 Stellen. Ich meine aber, dass wir die Zahl der Stellen von 40 sehr schnell erhöhen müssen. Wir haben im Haushalt 50 weitere Stellen gefordert. Wir müssen diese Zahl in den nächsten Jahren erhöhen. Die Schulen im ländlichen Raum bekommen jetzt zu wenig Stunden zugewiesen. Um ihnen mehr zuzuweisen, müssten die Stunden von den großen Schulen weggenommen werden. Der Kuchen reicht aber nicht aus. Wir können sehr schnell eine Lösung für die paar nicht selbstständigen Schulen finden. Insgesamt müssen wir aber in Zukunft in den Demografiefaktor wesentlich mehr Mittel investieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Als nächste Rednerin darf ich Frau Kollegin Will ans Mikrofon bitten.

Renate Will (FDP): Herr Präsident, hohes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Antrag der FREIEN WÄHLER wird die Staatsregierung aufgefordert, die in ihrem Bestand gefährdeten Grundschulen zu

erhalten. Keine Frage, da sind wir der gleichen Meinung. Das ist überhaupt kein Thema. Aber

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Aber!)

wir haben schon die ersten Weichen gestellt und unsere Grundschulen für die Zukunft, für die demografische Entwicklung gewappnet. Wir sind uns natürlich dessen bewusst, dass ein gutes und breit gefächertes Schulangebot ein Schlüsselfaktor für die Attraktivität der Kommunen und für die Lebensqualität vor Ort ist. Wir haben dafür zusätzliche Ressourcen eingestellt. Diese Mittel müssen wir investieren - das tun wir auch -, damit in den ländlichen Räumen trotz sinkender Schülerzahlen und trotz der Konzentration auf die urbanen Zentren ein bestmögliches Bildungsangebot zur Verfügung steht.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Das reicht aber nicht aus!)

Wir haben zusätzliches Geld investiert - das, was Sie immer fordern, ist nicht zum Nulltarif zu haben -, um die Grundschulen mit nur 26 Schülern überhaupt erhalten zu können. Diese Kleinstschulen mit zwei Klassen mit jeweils 13 Schülern sind pädagogisch gerade noch vertretbar. 13 Schüler in jahrgangskombinierten Klassen sind die Grenze. Das wissen Sie auch.

Deshalb sagen wir zum Erhalt gefährdeter Grundschulen Ja, aber nicht um jeden Preis. Sie und wir sprechen davon, dass die beste Bildung wohnortnah zu sichern ist. Sie wollen mit dem Antrag das System sichern. Wir sind der Meinung, dass nicht das System, sondern die Schülerinnen und Schüler im Mittelpunkt stehen. Deshalb empfehle ich Ihnen auch noch einmal, genau hinzuschauen und nicht immer das Beispiel Unterfranken zu bringen.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Wir sind nun aber einmal aus Unterfranken!)

Ich bitte Sie, wirklich hinzuschauen, wie es sich im Einzelfall verhält. Ich bitte Sie, hinzuschauen, ob es sich bei einer mehrhäusigen Grundschule um eine Schule handelt, die in einem Dorf eine Außenklasse betreibt, die mittelfristig die erforderlichen Schülerzahlen nicht mehr zusammenbringt und deshalb geschlossen werden muss.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): In Hausen hat das aber funktioniert! Es geht nicht um mittelfristige, sondern um kurzfristige Sicherung!)

- Man kann es so sehen. Es ist ein Nachteil, wenn die Schüler künftig ein paar Kilometer mehr Schulweg haben. Es ist aber auch im Sinne der Eltern, wenn

das Kind über den Basisunterricht hinaus zusätzliche Angebote in Bereichen wie Ganztagsbetreuung, Sport, Kultur oder Freizeit bekommt, wie wir es immer wollen. Solche Angebote sind in einer Kleinstschule gar nicht mehr möglich. Es ist doch auch im Sinne der Eltern, wenn das Kind für diese zusätzlichen Angebote nicht mehr pendeln muss.

(Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sie wissen aber auch, dass der Haushalt dafür auf Kante genäht ist!)

Kinder müssen dann pendeln, wenn wir da dieses und dort jenes Angebot und dort ein Ganztagsangebot haben.

Wir sind der Meinung, dass von den 2.560 Grundschulen so viele wie möglich erhalten werden sollen. Bei den Kleinstschulen - das ist vorhin schon angesprochen worden - haben wir den Demografiefaktor zur Sicherung des Unterrichtsangebots eingeführt, um die Lehrkräfte an den Grundschulen trotz kleiner werdender Klassen behalten zu können.

Weitere Möglichkeiten, die von Kollegin Schreyer-Stäblein schon benannt worden sind, sind die Kooperationsmodelle. Durch die gemeinsame Leitung von benachbarten Grundschulen können diese unter Umständen sogar noch besser geführt und organisiert werden, als wenn jede Kleinstschule bürokratisch mit extra Rektor und extra Verwaltungsangestellten aufgebläht wird. Genauso hat es die Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes den Gemeinden bzw. Schulverbänden ermöglicht, als gemeinsamer Schulaufwandsträger einen Zweckverband zu bilden. Das ist wirklich sinnvoll. Auch mit dieser Kooperationsform würden der Verwaltungsaufwand reduziert und das Abstimmungsverfahren erleichtert.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Wir reden von Grundschulen und nicht von Mittelschulen!)

- Das gilt auch für die Grundschulen.

Eine weitere pädagogisch und ökonomisch sinnvolle Maßnahme wäre ein rollierendes System bei der Bildung von Eingangsklassen als Alternative zu jahrgangskombinierten Klassen. Darüber müsste man nachdenken. Aufgrund der Absprache benachbarter Schulen werden die Kinder im jährlichen Wechsel an der einen oder der anderen Schule eingeschult, sodass alle bis zum Ende der Grundschulzeit an einer Schule verbleiben können. Das ist das rollierende System.

Das Fazit: Wir tun alles, um die Grundschulen dort zu erhalten, wo durch sinnvolle Möglichkeiten wie zum Beispiel Kooperationen ein qualitativ guter Unterricht

mit einem ausreichenden Schulangebot möglich ist, wo also der Bildungsauftrag für die Kleinsten erfüllt werden kann. Dafür werden wir alles tun. Dafür werden wir auch zusätzliche Mittel einstellen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Kollegin, denken Sie bitte an die Zeit!

Renate Will (FDP): Ich empfehle Ihnen aber, einen Blick in den Aktionsplan "Aufbruch Bayern - demografischer Wandel" der Staatsregierung zu werfen. Dort finden Sie viele sinnvolle Maßnahmen gebündelt, die uns weiterbringen. Heute lehnen wir diesen Antrag aus den genannten Gründen ab. Schauen Sie aber einmal in diesen Aktionsplan rein.

(Beifall bei der FDP - Harald Güller (SPD): Morgen seid ihr nicht mehr im Landtag! - Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Was sagst du da Böses?)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Kollegin Will, zum Ausgleich dürfen Sie noch auf die Zwischenbemerkung von Herrn Dr. Fahn antworten.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sie sagen, Sie tun alles. Ich sage, Sie tun nicht alles, sonst hätten wir im letzten Jahr - ich bringe es wieder - die Probleme in den Gemeinden Hausen, Greußenheim und Obernburg-Eisenbach nicht gehabt. Denn Sie haben eben nicht alles getan.

Sie haben gesagt, dass Sie den Antrag heute ablehnen. Deshalb will ich zum Zweiten wissen, ob Sie einen Zeithorizont nennen können, bis wann Sie diesem Antrag zuzustimmen gedenken.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Zum Dritten will ich wissen: Was verstehen Sie eigentlich unter einer Kleinstschule, von der Sie immer reden? Können Sie das kurz definieren?

Renate Will (FDP): Die Kleinstschule ist eine Schule mit 26 Schülern. Das sind Klassen, die man mit Mühe und Not zustande bringt. Es gibt auch die Möglichkeit von Kombiklassen, die pädagogisch wertvoll sind, wenn sie dort gemacht werden, wo es dazu eine sinnvolle Möglichkeit gibt. 26 Schüler sind für mich eine Kleinstschule.

Ich empfehle aber auch Kooperationen und Schulverbünde dort, wo es dafür eine Möglichkeit gibt. Herr Gehring, ich spreche natürlich auch von Grundschulen, weil es dort auch Zweckverbünde gibt, sodass zum Beispiel mit einem Rektor an drei Schulen Unter-

richt gehalten werden kann. Wenn die Schülerzahlen noch weiter zurückgehen, wird, wie ich gerade gesagt habe, das rollierende System möglich gemacht. Die Kommunen haben die Möglichkeit, sich zusammenzutun und ihre Schulstruktur in Verbänden zu organisieren. Da wollen wir nicht eingreifen.

Mir liegen Zahlen darüber vor - ich könnte sie noch bringen -, wie die Zahlen bis 2015 zurückgehen. In den Regionen ist das unterschiedlich. Im Allgäu kann beispielsweise eine Zwergerlschule nicht einen Verbund mit einer anderen Schule bilden, weil ein Berg dazwischen liegt. Da muss man ganz andere Maßnahmen ergreifen als dort, wo man nur einige Kilometer fahren muss, um eine Ganztagsklasse an einer Grundschule besuchen zu können.

(Unruhe)

So weit sind wir aber noch nicht.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Deshalb werden wir den Antrag jetzt ablehnen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. Herr Staatssekretär Sibler wird uns jetzt die Sicht der Staatsregierung darlegen. Bitte schön.

Staatssekretär Bernd Sibler (Kultusministerium): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zunächst einmal festhalten: Wir sehen einen Demografiezuschlag vor und unterstützen damit ganz offensiv gerade die von der demografischen Entwicklung betroffenen Räume. Lieber Herr Felbinger, andere Bundesländer haben so etwas nicht, im Gegenteil: Andere Bundesländer haben ganz andere Strategien, kümmern sich nicht um diesen Aspekt und lösen Standorte massiv auf.

(Unruhe)

- Hören Sie doch bitte einmal zu und legen Sie sich mit Ihrer Meinung nicht einfach fest! Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei uns gibt es einen Demografiezuschlag, der auf Schulumtsebene zugeteilt wird. In Unterfranken haben die Landkreise Main-Spessart und Rhön-Grabfeld den Zuschlag bekommen, der Bereich Miltenberg nicht, weil er die objektiven Kriterien der Struktur und der Vorgaben der Richtlinien nicht erfüllt hat. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Schulrecht ist nun einmal auf rechtlich selbstständige Schulen ausgerichtet, und dazu gibt es keine Alternativen. Die Mitglieder der Staatsregierung haben den Eid geschworen, rechtlich

che Vorgaben einzuhalten; da sind uns zunächst einmal die Hände gebunden.

Die Zahl der Häuser ist zunächst einmal nicht relevant. Herr Felbinger, das ist eigentlich eine Bevorzugung der anderen Strukturen und keine Privilegierung der einhäusigen Schulstrukturen; umgekehrt wird ein Schuh daraus. Herr Güll hat schon darauf hingewiesen, dass das rechtlich durchaus in Ordnung ist; das möchte ich hervorheben.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER))

- Lieber Herr Fahn, wir müssen uns an Recht und Gesetz halten. Das ist ein wichtiger Grundsatz, den man in diesem Hohen Hause schon beachten sollte.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Außerdem darf ich darauf hinweisen, dass es 376 Grundschulen mit Außenstellen gibt. Wenn wir bei zehn oder 15 Schulen von der bisherigen Regelung abweichen würden, können wir davon ausgehen, dass dann alle kommen werden. Wir dürfen in einer Gesamtbetrachtung die 100 Stellen nicht außer Acht lassen. Sehr schnell käme dann auch die Forderung nach rechtlicher Selbstständigkeit dieser Strukturen. Dann würde sich die Frage der Rektoren und der Verwaltungskräfte stellen. Herr Güll hat dazu gesagt, dass das nicht sinnvoll wäre. Wir müssen schon überlegen, welche Geister wir mit der ganzen Sache rufen würden.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Nur gute Geister!)

Meine Damen und Herren, natürlich gäbe es vor Ort eine ganze Reihe organisatorischer Möglichkeiten. Sie verweisen immer auf den einen Standort in Unterfranken. Ich könnte Ihnen Schulen nennen, die die Außenstellen aufgrund der vorhandenen rechtlichen Maßnahmen erhalten haben. Der Rektor hat eben angewiesen, dass einige Schüler von größeren Standorten an kleinere wechseln, um sicherzustellen, dass die kleineren Standorte erhalten werden. Das sind Entscheidungen der kommunalen Familie. Wenn Sie das wollen, könnten wir es uns schon angewöhnen, von München aus durchzuregieren.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Eine solche Forderung gerade von den FREIEN WÄHLERN, die sonst immer die kommunale Selbstverantwortung in den Mittelpunkt stellen, verwundert mich.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER))

- Nein, die Kommunen wollen sehr oft die Verantwortung. Man kann sich aber nicht die Fälle heraussuchen, in denen Verantwortung gerade einmal angenehm ist, sondern man muss das Prinzip der Verantwortung der Kommunen schon ganz konsequent durchziehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir noch einen letzten Gedanken. Bei uns gibt es den Zuschlag. Wir haben mehr Geld in die Hand genommen, um der demografischen Entwicklung gerecht zu werden. Natürlich ist mehr immer besser. Wir werden auf die Entwicklung in den nächsten Jahren immer achten; das haben die Vorredner aus den Koalitionsfraktionen schon angesprochen.

Ich darf darauf hinweisen, dass andere Bundesländer andere Wege gehen. Unabhängig von jeder politischen Couleur werden konsequent Schulen aufgelöst, ob nun in Sachsen oder in anderen Bundesländern. Ich will nur herausstellen, dass Bayern einen anderen Weg geht. Ich will auch darauf hinweisen, dass die rot-grüne Regierung in Baden-Württemberg angekündigt hat, 11.000 Planstellen abzubauen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER))

Ich sehe genau voraus, was das für den Erhalt von kleinen Standorten bedeutet. Zwangsläufig werden an vielen Standorten die Lichter ausgehen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur namentlichen Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport empfiehlt auf Drucksache 16/14444, den Antrag abzulehnen. Die Urnen sind bereitgestellt. Ich eröffne jetzt die namentliche Abstimmung. Dafür haben wir fünf Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 17.06 bis 17.11 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung und bitte, das Ergebnis außerhalb des Plenarsaals zu ermitteln. Ich bitte Sie, Ihre Plätze wieder einzunehmen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harald Güller, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)
Kein GBW-Verkauf vor der Landtagswahl
(Drs. 16/13272)

und

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wohnungsentwicklungspolitisch und sozialverträglich bestes Konzept bei der Vergabe des GBW-Wohnungsbestandes berücksichtigen
(Drs. 16/12629)

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich darf bekannt geben, dass für beide Anträge namentliche Abstimmung beantragt ist. Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Güller. Bitte schön.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Weiter als beim Thema GBW können die Positionen in diesem Haus zwischen der Opposition und der Noch-Mehrheitsfraktion tatsächlich nicht auseinander liegen.

(Thomas Hacker (FDP): Es gibt keine Mehrheitsfraktion, Herr Kollege Güller!)

Und ich füge hinzu: Schludriger kann der Umgang der Staatsregierung mit dem Begriff der Wahrheit auch kaum noch sein.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Es gibt keine Mehrheitsfraktion! Und rechnen könnt ihr auch nicht!)

Sie, Kolleginnen und Kollegen von der CSU und der FDP, lassen die 85.000 Mieterinnen und Mieter in den fast 30.000 GBW-Wohnungen im Regen stehen. Sie laden die Folgen des Landesbank-Skandals auf dem Rücken der Mieterinnen und Mieter und auf dem Rücken der Kommunen ab.

(Volkmar Halbleib (SPD): So ist es! - Beifall bei der SPD)

Erstes Kapitel dieser unrühmlichen Story: Söder sagt die Unwahrheit und behauptet, der Freistaat darf die Wohnungen nicht kaufen. Sie von der CSU und der FDP glauben Ihrem Minister auch noch und beschließen hier im Landtag, die Staatsregierung solle die Wohnungen nicht kaufen.

Nächstes Kapitel: Im nächsten Schreiben an den Landtag schreibt Söder: Nun ja, der Landtag verbietet uns, diese Wohnungen zu kaufen. - Kolleginnen und Kollegen, dass Sie sich bei diesem Vorgehen des Ministers nicht veräppelt vorkommen, wundert mich schon ein bisschen.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD)
 - Beifall bei der SPD)

Dann kommt die Pressekonferenz von Herrn Almunia in Brüssel am 25. Juli 2012, der eindeutig sagt, der Freistaat dürfte die Wohnungen kaufen; er könne nämlich diskriminierungsfrei mitbieten und versuchen, sie zu bekommen.

Nächstes Kapitel: Die Kommunen. Seehofer und Söder machen den Kommunen eine lange Zunge und sagen: Wenn ihr sie kaufen wollt, dann bieten wir euch zunächst diskriminierungsfrei, aber exklusiv Verhandlungen an. - Mehrere Wochen später, kein Wort mehr davon. In Gesprächen wollen die Herren Seehofer und Söder kein Wort mehr davon wissen. Auch hier, Kolleginnen und Kollegen, hat Ihre Staatsregierung die Kommunen veräppelt. Ich betone, es sind nicht nur SPD-Kommunen, es sind auch von der CSU geführte Kommunen und solche, in denen FDPler mit in den Räten sitzen.

(Thomas Hacker (FDP): Gut so!)

Auch hier hat die Staatsregierung Sie also veräppelt. Das Bedauerliche dabei: keinerlei Reaktion aus Ihren Reihen in diesem Haus.

Weiteres Kapitel: Der Ministerpräsident verspricht bei Gesprächen mit den Mieterinitiativen und den Mietervereinen: Wir werden jetzt ernsthaft prüfen, was die SPD schon seit drei Jahren fordert, nämlich die Ergänzung von Mietverträgen.

(Beifall bei der SPD)

Zwei Wochen später gibt es ein kurzes Gespräch. Wir machen jetzt eine "Sozialcharta", oder wie das jetzt verbrämt heißt, eine "Sozialcharta plus". Dann schaut man in die Charta hinein und stellt fest, sie ist das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt ist. Sie gibt nämlich keinem einzigen der 85.000 Mieter in Bayern ein individuelles Recht, sondern die Mieter müssten sich darauf verlassen, dass die Staatsregierung in Nachverhandlungen in einer Angelegenheit, die erst Jahre nach dem Verkauf offensichtlich wird, zu Vertragsstrafen greift. Ein effektiver Schutz der Mieterinnen und Mieter ist das weder nach Auffassung der Mietervereine noch nach unserer Auffassung. Auch hier veräppelt die Staatsregierung die Menschen im Freistaat Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Was wirklich hilft, ist die Ergänzung von Mietverträgen. Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, seien Sie doch zumindest heute Abend an dieser Stelle so fair, und stimmen Sie unserem Antrag zu, der verhindert, dass vor Ende dieser Legislaturperiode vollendete Tatsachen geschaffen werden. Stimmen Sie einem Antrag auf ein Moratorium zu. Machen Sie von mir aus sogar die Ausschreibung weiter, aber machen Sie keine Verträge. Machen Sie den Verkauf nicht vor Ende der Legislaturperiode fix. Geben Sie den Mieterinnen und Mietern, geben Sie den Kommunen eine Chance. Hinterlassen Sie nicht noch mehr verbrannte Erde, als Sie der nächsten Regierung mit dem Landesbankskandal eh schon hinterlassen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben heute noch einmal die Gelegenheit. Bekennen Sie Farbe, stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Die nächste Wortmeldung ist von Frau Kollegin Kamm. Bitte sehr.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich als Erstes für die Geburtstagsglückwünsche von vorhin bedanken. Ich denke, als Geburtstagskind darf man auch einen Wunsch äußern. Mein Wunsch wäre, dass wir weiterhin dafür sorgen und alles dafür tun, um in einer Gesellschaft zu leben, in der es gerecht und fair zugeht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zu so einer Gesellschaft gehört auch, dass Menschen, die nicht so viel verdienen wie andere, dass sich Menschen, die nicht zu den Spitzenverdienern gehören, Menschen wie beispielsweise Krankenschwestern, Polizeibeamte, angemessen mit Wohnraum versorgen können. Dazu gehört auch, dass Mieterinnen und Mieter, die vielleicht nur eine Rente beziehen, die nur wenig über der Grundsicherung liegt, ihre Wohnungen nicht verlassen müssen. Eine solche Gesellschaft muss auch über ein ausreichend großes Segment an preisgünstigem Wohnraum verfügen. Es muss ein ausreichender Markt für preisgünstigen Wohnraum da sein. In diesem Zusammenhang ist es außerordentlich wichtig, wie die Zukunft der GBW in Bayern aussieht. Aufgrund der Angespanntheit unserer Wohnungsmärkte wäre es wirklich fatal, wenn die 32.000 Wohnungen der GBW ohne ausreichende Berücksichtigung der sozialen Belange an den meistbietenden Investor vergeben würden.

Erst hieß es Sozialcharta, dann hieß es Sozialcharta plus. Jetzt heißt es Sozialcharta XXL. Solche Sozialchartas lösen das Problem mitnichten. Jeder Rentner wird in zehn Jahren bei gleichbleibender Rente mit einer Mieterhöhung von 50 % insbesondere im Ballungsraum München rechnen müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Ernst Weidenbuch (CSU))

- Das kann ich Ihnen vorrechnen. Das können wir ein anderes Mal machen.

Er wird sich diese Wohnung nicht bis zu seinem Lebensende leisten können. Er wird große Schwierigkeiten haben, eine alternative bezahlbare Wohnung zu finden. Es ist eine Schande, dass die Mieterinnen und Mieter der GBW seit Jahren unsichere Zukunftsperspektiven haben. Sie wissen nicht, wie es weitergeht. Heute plädiere ich dennoch dafür, dem SPD-Antrag zuzustimmen. Die GBW-Anteile sollen in dieser Legislaturperiode nicht vergeben werden. Der Grund dafür ist, dass die Art und Weise, wie diese Regierung vorgeht, nicht haltbar und nicht akzeptabel ist. Sie kann nicht verantwortet werden.

Wir haben Ihnen einen Antrag vorgelegt, mit dem wir fordern, bei der Vergabe von GBW-Wohnungen das wohnungswirtschaftliche Konzept zu berücksichtigen. Wie werden die Wohnungen weitergeführt? Wie wird zukünftig mit den Wohnungen, den Mieterinnen und Mietern, der Instandhaltung verfahren? Ich möchte noch anfügen, dass die GBW im Jahr 250 Sozialwohnungen baut, die wir dringend brauchen. Vermutlich wird das ein privater Investor, der den höchstmöglichen Preis zahlt, nicht tun.

Wir brauchen eine Vergabe nach dem besten wohnungswirtschaftlichen Konzept. Wir haben Ihnen einen Antrag vorgelegt. Wir bitten Sie, dieses wohnungswirtschaftliche Konzept zu berücksichtigen. Berücksichtigen Sie bei der Ausschreibung, dass die Mieterinnen und Mieter zukünftig weiterhin bezahlbare Mieten haben. Berücksichtigen Sie ebenfalls, dass weiterhin Sozialwohnungen gebaut werden müssen. Vergeben Sie nicht einfach an den meistbietenden Investor.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Es liegt eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Wörner vor.

Ludwig Wörner (SPD): Frau Kollegin Kamm, ist Ihnen bekannt, dass ein großer Investor in München Wohnungen mit einer Sozialcharta gekauft hat? Diese Sozialcharta taugt allerdings nichts, weil Wohnen ein langlebiges Gut ist und nicht wie ein Auto alle zehn

Jahre ausgetauscht wird. Das hat zur Folge, dass inzwischen mehr als 15 % der absolut Gesicherten herausgestorben sind. Ein Teil ist weggezogen. Aus diesem Grund sind bereits mehr als 20 % der Wohnungen in den freien Markt gewandert - trotz der Sozialcharta. Die Wohnung wird frei und kann zu einem neuen Preis vermietet werden, der beliebig ist. Der Preis ist aufgrund des neuen Mietverhältnisses nicht mehr abgesichert. Von daher ist der Hinweis auf die Sozialcharta und die Sozialcharta plus ein wildes Gerücht des Herrn Söder. Das ist Punkt eins.

Punkt zwei: Was mich noch mehr überrascht - Sie sicherlich auch -, ist, dass die Wohnungen der GBW so gut verwaltet werden, dass man nur 0,5 % über Verkäufe erwirtschaftet. Dieser Laden wird miserabel geführt - um kein anderes Wort zu gebrauchen. Jeder Investor, der Geld hat, geht heute in Beton. Der Freistaat Bayern hätte Geld. Es gäbe ein Modell, das es erlaubt, die Wohnungen zu kaufen, ohne dass es schädlich wäre. Das käme noch nicht einmal in den Haushalt. Das wird aber nicht gemacht, da nur 0,5 % erwirtschaftet werden können. Für jeden normalen Unternehmer wäre das der pure Irrsinn. Welche Überwachung erlaubt, dass einem Unternehmen, an dem der Freistaat indirekt beteiligt ist, so etwas ermöglicht wird?

Man stellt sich viele Fragen. Ich meine, dass der Kauf das bessere Konzept gewesen wäre. Wenn der Laden nur 0,5 % erwirtschaftet, muss der Kopf ausgebaut werden, statt die Mieter zu schädigen. Denen wäre damit geholfen.

(Beifall bei der SPD)

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Kollege Wörner, ich stimme Ihnen zu, dass die Sozialcharta die Mieterinnen und Mieter nicht davor schützt, die Wohnungen zu verlieren. Auf der Grundlage der Sozialcharta können sich die Rentnerinnen und Rentner nicht darauf verlassen, ihren Lebensabend in den Wohnungen verbringen zu können. Das wünschen wir uns jedoch für die Mieterinnen und Mieter. Weiterhin stimme ich Ihnen zu, dass die GBW ein Unternehmen ist, das nicht allzu viel Rendite abwerfen kann, da es relativ hohe Verbindlichkeiten aufweist. Ein privater Investor, der die maximalen Gewinne aus den Wohnungen ziehen will, wird dafür sorgen, dass eine andere Zielgruppe als die bisherige zum Zuge kommt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Als Nächste hat Frau Kollegin Görlitz das Wort.

Erika Görlitz (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Das Einzige, was die Opposition erreichen

will, ist den Mietern Angst zu machen. Das ist unerträglich.

(Beifall bei der CSU - Harald Güller (SPD): Wer verkauft denn die Wohnungen?)

Sie schieben immer wieder Argumente vor, die überhaupt nicht zutreffen. Sie tun so, als wären die Mieter jeden Moment gefährdet. Sie wissen genau, dass wir ein gutes Mietrecht haben und die Mieter von Haus aus einen gewissen Schutz genießen. Sie versuchen immer wieder zu suggerieren, dass dies nicht der Fall ist.

(Harald Güller (SPD): Eigenbedarfskündigungen!)

Das finde ich nicht richtig. Die Forderung, das nicht vor der Wahl, sondern hinterher zu machen, halte ich für scheinheilig. Hätten wir so etwas eingebracht und beschlossen, hätten Sie gesagt: Schaut her, die trauen sich das vorher nicht mehr. Die wollen die Mieter hinhalten. Das ist scheinheilig. Da spielen wir auf keinen Fall mit.

(Beifall bei der CSU)

Sie wissen ganz genau, dass wir gezwungen sind, die GBW aufgrund des BayernLB-Verfahrens zu verkaufen.

(Harald Güller (SPD): Das kommt vom Landesbankdesaster!)

Sie wissen das. Wir haben diese Auflage. Wir werden das tun. Es gibt Fristen, die einzuhalten sind. Die GBW soll bis zum Jahre 2013 einem neuen Besitzer zugeführt werden. Das ist inhaltlich so festgelegt.

Uns ist der Mieterschutz sehr wichtig. Als wichtiges Verhandlungsergebnis konnte der Finanzminister bei der EU erreichen, dass wir nicht an den Meistbietenden verkaufen müssen, sondern gewisse Kriterien aufstellen können. Die Sozialcharta, die Sozialcharta plus und die Sozialcharta XXL haben Sie selber genannt. Das ist uns bei den Verhandlungen gelungen. Dafür sind wir unserem Finanzminister dankbar. Das bedeutet, dass der Mieterschutz bestmöglich gewährleistet werden kann.

(Beifall bei der CSU)

Sie wissen, dass wir diskriminierungsfrei ausschreiben müssen. Mit dem Rahmen, der durch die Sozialcharta abgedeckt ist, können wir den Schutz zusätzlich ermöglichen. Ich verstehe nicht, warum Sie das Bild einer Mieterhöhung um 50 % an die Wand malen. Ich weiß nicht, ob Sie gelesen haben, dass sich Nürnberg und München zusammengeschlossen haben,

um eine eigene GmbH zu gründen, damit sie als Mitbewerber antreten können. Ich weiß nicht, was Sie diesen Städten unterstellen. Ich halte es für gut - das war immer unser Vorschlag -, dass sich die Kommunen, die einen großen Teil der Wohnungen besitzen, beteiligen. Das ist eine gute Entscheidung.

Ich darf daran erinnern, dass wir in Bayern ein geordnetes Verfahren durchführen und uns dafür eingesetzt haben, dass der Mieterschutz gewährleistet ist. In Baden-Württemberg hat Rot-Grün seine Wohnungsgesellschaft an den Meistbietenden verschreibt. So etwas wird bei uns nicht passieren. Wir sichern unseren Mietern zu, dass wir ein ordentliches Verfahren anstreben. Deshalb wird es Sie nicht wundern, dass wir wie im Haushaltsausschuss auch diese beiden Anträge ablehnen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Mir liegen noch Wünsche nach Zwischenbemerkungen von Herrn Kollegen Güller und Frau Kollegin Kamm vor. Bitte, Herr Kollege Güller.

Harald Güller (SPD): Frau Görlitz, eines sollten wir vielleicht richtigstellen:

Erstens. Nicht die EU zwingt zum Verkauf der GBW, sondern die CSU, nämlich durch das von ihr verursachte Landesbank-Desaster, bei dem Sie zehn Milliarden Euro versenkt haben. Daran ist nicht Herr Almunia, sondern Ihre Regierung schuld.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Unser Mietrecht mag gut sein. Aber bisher gibt es bei der GBW keine Eigenbedarfskündigungen, weil die GBW solche Kündigungen nicht aussprechen kann. Ein zukünftiger Erwerber kann gegebenenfalls, wenn er die Wohnungen an Einzelne weiterverkauft und damit unterverteilt, Eigenbedarfskündigungen aussprechen.

Drittens. Die GBW führt heute keine Luxussanierungen durch. Ein neuer Käufer kann die Wohnungen luxussanieren.

Viertens. Die GBW schöpft die Möglichkeit von Mieterhöhungen nicht aus. Ein neuer Vermieter könnte dies tun.

Abschließend: Ein neuer Käufer ist bei neuen Mietverträgen, also wenn jemand auszieht und ein neuer Mieter einzieht, nicht gebunden. Er hat dann die Möglichkeit, deutliche Mietsteigerungen auch über die gesetzliche Kappungsgrenze hinaus vorzunehmen. Das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen.

(Erika Görlitz (CSU): Das führt aber jetzt schon ein bisschen weit.)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Güller hat noch 26 Sekunden.

Harald Güller (SPD): Bei allem hektischen Geschrei der CSU führt dies trotzdem zu der Frage: Warum wehren Sie sich mit Händen und Füßen dagegen, die Rechte der Mieterinnen und Mieter in Zusatzmietverträgen festzuschreiben?

(Ernst Weidenbusch (CSU): Weil das nichts ändert!)

Warum wehren Sie sich mit Händen und Füßen gegen diese so einfache Lösung? Solange das so ist, müssen Sie sich den Vorwurf gefallen lassen, dass Sie das Landesbank-Desaster auf dem Rücken der Mieterinnen und Mieter austragen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Görlitz, Sie haben das Wort.

Erika Görlitz (CSU): Wir weigern uns, weil das nichts ändern würde. Mit der Sozialcharta haben die Mieter einen zusätzlichen Schutz. Sollte sich der neue Aktienbesitzer nicht daran halten, wäre dies sogar strafbewehrt.

Sie sagen immer, dass Wohnungen verkauft würden. Es werden Aktien verkauft. Deshalb wird auch künftig niemand als Eigenbesitzer seine eigene Wohnung herausklagen können. Das wissen Sie ganz genau. Mit solchen falschen Behauptungen schüren Sie die Angst bei den Mietern. Das ist einfach nicht in Ordnung.

(Harald Güller (SPD): Warum machen Sie keine Zusatzmietverträge?)

- Weil es die nicht braucht. Der Schutz ist gegeben.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Wir kommen damit zur Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Frau Kollegin, wissen Sie, dass Sozialchartas eine begrenzte Geltungsdauer haben? Nach fünf Jahren endet der Schutz. Ist Ihnen bewusst, dass das derzeitige Mietrecht nach drei Jahren Mietpreiserhöhungen um 20 % ermöglicht, plus die Umlage von Luxussanierungen, plus zusätzliche Mieterhöhungen auf die Modernisierungsumlage? Ist Ihnen bewusst, dass die Renten aufgrund des derzeitigen Mietrechts keineswegs so schnell wie die Mieten steigen werden? Wie soll ein Mensch, der

60 oder 70 Jahre alt ist und keine allzu hohe Rente hat, in zehn Jahren eine solche Wohnung weiterhin mieten, wenn es zu einem Verkauf an den meistbietenden Privatinvestor kommt? - Das ist meine erste Frage.

Die zweite Frage lautet: Glauben Sie, dass die Kommunen Nürnberg und München, die sich zu einem Konsortium zusammengetan haben, in einem freien Bieterverfahren auch nur den Hauch einer Chance haben, wenn Sie nicht bereit sind, ein gutes wohnungswirtschaftliches Konzept bei der Ausschreibung vorzuschreiben?

Erika Görnitz (CSU): Ich würde mich freuen, wenn sich die Städte Nürnberg und München mit der Gesellschaft, die sie gründen, bewürben, was sie bereits angekündigt haben, und wenn sie den Zuschlag erhalten würden. Das wäre eine sinnvolle Sache. Diese Städte sind am nächsten dran. Deshalb würden wir sie gerne unterstützen.

(Harald Güller (SPD): Einen Verkauf in Tranchen gibt es gar nicht! Entweder werden alle Aktien verkauft oder keine!)

- Natürlich können Aktien verkauft werden. Wohnungen werden nicht verkauft, auch wenn Sie das immer wieder zu suggerieren versuchen. Sie erwecken auch immer den Eindruck, dass die Mieter hier umsonst wohnen würden. Bereits jetzt müssen die Mieter für diese Wohnungen und für die Leistungen, die sie bekommen, normale Mieten zahlen. Sie wollen die Mieter beunruhigen und malen Schreckgespenster an die Wand. Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Professor Dr. Bauer.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit aller Deutlichkeit Ihren Vorwurf zurückweisen, die Oppositionsparteien versuchten, den Mietern Angst einzujagen. Wir klären auf und legen die Finger in die Wunde eines politischen Versagens, das in den letzten Jahren stattgefunden hat. Wir sind dafür da, auch einmal eine andere Sicht der Dinge ins Gespräch zu bringen und offen darüber zu diskutieren. Ich weise jedoch mit aller Deutlichkeit und Schärfe zurück, wenn uns hier dumme Angstmache vorgeworfen wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen wieder einmal über die negativen sozialpolitischen Folgen des Debakels bei der Landesbank

diskutieren. Wir müssen uns nicht über die Verträge der einzelnen Mieter unterhalten, sondern über das EU-Verfahren. Ich möchte ganz klar sagen: Bayern muss sozial bleiben. Die Aussage der FREIEN WÄHLER ist ebenso deutlich: Auf dem Rücken der Mieter, die für dieses Landesbank-Debakel nichts können, darf dieses Problem nicht ausgetragen werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die sogenannte Sozialcharta plus bzw. Sozialcharta XXL erinnert mich an ein Möbelhaus oder an Pommes, aber nicht an seriöse Politik. Solche Begriffe sollten nicht verwendet werden. Vielmehr sollten die Begriffe mit Inhalt gefüllt und definiert werden. Ganz klar muss hineingeschrieben werden, was damit gemeint ist. Werbesprüche helfen hier nicht weiter.

Wir reden hier über das Problem von 80.000 Menschen, die in 33.000 Wohnungen leben. Wir reden über Schicksale von sozial schwachen Familien. Wir reden über Bürgerinnen und Bürger, die in den Ballungsräumen München und Nürnberg in einer angespannten Situation leben. Die Aussage der FREIEN WÄHLER ist deutlich: Wir legen Wert darauf, unverhältnismäßige Mietsteigerungen zu verhindern. Wir müssen Luxussanierungen verhindern. Eine Umwandlung in Eigentumswohnungen darf nicht passieren. Der soziale Wohnungsmarkt in den Ballungsgebieten Bayerns ist angespannt. In Bayern darf deshalb nicht noch mehr sozialer Wohnraum verloren gehen. Die Situation bei den Sozialmieten darf nicht länger angespannt bleiben; sie muss im Gegenteil entspannt werden. Schließlich sind die betroffenen Familien auf Unterstützung und unsere Hilfe angewiesen.

Wir müssen im Wohnungsmarkt darauf achten, dass diese Wohnungen in den Ballungsräumen erhalten werden. Meine Damen und Herren, die Entscheidung muss sorgfältig überlegt und unter Berücksichtigung der sozialen Verantwortung Bayerns getroffen werden. Die FREIEN WÄHLER stehen für ein soziales Bayern. Sollten tausende Sozialwohnungen wegbrechen, verändert Bayern sein Gesicht. Das wollen die FREIEN WÄHLER nicht. Ich unterstelle auch Ihnen nicht, dass Sie dies wollen. Wir müssen gemeinsam eine Lösung finden. Wir dürfen keine Gräben aufbauen, sondern müssen gemeinsam das soziale Gesicht Bayerns erhalten und stärken.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Die Dringlichkeitsanträge der SPD und der GRÜNEN sind richtig. Deswegen werden wir sie unterstützen. Ich bitte Sie noch einmal, dies auch zu tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Klein.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Ausgangslage ist wohl jedem klar. Wir hatten eine größere Problematik bei der Bayerischen Landesbank. Der Freistaat Bayern musste 10 Milliarden Euro einschießen. Die EU-Kommission hat aufgrund dieses Einschusses ein Beihilfungsverfahren gestartet und uns aufgetragen, die Bilanzsumme der Landesbank drastisch zu reduzieren: von 400 auf 200 Milliarden Euro. Hiermit hat auch die Debatte über den Verkauf der Anteile der Landesbank an der GBW zu tun, die wir heute führen. Wir haben dort Anteile, besitzen aber keine Wohnungen.

Am Anfang muss man die Sachlage darstellen. Denn es ist nicht sicher, ob wir uns darauf in der Diskussion noch berufen können. Wir haben zwar noch keinen offiziellen Schrieb, können aber nach wie vor davon ausgehen, dass die EU-Kommission ein offenes, transparentes, diskriminierungsfreies Verfahren von uns verlangt, um die Anteile der Bayerischen Landesbank zu verkaufen.

Wir haben hier immer erklärt: Wir werden den Verkauf mit einer Sozialcharta verbinden, egal, wie wir dieses Instrument marketingmäßig noch ein bisschen aufpeppen, z. B. durch "Sozialcharta plus" oder "Sozialcharta 3.0". Letztlich geht es darum, dass wir über den hohen Mieterschutz in Deutschland hinaus mit den sozialen Leitlinien, die sich die GBW schon 2010 gegeben hat, Verstärkungen einführen.

In den Leitlinien steht unter anderem, dass es keine Luxusmodernisierung und keine Umwandlung in Wohneigentum gibt. Die Sozialcharta möchten wir als die die Staatsregierung tragenden Fraktionen so in die Ausschreibung geben, dass sie zu einem verpflichtenden Vertragsbestandteil wird. Dieser Bestandteil müsste auch mit Vertragsstrafen bewehrt sein. Dann hätte man ein entsprechendes Druckmittel.

Wenn dies kritisiert wird und man sich auf den Mieterbund beruft, dann kann ich nur sagen: Wo die Kritiker Verantwortung tragen, tun sie nichts anderes. Eine der ersten Maßnahmen der grün-roten Regierung in Baden-Württemberg war, im Koalitionsvertrag den Verkauf der Wohnungen der Baden-Württembergischen Landesbank mit einer Sozialcharta festzuschreiben. Der grüne Ministerpräsident hat sich damals, als die Ausschreibung beendet war und der Sieger bekannt gegeben wurde, dazu hinreißen las-

sen, zu sagen, dass der Unterschied von 30 Millionen Euro zwischen dem einen und dem anderen Konsortium wirklich beachtlich ist und 30 Millionen Euro ein Haufen Geld sind. Der Ministerpräsident hat gesagt, die Ausschreibung gehe in Ordnung. Sie war diskriminierungsfrei, transparent und all das, was ich vorhin angeführt habe.

Deshalb finde ich es nicht besonders glaubwürdig, wenn Sie sich jetzt hier in Bayern hinstellen und uns für eine ähnliche Vorgehensweise hart kritisieren.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Kamm?

Karsten Klein (FDP): Gern.

Christine Kamm (GRÜNE): Trifft es zu, dass Sie tatsächlich nur verpflichtet sind, die GBW-Anteile aus der Landesbank herauszulösen, und dass Sie suggerieren, Sie seien verpflichtet, die Anteile auf dem freien Markt zu verkaufen? Es trifft doch sicherlich zu, dass Sie in der Lage sind, die GBW-Anteile in anderen Bereichen des Freistaats Bayern zu halten. - Das ist die erste Frage.

Meine zweite Frage - -

Präsidentin Barbara Stamm: Sie können nur eine Frage stellen, Frau Kollegin. Eine Zwischenfrage ist keine Intervention.

Karsten Klein (FDP): Die Beantwortung geht von meiner Zeit ab. Deshalb mache ich es schnell. - Nach Informationen des Finanzministers wird in der Feststellung der EU-Kommission stehen, dass eine Beteiligung des Freistaats Bayern an einem Bieterkonsortium beim Verkauf der Anteile ein weiteres Beihilfungsverfahren nach sich ziehen könnte. Diese Gefahr, die dort lauert, ist nach unserer Auffassung den Mietern der GBW-Wohnungen nicht zuzumuten. Wir wollen dieses Verfahren so schnell wie möglich abschließen, damit Klarheit darüber besteht, wie die Umstände sind. Wir wollen mit Ihnen darüber nicht ständig diskutieren, weil die Menschen sonst dadurch in Angst und Schrecken versetzt werden.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Von der Staatsregierung liegt jetzt eine Wortmeldung des Staatssekretärs Pschierer vor.

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Das Thema GBW AG ist in diesem Hohen

Haus schon mehrfach behandelt worden. Ich erspare mir daher jetzt längere Ausführungen.

Frau Kollegin Kamm und Herr Güller, zu Ihren Einlassungen erlaube ich mir eine Grundsatzbemerkung. Ich spreche Ihnen das Recht ab, sich hier in einer Alleinstellung zum Anwalt der Mieter im Freistaat Bayern zu machen. Denn bezüglich des Themas Wohnraumversorgung genügt ein Blick in die Verfassung. Dafür ist im Freistaat Bayern nicht die Staatsregierung zuständig, sondern es handelt sich um eine Pflichtaufgabe der Kommunen. In der Landeshauptstadt München hat Ihr Oberbürgermeister genug Arbeit, um die Wohnraumversorgung hier sicherzustellen.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kollegin Kamm, ich gebe Ihnen eine kleine Lehrstunde in Sachen soziale Marktwirtschaft: Mietpreise hängen immer auch davon ab, wie sich Angebot und Nachfrage verhalten. Selbstverständlich gibt es hier eine große Nachfrage, aber dann wäre es auch Aufgabe der Landeshauptstadt München und ihres SPD-Oberbürgermeisters, sich für eine ausreichende Wohnraumversorgung einzusetzen. Aber da versagt er kläglich.

(Beifall bei der CSU)

Am 25. Juli dieses Jahres wurde das Beihilfeverfahren abgeschlossen. Die Kommission hat klar und eindeutig festgelegt, dass der Anteil der Bayerischen Landesbank an der GBW bis Ende 2013 zu veräußern ist.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Das Einzige, Herr Kollege Güller, was ich wirklich bedaure, ist, dass es keine Möglichkeit gegeben hat, Sie bei den Verhandlungen der EU-Kommission dabeizuhaben. Wenn Sie dabeigewesen wären, hätten Sie gemerkt, was hier Sache ist, wer hier handelt und wer manchmal leider Gottes auch behandelt wird.

Wir hatten keine andere Möglichkeit. Wir mussten uns nach klaren Vorgaben der EU-Kommission richten. Dafür gab es wettbewerbsrechtliche Gründe. Die Vorgaben der EU-Kommission sind nicht spezifisch für den Freistaat Bayern oder die Bayerische Landesbank, sondern genauso für das Bundesland Baden-Württemberg und die dortige Landesbank.

Der Vergleich mit Baden-Württemberg - das sollten Sie einmal einsehen - zeigt doch, dass die Mieter in Baden-Württemberg nach dem Verkauf an einen Privatinvestor nicht zum Spielball privater Interessen geworden sind. Tun Sie doch nicht so, als ob dort, wo sich Private im Wohnungsmarkt engagieren, nur

Hauen und Stechen geschieht. Vielmehr gibt es einen ausgezeichneten Mieterschutz, selbstverständlich auch im privaten Bereich.

Ich spreche noch etwas an, was der eine oder andere vielleicht vergisst: Wenn es eine Begleiterscheinung der Finanzmarktkrise gibt, die man positiv werten kann, dann ist es die inzwischen bei den Privatinvestoren einsetzende Einsicht, dass irgendwelche windschiefe Hütten in den Vereinigten Staaten von Amerika oder irgendwelche Papiere von Staaten, die kurz vor der Zahlungsunfähigkeit stehen, nicht unbedingt Rendite abwerfen, sondern dass es besser ist, im eigenen Land in den Wohnungsmarkt zu investieren, der langfristig seinen Wert behält und steigert.

Ich gehe ganz kurz auf einige Aspekte der Forderungen Ihres Antrags ein.

Die erste Forderung muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Sie fordern, dass die Entscheidung über den Verkauf der GBW AG nicht kurz vor Ende der Legislaturperiode fällt. Aber, meine Damen und Herren, wir wissen hier im Hohen Haus doch alle, bis wann wir hier gewählt sind, nämlich bis September/Oktober 2013. Sie können doch nicht schon jetzt die Arbeit einstellen, um dann in den Wahlkampf zu gehen. Man muss sich einmal vorstellen: Die Entscheidung über den Verkauf soll zurückgestellt werden, bis der neue Landtag im Oktober des Jahres 2013 zusammentritt. Soll das etwa auch für alle anderen Bereiche gelten? Dann müsste man den Wählern erklären: Wir machen im Bayerischen Landtag ab jetzt keine Arbeit mehr, sondern nur noch Wahlkampf. Aber wir machen Verkaufspolitik. Das gilt insbesondere für die Landesbank; denn diese verkauft, nicht wir. Die Landesbank macht die Verkaufspolitik Gott sei Dank unabhängig von Legislaturperioden. Und das ist richtig so.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb haben wir den Verkaufsprozess zeitnah gestartet, und zwar am 15.10. mit einer Anzeigenkampagne und mit einem Interessebekundungsverfahren. Dieses Bieterverfahren bzw. Verkaufsverfahren wird im Frühjahr 2013 abgeschlossen. Selbstverständlich haben auch die Kommunen entsprechende Möglichkeiten. Sie nutzen diese auch zum Teil. Es ist nicht nur ein Recht der Kommunen, sondern was Nürnberg oder München angeht, vielleicht sogar deren Pflicht, sich am Wohnungsmarkt zu engagieren.

(Harald Güller (SPD): Augsburg?)

Als Zweites wollen Sie, dass das Bieterverfahren nicht nur verschoben, sondern ordentlich aufgesetzt und sorgfältig durchgeführt wird. Liebe Kollegen von der

Opposition: Einen dümmen Vorwurf gegenüber der Geschäftsführung und dem Vorstand unserer Bank - auch Ihrer Bank - habe ich in diesem Hause selten gehört als den, dass dem Vorstand unterstellt wird, er arbeite nicht sorgfältig. Der aktuelle Vorstand der Landesbank bemüht sich sehr stark, das Geschäftsmodell dieser Landesbank umzusetzen und neue Geschäftsfelder aufzutun. Dieser Vorstand bemüht sich redlich - auch das ist wichtig -, allen Auflagen und Vorgaben der EU-Kommission gerecht zu werden, und zwar ganz einfach deshalb, weil seit Kurzem ein Trustee der EU-Kommission in dieser Landesbank sitzt, der darüber wacht, dass die notwendigen Schritte ordentlich durchgeführt werden. Deshalb ist dieser Vorwurf nicht berechtigt.

Ein weiterer Punkt ist für uns wichtig - Herr Kollege Wörner hat dieses Themenfeld immer gerne angesprochen -, nämlich die Beteiligung des Freistaates Bayern am Bieterverfahren. Es gibt eine klare Beschlusslage des Hohen Hauses vom 2. Februar dieses Jahres. Eine Übernahme der Anteile durch den Freistaat schließt der Landtag aus. Warum? Aus beihilferechtlichen und aus haushaltsrechtlichen Gründen. Sie wissen genauso gut wie ich, dass das Schlimmste, was uns allen passieren könnte, ein neues Beihilfungsverfahren wäre. Jeder, der Gefahr läuft, das mit seinen Anträgen herbeizuführen, schädigt letztlich die Interessen des Freistaats Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Der Erwerb durch den Freistaat Bayern wäre wettbewerbsrechtlich höchst problematisch und würde das gewaltige Risiko eines neuen Beihilfeprozesses bergen. Schauen Sie einfach in die Haushaltsordnung des Freistaats Bayern. Da steht ganz klar, dass der Zweck, wenn er von anderen genauso gut erfüllt werden kann, nicht vom Staat erfüllt werden darf. Das ist das ganz einfache Prinzip der Subsidiarität. Deshalb werden wir den SPD-Antrag ablehnen. Das Gleiche gilt für den Antrag der GRÜNEN. Frau Kamm, ich habe es mehrfach an dieser Stelle ausgeführt: Es gibt eine umfangreiche Sozialcharta: Die Mieterinnen und Mieter der GBW-Wohnungen sind erstens durch ein vorbildliches Mietrecht der Bundesrepublik Deutschland und zweitens durch eine Sozialcharta, die den Namen Sozialcharta verdient, geschützt. Deshalb werden wir auch den Antrag der GRÜNEN ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatssekretär, verbleiben Sie bitte am Mikrophon. Ich bitte jetzt die Mitglieder des Hohen Hauses um ein bisschen mehr Disziplin. Frau Kollegin Kamm zu einer Zwischenbemerkung, bitte.

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Staatssekretär, Sie haben gesagt, es gebe einen ausreichenden Schutz durch die Sozialcharta. Die Sozialcharta schützt aber letztlich nicht davor, dass ein preisgünstiges Segment vom Wohnungsmarkt verschwindet. Sie schützt allenfalls für eine begrenzte Zeit. Die Berücksichtigung eines wohnungswirtschaftlichen Konzepts, wie wir es Ihnen in diesem Antrag vorgeschlagen haben, würde dieses preisgünstige Segment im Wohnungsmarkt auf Dauer sichern. Sind Sie nicht in der Lage, den Unterschied zwischen den zwei Methoden zu erkennen und die Folgen dieser zwei unterschiedlichen Vorgehensweisen abzuschätzen? Das ist die eine Frage.

Die zweite Frage: Ich habe bisher leider noch nie einen Beleg dafür gesehen, dass es dem Freistaat Bayern durch die EU tatsächlich untersagt wäre, Verantwortung zu übernehmen und die Bestände an dem Aktienpaket zu übernehmen, und zwar entweder alleine oder gemeinsam mit den Kommunen. In diesem Zusammenhang bleiben Sie die entsprechenden Belege nach wie vor schuldig. Trotzdem betreiben Sie in aller Eile möglichst schnell ein Vergabeverfahren, bei dem, wie es derzeit gestrickt ist, die Kommunen keine Chance haben, und zwar genauso, wie es auch in Baden-Württemberg war. Das ist das Ärgerliche an dieser Art des Vergabeverfahrens, das Sie in die Wege leiten wollen und das damals auch von der schwarz-gelben Regierung in Baden-Württemberg in die Wege geleitet worden ist.

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Frau Kollegin, vielleicht gleich zum Ersten, was die Sozialcharta angeht: Sie dürfen nicht vergessen, dass ein Drittel der 33.000 Wohnungen, die zur GBW AG gehören, noch einer zusätzlichen Sozialbindung unterliegt. Das bedeutet: Sozialbindung plus Sozialcharta. Die Sozialcharta reicht im Besonderen vom Kündigungsschutz bis zum Verzicht auf Luxusanmietungen, Beschränkung von Mieterhöhungen, Bestandserhaltung durch Beschränkung von Veräußerungen, Vorkaufsrecht für Kommunen und und und. Mehr kann man nicht tun.

Zur zweiten Frage, Frau Kollegin Kamm, auch wenn ich mich wiederhole: Es ist auch verfassungsrechtlich nicht Aufgabe der Staatsregierung und des Freistaates Bayern, Wohnraumversorgung durchzuführen. Sie haben auch vergessen - das zu erwähnen würde zum Gebot der Fairness gehören -: Wir haben den bayerischen Kommunen Exklusivität eingeräumt, und zwar zeitlich befristet. Sie hatten die Möglichkeit, ein Konsortium zu bilden. Das ist damals nicht zustande gekommen. Deshalb muss ich diese Vorwürfe leider zurückweisen.

Letzter Punkt: Selbstverständlich macht uns die EU-Kommission nicht die Vorgabe, was der oder jener bekommen muss, sondern sie fordert ganz klar: Ihr habt zu veräußern, und wenn ihr das nicht diskriminierungsfrei tut, dann lauft ihr Gefahr, dass ein neues Beihilfeverfahren eröffnet wird. Das kann doch hier ernsthaft keiner wollen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Eine weitere Zwischenbemerkung: Kollege Wörner.

Ludwig Wörner (SPD): Es ist fast peinlich, dass ich einen bayerischen Staatssekretär auf Artikel 106 der Bayerischen Verfassung hinweisen muss, wonach der Freistaat Bayern sehr wohl auch dafür zuständig ist, Wohnraum zu schaffen. Ich empfehle Ihnen, genauer in die Verfassung zu sehen. Das ist das eine.

(Beifall bei der SPD)

Das Zweite ist: Hören Sie auf, wie Ihr Chef Söder permanent mit dem Beihilfeverfahren zu drohen. Am Ende erweist sich das wahrscheinlich wieder als das, was es schon vorher war, nämlich als Märchen. Ich sage Ihnen, wie es gehen würde, ohne den Haushalt zu berühren; Sie wissen das selbst ganz genau, weil darüber schon längst diskutiert worden ist, und zwar auch in Ihrem Beisein. Ich rede dabei nicht über ein bestimmtes Abstimmungsverhalten in dieser Frage.

Herr Staatssekretär, wenn Sie bestimmte Mittel aus einer Stiftung nehmen würden, die sowieso Probleme hat, Geld vernünftig anzulegen, um diese Wohnungen zu kaufen und sie dem Staat - der Freistaat Bayern hat Wohnungen - zur Verwaltung zu übertragen, eine vernünftige Organisation sicherstellen, die Geld verdient und nicht nur vernichtet, dann wäre ich mir sicher, dass wir mit dem, was die Stiftung braucht, nämlich 4 bis 5 % - das können andere Unternehmen in der Wohnungswirtschaft ohne Mieterhöhung erwirtschaften -, weder die Mieter gefährden würden noch Probleme mit dem Haushaltsrecht hätten. Das, was ich Ihnen vorschlage, ist nicht haushaltsrelevant, und Sie wissen das ganz genau. Dann wären wir das leidige Thema im Interesse der Menschen, die dort wohnen, los. Wenn Sie Oberbürgermeister Ude vorführen wollen und sagen, dass er zu wenige Wohnungen baut, dann würde ich mir wünschen, dass der Freistaat Bayern Wohnungen in derselben Größenordnung wie die Landeshauptstadt München finanzieren würde. Wir sollen aber jetzt Ihre Wohnungen kaufen, für welche Sie die Schulden tragen. Damit entsteht kein Quadratmeter neuer Wohnraum, sondern wir würden nur alten Wohnraum schützen und kein Quadratmeter neuer würde entstehen. Ich würde lieber neu bauen und unserem Modell folgen, wonach der

Freistaat Bayern über die Stiftung diese Wohnungen kauft.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bitte haben Sie die Uhr im Blick. Sie haben eine Zwischenbemerkung und keine Rede.

Ludwig Wörner (SPD): Ich bin sofort fertig.

Übrigens: Jeder vernünftige Mensch, der mit Geld umgehen kann, investiert heute in Beton, nur der Freistaat Bayern nicht, weil er möglicherweise Betonköpfe hat.

(Beifall bei der SPD)

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Kollege Wörner, haben Sie bitte Verständnis, dass ich Ihren Ausführungen nicht immer voll umfänglich folgen konnte.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD)

Auf zwei Punkte will ich eingehen. Zunächst zum letzten Punkt. Ich weise entschieden den Vorwurf zurück, der Schutz der Mieter sei nicht ausreichend gewährleistet. Wir haben in Deutschland - Gott sei Dank, sage ich - einen hervorragenden Mieterschutz. Und zusätzlich haben wir hier auch noch eine Sozialcharta. Der Mieter ist bei der GBW jetzt sicher, und er wird danach besser gestellt sein als bei mancher kommunalen Wohnungseinrichtung.

(Beifall bei der CSU)

Der andere Punkt, Herr Kollege Wörner: Die Bayerische Verfassung und unser Grundgesetz kenne ich mindestens genauso gut wie Sie. Laut Verfassung ist es nicht die Aufgabe des Freistaates Bayern, Wohnraum zu schaffen.

(Unruhe)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatssekretär, bitte einen Augenblick. - Kolleginnen und Kollegen, ich bin nicht bereit, die Sitzung bei diesem Lärmpegel weitergehen zu lassen. Es muss doch möglich sein, einander zuzuhören. Das gilt für alle Seiten des Hohen Hauses. - Herr Staatssekretär, bitte!

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Laut Verfassung des Freistaates Bayern und des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland ist es nicht Aufgabe des Staates, auch nicht des Freistaates, Wohnungen zu bauen, sondern es ist der Wohnungsbau zu fördern.

Wenn Sie die bayerische Politik ansehen, erkennen Sie, dass wir dies tun. Wir tun das mit unserer Baye-

rischen Landesbodenkreditanstalt - Labo -, die den Wohnungsbau im Freistaat Bayern fördert. Wir tun es durch Mittel im sozialen Wohnungsbau. Ich denke, es ist etwas anderes, Wohnungsbau zu fördern und Privatinvestoren zu ermutigen, als selbst Wohnungen zu besitzen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wir sind doch keine Wohnungseigentümer.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatssekretär, bitte bleiben Sie am Redepult. Die Zahl der Zwischenbemerkungen ist noch nicht ausgeschöpft. Der Kollege Aiwanger hat um das Wort gebeten. Bitte sehr.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Herr Staatssekretär, Sie haben gesagt, es bestehe die Gefahr, dass das Beihilfeverfahren erneut aufgerollt würde, wenn das Verfahren nicht diskriminierungsfrei abgewickelt wird. Sieht sich das Finanzministerium nicht in der Lage, ein diskriminierungsfreies Verfahren vorzubereiten und mit der EU abzustimmen?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Herr Kollege Aiwanger, die EU-Kommission wird genau hinschauen, was wir tun. Dann wird sie prüfen, ob wir gegen wettbewerbsrechtliche Auflagen verstoßen haben. Dieses Risiko haben weder ein Minister Söder noch ich noch eine Bayerische Staatsregierung insgesamt zu verantworten.

(Harald Güller (SPD): Darum wollen wir ja, dass es in der nächsten Legislaturperiode gemacht wird! - Anhaltende Zurufe)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Bitte, Herr Staatssekretär, bleiben Sie weiter am Mikrofon.

(Zurufe von der SPD: Das Mikrofon geht nicht! Bitte Mikrofon!)

Wem ich das Wort erteile, müssen Sie mir überlassen. Kollege Weidenbusch hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet. - Herr Kollege Weidenbusch, bitte sehr!

(Zuruf des Abgeordneten Ludwig Wörner (SPD) - Anhaltende Zurufe)

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Staatssekretär, ich habe Sie so verstanden, dass das aktuell gestartete Verfahren im Frühjahr 2013 abgeschlossen werden

soll. Das bedeutet aus meiner Sicht, dass die Wählerinnen und Wähler im Herbst 2013 die Möglichkeit haben, darüber zu befinden, ob die Staatsregierung dieses Verfahren im Interesse der Mieter ordentlich abgeschlossen hat.

(Zurufe von der SPD)

Teilen Sie meine Meinung, dass der Antrag der Opposition eigentlich nur darauf abzielt, zu verhindern, dass rechtzeitig ein Ergebnis feststeht und dass nur die Ängste geschürt werden sollen?

(Beifall bei der CSU)

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Herr Kollege, exakt! Dem wäre nichts hinzuzufügen.

Liebe Kollegen von der Opposition, ich bitte anzuerkennen, dass die Staatsregierung vor der Landtagswahl, wie es Kollege Weidenbusch ausgeführt hat, den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern klar sagt, wohin die Reise geht.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Studiengebühren, Donauausbau etc., etc.!))

Das heißt, das ist richtig, aber nicht das, was Sie wollen, nämlich das Ganze in die nächste Legislaturperiode zu verschieben. Das ist Wählertäuscherei, sonst nichts.

(Beifall bei der CSU - Anhaltende Zurufe der Abgeordneten Christine Stahl (GRÜNE))

Präsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir haben jetzt zwei namentliche Abstimmungen. Dabei können sich die Gemüter wieder etwas beruhigen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Frau Kollegin, ich denke schon, dass das schneller geht, als ich befürchte.

Wir trennen die Anträge. Ich lasse zunächst namentlich abstimmen über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/13272. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt auf Drucksache 16/14439, den Dringlichkeitsantrag abzulehnen.

Die Urnen stehen bereit. Ich bitte die Stimmkarten einzuwerfen. Die Abstimmung ist eröffnet. Fünf Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 18.05 bis 18.10 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich beende den Wahlgang und bitte die Stimmkarten draußen auszuzählen. Das Ergebnis wird dann bekannt gegeben.

Wir fahren mit der nächsten namentlichen Abstimmung fort. Es steht jetzt zur Abstimmung der Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/12629 an; das ist Nummer 7 der Anlage zur Tagesordnung. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt auf Drucksache 16/14436 wiederum die Ablehnung. Der Wahlgang ist eröffnet. Ich bitte die Stimmkarten einzuwerfen. Jetzt drei Minuten, bitte.

(Namentliche Abstimmung von 18.11 bis 18.14 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich beende den Wahlgang und bitte die Stimmkarten auszuzählen. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung wird dann bekannt gegeben. Ich darf Sie bitten, nochmals die Plätze einzunehmen, da wir mit der Tagesordnung noch nicht zu Ende sind.

(Unruhe)

- Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit wir mit der Tagesordnung fortfahren können.

Ich darf das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu dem Antrag 16/13720 der Abgeordneten Aiwanger und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend Sicherung der Grundschulstandorte bekannt geben: Mit Ja haben gestimmt 62 Abgeordnete, mit Nein haben gestimmt 87 Abgeordnete; es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Ich darf bei dieser Gelegenheit daran erinnern, dass laut Geschäftsordnung Laptops zwar zugelassen sind, aber Handys bitte draußen bleiben sollen.

(Unruhe)

- Ich bitte Sie jetzt wirklich.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf. Offen ist hier noch die Nummer 44 der Anlage zur Tagesordnung, die einzeln beraten werden soll.

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Inge Aures, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

Vollständige Information des Parlaments über die BayernLB - insbesondere das Beihilfeverfahren der EU-Kommission - als Grundlage für die weitere Begleitung der künftigen Entscheidungen über die Landesbank durch den Landtag (Drs. 16/13274)

Ich eröffne die Aussprache. Es wurden fünf Minuten pro Fraktion vereinbart. Ich darf zuerst Frau Kollegin Aures aufrufen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Inge Aures (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Aufregung ist jetzt ein bisschen abgekühlt; dennoch muss man heute noch ein paar Punkte zur Landesbank klarstellen.

Lieber Herr Staatssekretär, ich kann nahtlos an Ihre Ausführungen von soeben anschließen. Sie haben uns, der Opposition, vorgeworfen, wir stellten uns als Anwälte des Mieterschutzes und der Mieter der GBW-Wohnungen dar. Eines möchte ich Ihnen schon an dieser Stelle sagen: Wenn Sie - ich meine nicht Sie persönlich - in der Regierung nicht dieses Drama verursacht hätten - 2008 mussten zehn Milliarden Euro auf den Tisch des Hauses gelegt werden -, stünden wir heute nicht hier und brauchten uns nicht über die Sorgen der Mieter zu unterhalten. Wenn Sie eine gescheite Arbeit gemacht hätten, wäre die Sache erst einmal in Ordnung gewesen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Die EU-Beihilfe war zum Jahresende 2008 beantragt worden. Das Beihilfeverfahren der EU-Kommission gegen die BayernLB lief im Mai 2009 an. Man höre und staune: Erst kürzlich haben wir im Landtag die Unterlagen bekommen, die man dort angeblich eingereicht hat und die jetzt zu Protokoll gegeben sind. Das ist der Grund, warum wir diesen Antrag in das heutige Plenum hochgezogen haben.

Lieber Herr Klein, ich war heute Nachmittag mit dem Kollegen Halbleib beim Tresor im Keller. Wir haben uns angeschaut, was überhaupt alles da ist. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, schauen auch Sie sich das einmal an! Gehen Sie einmal in den Keller! Eigentlich führen wir hier eine Scheindebatte. Ich vermute, keiner von Ihnen - vielleicht bis auf diejenigen, die an der Sitzung des Haushaltsausschusses teilgenommen haben - weiß, was in den Papieren steht. Im Haushaltsausschuss sind wir zunächst in nichtöffentlicher und später in als geheim eingestufte Sitzung darüber aufgeklärt worden sind, was mit der EU diskutiert worden ist.

Sie können heute sagen, zur GBW stehe etwas drin. Man darf gespannt sein. Ich freue mich schon auf die Debatte, wenn diese Papiere einmal öffentlich sind.

Man muss sich auch wundern: Am 25. Juli ist das Beihilfeverfahren faktisch abgeschlossen worden. Bis heute liegt das Ergebnis nicht offiziell vor; es ist nicht veröffentlicht worden, sondern liegt nur im Tresor zur Einsichtnahme vor. Das kann doch wohl nicht sein! Sie verhandeln munter weiter, führen die Opposition hier vor und sagen, in München und Nürnberg müssten die Wohnungen verkauft werden. Aber Sie sind nicht bereit, auf den Tisch des Hauses zu legen, worin Ihre klar definierten Aufgaben bestehen und was Ihnen verboten worden ist. Es wird sich zeigen, dass vieles von dem, was hier kursiert, in dem Papier faktisch überhaupt nicht vorhanden ist. Das muss man hier deutlich machen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Staatssekretär, Sie haben vorhin kritisiert, dass wir uns mit diesen Wohnungen beschäftigen. Das darf ich zurückgeben: Im Landesbankgesetz stand nichts davon, dass Ausflüge auf den Balkan gemacht werden müssen. Man muss sich die Summe noch einmal vor Augen halten: Zehn Milliarden Euro! Herr Stoiber wollte diese Bank auf dem Balkan haben. Er sprach davon, man müsse sich global aufstellen, man müsse in der großen weiten Welt präsent sein, in Shanghai müsse es eine Niederlassung geben.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

All diese Punkte stehen auch nicht im Landesbankgesetz. Da muss man Sie schon einmal wieder zurückholen auf den Boden der Tatsachen.

Vorhin haben Sie auch gesagt, dass die Bank sehr wohl darüber entscheiden kann, was mit der GBW passiert. Eines möchte ich Ihnen schon einmal ins Stammbuch schreiben: Hier im Landtag werden die Entscheidungen getroffen, hier im Landtag wird entschieden, welche Beteiligungen veräußert werden und welche nicht.

(Widerspruch bei der CSU)

Da können Sie nicht so tun, als gäbe es den Landtag praktisch nicht mehr. Das wäre Ihnen vielleicht recht, aber noch gibt es uns und noch mischen wir hier mit.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Ich möchte Ihnen noch in aller Deutlichkeit sagen: Was dieses Geschäftsmodell betrifft, dessen Beschreibung jetzt da unten im Tresor eingesperrt ist

und das Sie sich einfach mal anschauen müssten, um mitreden zu können - aber Sie dürfen ja nicht mitreden, weil es geheim ist, und Sie dürfen es dann hier auch nicht sagen -, bin ich einmal gespannt, wie diese Debatte zu führen ist, wenn keiner eigentlich weiß, was da unten im Tresor ist und wann es einmal veröffentlicht wird.

Angeblich - so hat man uns gesagt - würde man sich mit der EU nicht einig werden über das, was geschwärzt wird, damit es dann endlich veröffentlicht werden kann. Vielleicht kann der Kollege Weidenbusch Näheres dazu sagen, und wir werden dann erfahren, wie die Sache weitergeht.

Im Prinzip geht es darum: Die Öffentlichkeit, die Bürgerinnen und Bürger müssen wissen, wohin die Reise geht, welche Auflagen damit verbunden sind. Dann werden sie im September nächsten Jahres ihr Wählervotum abgeben und dafür sorgen, dass die Leute, die dieses Drama verursacht haben, nicht mehr hier im Bayerischen Landtag sind.

10 Milliarden Euro, pro Tag 1 Million Euro nur an Zinsen - rechnen Sie sich aus, was pro Jahr anfällt: 365 Millionen Euro nur an Zinsen. Es ist schon 1 Milliarde Euro nur an Zinsen praktisch verschwendet worden. Dafür sind nicht wir als Opposition verantwortlich, auch nicht Sie als FDP - da muss ich Sie in Schutz nehmen -, sondern allein die CSU. Das werden wir dann auf den Prüfstand stellen, und dann werden die Wähler schon zu entscheiden wissen.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Weidenbusch, bitte.

Ernst Weidenbusch (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir alle miteinander haben nichts davon, wenn man sich ständig Vorwürfe macht zu Dingen, die überall passiert sind.

(Zuruf von der SPD - Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

- Ich komme dazu noch.

Die Finanzkrise hat die Länder gleichermaßen erwischt, ganz egal, ob in dem jeweiligen Land eine schwarze, eine schwarz-gelbe, eine rote oder eine rot-grüne Regierung war.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Die FREIEN WÄHLER hat die Krise nicht erwischt, weil sie in keinem Land regiert haben; das muss man der Korrektheit halber sagen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Aber beispielsweise - -

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Weidenbusch, lassen Sie sich nicht beirren. Es ist immer schön, wenn der Kollege Dr. Dürr anwesend ist, es ist immer schön, ihn zu hören. Bitte schön, reden Sie weiter!

Ernst Weidenbusch (CSU): Die Regierung in Nordrhein-Westfalen hat mittlerweile 21 Milliarden Euro in die dortige Landesbank einschließen müssen. Das ist nicht lustig. Wir haben 10 Milliarden Euro einbezahlt und haben einen Rückzahlungsplan,

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

demzufolge wir hoffentlich tatsächlich einen Haufen dieser Milliarden wieder kriegen. Aber jeder Cent, der weg ist, ist Steuergeld, und darum ist es schade.

Ich möchte nur darauf hinweisen, dass es nichts nützt, wenn wir uns das gegenseitig dauernd vorwerfen; das Geld ist weg.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Konkret, Frau Aures, kann ich Ihnen zu dem Verfahren nichts sagen, weil ich dieses Verfahren nicht betreue. Ich kann Ihnen aber aus meiner Arbeit als Rechtsanwalt sagen, wie das läuft: Wenn so ein Bescheid ergeht, wird er den Betroffenen zugestellt. Das sind in dem Fall die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Österreich. Wir sind als Freistaat Bayern gar nicht in erster Linie betroffen, weil uns die EU-Kommission, Generaldirektion "Wettbewerb" - GD-Wettbewerb -, gar nicht wahrnimmt. Also bitte ich Sie einmal zur Kenntnis zu nehmen, dass die sowieso nicht mit uns reden können; eigentlich gibt es uns für die gar nicht. Deren Mitgliedsland ist nämlich die Bundesrepublik Deutschland und ihr Verhandlungspartner heißt Wolfgang Schäuble.

Diesen beiden Adressaten wird der Bescheid zugestellt, und die Adressaten haben dann die Möglichkeit, zu der Frage Stellung zu nehmen, welche Teile des Bescheids im Interesse der jeweiligen Mitgliedstaaten der EU zu schwärzen sind, weil sonst Nachteile für diese Mitgliedsländer zu befürchten sind.

Nach meiner Kenntnis ist der Abgleich der Schwärzungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland in Rücksprache mit dem Freistaat Bayern und der EU-Kommission, GD-Wettbewerb, erledigt. Wenn also die EU-Kommission bis heute nichts veröffentlicht hat, dann lässt dies nur den einzig möglichen Schluss zu, dass die Republik Österreich mit der EU-Kommission, GD-Wettbewerb, nach wie vor darüber im Streit liegt, welche Passagen dieses Bescheids noch zu schwärzen sind.

Dies ist für uns umso ärgerlicher, als den Veröffentlichungen in Österreich in großer Breite und in Deutschland der interessierten Fachpresse zu entnehmen ist, dass die Republik Österreich gegen diesen Bescheid teilweise geklagt hat und der Klage im Original den ihr zugestellten Bescheid beigelegt hat, wobei diese Anlage zu der Klage der Republik Österreich gegen diesen Bescheid uns und der Öffentlichkeit nicht zugänglich ist.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Insofern ist es also zutreffend, dass die EU bis heute diesen Bescheid nicht veröffentlicht hat. Sie müssten aber fairerweise einräumen, dass der Freistaat Bayern keinerlei - ich wiederhole: keinerlei - Möglichkeit hat, bei der EU auf den Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Entscheidung auch nur in irgendeiner Weise Einfluss zu nehmen.

Sie können aber selbstverständlich über Ihre EU-Abgeordneten im Europäischen Parlament veranlassen, dass man sich dort bei der Kommission beschwert, wie lange das denn noch dauern soll.

Im Übrigen bitte ich schon darum, im Umgang miteinander nicht durch Fragestellungen und Behauptungen die Situation herbeizuführen, dass die Regierungsfractionen und die Staatsregierung aufgrund von Geheimhaltungsvorschriften die Behauptungen, die aufgestellt werden, nicht entkräften können.

(Zurufe von der SPD: Och, och, och!)

Sie müssen sich in diesem Zusammenhang dann, Herr Halbleib, fragen lassen - ganz einfach: Hatten Sie, Herr Halbleib, die Möglichkeit, vom Geschäftsmodell der BayernLB während der laufenden Verhandlungen Kenntnis zu nehmen? Haben Sie, Herr Halbleib, vom Finanzministerium die Informationen darüber erhalten, welche Ergebnisse bei den Beihilfeverfahren erzielt worden sind, bevor überhaupt ein "handshake" veröffentlicht wurde, und hatten Sie vor der heutigen Sitzung die Möglichkeit, die Originalentscheidung der EU, GD-Wettbewerb, einzusehen? Diese Frage stelle ich Ihnen umgekehrt, wenn Sie immer behaupten, was alles nicht der Fall war.

(Beifall bei der CSU und bei Abgeordneten der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Eine Zwischenbemerkung, Herr Kollege Halbleib? - Ja. Bitte schön.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Kollege Weidenbusch, Sie wissen genau, was Sie sagen, und deswegen muss man noch einmal hier in diesem Hause den Kolleginnen und Kollegen, die mit der Thematik vielleicht nicht so intensiv betraut sind, eines deutlich machen, und das ist auch die Grundlage dieses Dringlichkeitsantrages: Erst auf massiven Druck, nach massivem Vorhalt, nach massiven intensiven Diskussionen im Haushaltsausschuss in nichtöffentlicher und in geheimer Sitzung, erst nach massivem Druck auch mit diesem Antrag haben wir erst seit wenigen Tagen - die Dokumente sind im Safe des Landtages, wo sie aus Sicht der Staatsregierung auch hingehören - ich will mich da eines Kommentars enthalten - überhaupt die Möglichkeit nachzuvollziehen, was in der "handshake-Entscheidung" drinsteht. - Das ist einmal der erste Punkt.

Bis dahin, also bis vor wenigen Tagen, hat die Staatsregierung zwar mit Informationen dazu auch im Entwurf des Doppelhaushalts 2013/2014 operiert, aber sie hat diesem Landtag, der die Haushaltsmittelhoheit in diesem Freistaat hat, nicht die Möglichkeit gegeben, die Grundlagen, auch etwa der Rückzahlungen der Landesbank an den Staatshaushalt, überhaupt in irgendeiner Weise zu überprüfen. Das halten wir für einen Skandal, auch wenn die Staatsregierung diese Möglichkeit nach dem Druck, den wir gemacht haben, jetzt, sozusagen kurz bevor der Antrag hier im Plenum behandelt wird, geschaffen hat. Das war dringend überfällig, aber über zweieinhalb, drei Monate haben wir keine Information dazu bekommen. Das ist Fakt.

Der zweite Punkt ist, dass - das wissen Sie genauso gut wie ich - beim Geschäftsmodell der Landesbank, so wie es der EU-Kommission zur Genehmigung in der korrigierten und überarbeiteten Fassung vorlag, ebenfalls - und Herr Weidenbusch, Sie haben doch selber das Protokoll unterschrieben, in dem die Verhandlungen dazu dokumentiert sind - massiv gedrängt werden musste, damit dieses Geschäftsmodell überhaupt zugänglich und einsichtsfähig war. Auch das ist mittlerweile passiert.

Präsidentin Barbara Stamm: Ihre Zeit für die Zwischenbemerkung ist vorbei.

Volkmar Halbleib (SPD): Dies war aber erst auf massiven Druck und Vorhalt möglich. Sagen Sie diesem Landtag doch die Wahrheit: Erst auf Druck der

Oppositionsfraktionen wurde die Information gewährleistet.

(Beifall bei der SPD)

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Halbleib, ich habe gar kein Protokoll unterschrieben. Das ist eine falsche Tatsachenbehauptung von Ihnen. Ich habe kein Protokoll unterschrieben. Ich bitte Sie bei dem, was Sie sagen, schon bei der Wahrheit zu bleiben.

Ein Weiteres. Sie fordern hier allen Ernstes, dass die Bayerische Staatsregierung in einem Verfahren zwischen der Republik Österreich, der Bundesrepublik Deutschland und der EU-Kommission, in dem abgestimmt wird, welche Teile eines Bescheides veröffentlicht werden dürfen und welche nicht, vorab im Haushaltsausschuss oder in einer sonstigen Kommission den Klartext ohne Schwärzungen veröffentlichen soll. Dazu muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen: Wenn Sie irgendwann einmal für irgendetwas Verantwortung übernehmen wollen und Sie es mit der EU zu tun haben, empfehle ich Ihnen dringend, einen Kurs zu besuchen, in dem Ihnen jemand beibringt, wie man miteinander umgeht, wenn man es mit jemandem zu tun hat, der die Verhältnisse diktieren darf.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie reden davon, wie man miteinander umgeht! Herr Weidenbusch, das ist lächerlich!)

Ich sage Ihnen noch einmal: Sie sind offensichtlich nicht in der Lage, die Formalien einzuhalten,

(Volkmar Halbleib (SPD): Die habe ich gerade eben geschildert!)

die zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union gelten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie reden doch nur groben Unfug! Herr Weidenbusch, Sie wissen doch, dass Sie Unsinn reden! Das stimmt doch gar nicht!)

Sie stellen Forderungen auf, die nicht erfüllbar sind. Herr Halbleib, Sie haben hier gefordert, dass Bayern vorab etwas veröffentlicht,

(Volkmar Halbleib (SPD): Nein!)

wobei aber mit der EU nicht geklärt ist, was veröffentlicht werden darf.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das habe ich nicht behauptet!)

Das ist die sinnlose Forderung eines Menschen, der keine Ahnung hat, wie Verwaltungshandeln funktioniert.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie disqualifizieren sich selbst, menschlich, politisch und sachlich! Das ist ein peinlicher Auftritt von Ihnen!)

Im Gegensatz zu dem, was der Herr Staatssekretär gesagt hat, kann Bayern froh sein, dass Menschen wie Sie bei den Verhandlungen mit der EU nicht dabei waren.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie werden zum Problem für die CSU!)

Sonst hätte uns Gott gnädig sein müssen.

(Beifall bei der CSU)

Gott hätte uns gnädig sein müssen, wenn Menschen verhandelt hätten, die glauben, sie können mit der EU so umgehen wie Sie. Das können Sie vergessen. Das geht nicht.

(Volkmar Halbleib (SPD): Werden Sie nicht anfällig, Herr Weidenbusch! Das kennen wir von Ihnen immer wieder!)

- Ich weiß, dass Sie Tatsachen unglaublich stören; deshalb habe ich Ihnen zu Beginn gesagt: Bleiben Sie bei der Wahrheit.

(Beifall bei der CSU - Volkmar Halbleib (SPD): Ein unsäglicher Auftritt, Herr Kollege! Ein peinlicher Auftritt!)

Präsidentin Barbara Stamm: Die nächste Wortmeldung stammt von Herrn Kollegen Pohl.

(Volkmar Halbleib (SPD): Und so etwas ist Vorsitzender einer Kommission dieses Landtags! Unmöglich! Unsäglich!)

- Herr Kollege Halbleib, jetzt beruhigen wir uns wieder etwas. Herr Kollege Pohl hat das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Herr Kollege Weidenbusch, Herr Staatssekretär! Ich wundere mich schon, mit welchem Selbstbewusstsein die CSU jetzt wieder zum Thema Landesbank spricht. Herr Kollege Weidenbusch, Sie sagen: Gott sei Dank war dieser oder jener bei den Verhandlungen nicht dabei. Dazu kann ich nur sagen: Das kommt aus berufenem Munde; denn Ihre Parteifreunde waren es, die den grandiosen Deal Hypo Alpe Adria und BayernLB ab-gesegnet, wenn nicht gar mitverhandelt haben.

(Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): Hört! hört! - Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Ihnen, Herr Kollege Weidenbusch, kann man wenigstens noch zugutehalten, dass Sie in schweren Zeiten, nämlich in den ersten Jahren dieser Legislaturperiode als Vorsitzender der Landesbankkommission für Ihre Parteifreunde den Kopf hingehalten haben und gemeinsam mit der Kommission konstruktiv versucht haben, mitzuhelfen, den Karren wieder einigermaßen aus dem Dreck zu ziehen.

Etwas verwunderter bin ich schon beim Herrn Staatssekretär. Er hat diese Arbeit seinen Staatsminister Fahrenschon machen lassen, hat in der Fraktion mit den Schultern gezuckt und gesagt: Zur Landesbank kann ich nichts sagen. Er ist komplett abgetaucht. Jetzt, wo wieder Licht am Ende des Tunnels ist, steht der Herr Staatssekretär mit breiter Brust da und will uns erklären, wie man denn die GBW-Wohnungen verkauft, dass uns die böse EU-Kommission Auflagen gemacht hat etc. etc.

Der Antrag, der heute zur Abstimmung steht, befasst sich ja nur mittelbar mit Ihrem Versagen. Er befasst sich mit der Aufklärung dieses Parlamentes. Dazu muss ich schon ganz ehrlich sagen: Ich möchte denjenigen sehen, der die Hand unten lässt, wenn es um Zustimmung zu diesem Antrag geht. Damit würden Sie nämlich dokumentieren, dass Sie es wie die drei Affen halten: nichts sehen, nichts hören, nichts reden. Dann würden Sie es schlichtweg nicht zur Kenntnis nehmen wollen.

Natürlich ist dieser Antrag richtig und wichtig. Wir brauchen uns gar nicht in den Details zu verstricken, ab wann irgendwelche Berichte veröffentlicht werden dürfen. Natürlich darf nur das vorgetragen werden, was öffentlich ist. Aber das, was öffentlich ist, muss auch vorgetragen werden; denn dieses Haus hat einen Anspruch darauf, dass es über die schlimmste Fehlleistung der letzten Legislaturperiode, die uns in dieser Legislaturperiode nach wie vor mit 10 Milliarden Euro belastet, umfassend informiert und aufgeklärt wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Ich sage ganz deutlich: Wir, die Mitglieder der Landesbankkommission, oder die Mitglieder des Haushaltsausschusses, haben ein gewisses Wissen. Wir dürfen das aber nicht einmal den Fraktionen mitteilen, weil es sich um nichtöffentliche oder gar geheime Sitzungen handelt - eine Entscheidung, die wir von Anfang kritisiert haben. Es wäre ohne Weiteres mög-

lich gewesen, nur bei einzelnen Punkten in nichtöffentlicher Sitzung zu tagen. Man hat dies aber aus taktisch-strategischen Gründen gemacht. Darüber brauchen wir jetzt nicht mehr zu diskutieren, das ist Vergangenheit.

Wenigstens jetzt müssen aber die Dinge auf den Tisch, damit alle diejenigen Kolleginnen und Kollegen ein umfassendes Bild bekommen, die weder in der Landesbankkommission noch im Haushaltsausschuss sitzen. Deswegen kann man diesem Antrag nur uneingeschränkt zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Hallitzky. Bitte schön, Herr Kollege.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer die Aufklärung der Milliarden dramen um die BayernLB behindert, schadet der Bank. Wer die intensive Begleitung der Umsetzung des Beihilfeverfahrens behindert, schadet der Bank auch. Die BayernLB braucht nämlich nichts so sehr wie Ruhe, Ruhe, um sich endlich aus dem maßgeblich von der CSU zu verantwortenden Jammertal befreien zu können. Deswegen ist es seit Jahren das Ziel der Opposition, die Aufarbeitung des Zehn-Milliarden-Desasters schnell und vollständig zu betreiben und die zukünftige Konzeption in den entsprechenden Gremien mit großem Ernst zu begleiten, damit die Bank endlich aus den Schlagzeilen kommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Staatsregierung versucht aber genau das Gegenteil. Sie versucht genau das, nämlich eine schnelle und gründliche Aufklärung und Bewertung der zukünftigen Ausrichtung, zu verhindern. Die SPD hat mit ihrem Antrag den Fokus vielleicht nicht auf das zentrale Thema, nämlich auf das Beihilfeverfahren und auf Ernst Weidenbusch dem aus welchen Gründen auch immer vom Vorsatz des Totengräbers der Landesbankkommission zurückgetretenen Vorsitzenden, gelegt. Ich will stattdessen mit zwei anderen Beispielen dokumentieren, wieso es so wichtig ist, dass wir hier weiterkommen, dass Sie Ihre Blockade aufgeben und dass die Desinformation des Parlaments endlich aufhört.

Erstes Beispiel ist die HGAA. Die HGAA, jene von den GRÜNEN - vielleicht war es Zufall; vielleicht waren wir klüger - von Anfang an kritisierte "geniale" Erwerbung des selbsternannten Wirtschaftsfachmanns Stoiber hat die bayerischen Steuerzahler bisher 3,7 Milliarden Euro gekostet. Es könnte noch teurer werden.

Viel spricht dafür, dass die Republik Österreich zu der Rechtsauffassung gelangt, dass weitere Milliarden, die als Darlehen gewährt wurden, nicht als rückzahlbare Kredite zu werten sind, sondern, weil die HGAA in einer Notlage war, als verdecktes Eigenkapital. Dieses darf die HGAA dann nur aus ihren eigenen Gewinnen bedienen. Die HGAA erhält im Moment weitere Milliarden von Österreich; bis sie Gewinne macht, wird es noch ewig dauern.

Im damaligen Untersuchungsausschuss wurden zwar die Zahlungsströme bekannt. Es wurde aber nicht aufgearbeitet, warum dieses Geld insbesondere während des Wahlkampfes und in der Zeit um die Landtagswahl geflossen ist und warum diese Gelder inhaltlich geflossen sind. Die Vermutung, dass die CSU-Staatsregierung zu diesem Zeitpunkt das HGAA-Thema niedrig halten wollte, steht im Raum.

In der Landesbankkommission bekamen wir zwar beispielsweise vom damaligen Finanzminister Beteuerungen zu hören wie: Alles ist absolut wasserdicht. Bis heute haben wir aber nicht eine einzige Unterlage dazu einsehen können, auch nicht in der Landesbankkommission. Aus meiner Sicht stellt sich das so dar, dass weder beim Kauf der notorisch klammen und risikotriefenden HGAA noch bei den ausufernden Finanzspritzen noch bei ihrer Notverstaatlichung anständig gearbeitet wurde und dass das Ausmaß dieses Desasters gegenüber dem Landtag bis heute verschleiert wurde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der zweite Fall ist der Verkauf der Formel-1-Rechte. Es ist bekannt, wie die Formel-1-Rechte zur BayernLB kamen. Leo Kirch hatte sich 2001 die Rechte gesichert. Zur Refinanzierung brauchte er zwei Milliarden DM. Er klopfte bei Stoiber an und fragte, ob etwas geht. Stoiber stand im Vorwahlkampf als Bundeskanzlerkandidat. Der private Medienmogul war ihm da natürlich wichtig. Zahlen musste die BayernLB. Das Risiko trugen die bayerischen Steuerzahler.

Kirch ging tatsächlich kurz danach pleite. Das hatte übrigens auch den Nebeneffekt, dass unmittelbar danach die Kollegen vom Verwaltungsrat kalte Füße bekamen und die Latte für zivilrechtliche Ansprüche von einfacher Fahrlässigkeit auf grobe Fahrlässigkeit erhöhten, was die rechtliche Aufarbeitung dieses Vorgangs heute massiv erschwert. So hatten wir also die Formel-1-Rechte.

Jetzt zum Verkauf. Der Wert der Formel-1-Rechte hing 2005 maßgeblich davon ab, ob die Gefahr einer von Ferrari und Co. geplanten Konkurrenzveranstaltung zur Formel 1 von Ecclestone real war oder nicht.

Zum Zeitpunkt des Verkaufs war sie nicht mehr real. Deshalb war eine Neubewertung der Rechte zu diesem Zeitpunkt zwingend erforderlich. Vorstand und Verwaltungsrat versagten aber gnadenlos. Alle Kontrollmechanismen waren ausgeknipst. Gribkowsky konnte zum massiven Schaden der Bank machen, was er wollte. Die Rechte wurden um mehrere hundert Millionen oder vielleicht sogar eine Milliarde unter Preis verkauft. Sie können dazu meine Pressemitteilungen von vor ein, zwei Jahren lesen.

Das ist also keine Erkenntnis von gestern. In der Kommission haben wir immer versucht, den Sachverhalt aufzuklären. Auf unseren Druck hin wurde schließlich ein Gutachten über den damaligen Wert in Auftrag gegeben. Doch dieses Gutachten haben wir in der Kommission nie zu sehen bekommen. Es wurde uns aber gesagt, dass sich der Verkauf im Rahmen der Bewertung durch das Deloitte-Gutachten gehalten habe. Das wurde uns in der Landesbankkommission so wörtlich gesagt. Und das war falsch.

(Volkmar Halbleib (SPD): Angelogen worden sind wir!)

Tatsache war, dass wir hinters Licht geführt wurden. Wir sind angelogen worden. Tatsächlich steht in dem Gutachten, dass die Rechte je nach Szenario um einige hundert Millionen, vielleicht sogar um eine Milliarde zu billig verkauft wurden.

Das geschah nicht grundlos, denn damit versuchte die CSU die für sie typische Verantwortungslosigkeit zu verschleiern: Sie seien nicht informiert worden, sie seien falsch informiert worden und dadurch hätten sie auch die Verantwortung für diesen Verkauf nicht übernehmen können. Es handelte sich auch da um den Versuch einer Legendenbildung aus reinem Selbstschutzinteresse. Auch dies ist ein veritabler Skandal, der bisher seiner Aufarbeitung harret, weil Sie sie blockieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen auf der rechten Seite des Hauses, egal ob HGAA, Formel-1-Rechte, EU-Beihilfeverfahren oder zukünftiges Konzept der Landesbank, die Versuche der Opposition im Interesse der Zukunft der BayernLB zu einer schnellen Aufklärung des Desasters zu kommen und auch ihre zukünftige Ausrichtung zu begleiten, werden bis heute von Ihnen be- und verhindert.

Kollege Weidenbusch, es war keine weltweite Finanzkrise, um beim Thema Legendenbildung zu bleiben. Nein, bei der HGAA und bei der Formel 1 gab es veritable Eigeninteressen der Staatsregierung, die uns in

dieses Desaster geführt haben, für das wir heute zahlen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Deshalb ist der heutige Antrag der SPD richtig, auch wenn er nur einen Teil und vielleicht nicht einmal den wichtigsten Teil der jahrelangen Blockadehaltung thematisiert. Stimmen Sie ihm zu. Arbeiten Sie mit uns, damit die BayernLB möglichst schnell wieder in ruhiges Fahrwasser kommt. Das braucht sie - darüber haben Sie geklagt - als am Markt agierende Bank dringend. Es ist aber nicht unsere Verantwortung, dass sie in diese Situation gekommen ist, sondern es ist Ihre Verantwortung.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Klein.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Ende der Debatte möchte ich noch einmal zu dem Antrag zurückkommen. Wir haben gemeinsam eine parlamentarische Begleitkommission eingerichtet, die die Sanierung und die Aufräumarbeiten bei der Landesbank begleiten sollte. Wir sind der Meinung, dass diese Kommission auch nötig war und eine gute Arbeit geleistet hat. Gleichwohl sind wir der Meinung, dass diese Kommission nach wie vor ihre Arbeit noch nicht abgeschlossen hat und dass dem Hohen Haus ein Bericht vorgelegt werden soll, sobald es zum Abschluss dieser Arbeiten gekommen ist.

(Volkmar Halbleib (SPD): Beschlossen habt ihr aber etwas anderes!)

Es ist richtig, dass man Informationen anfordert und Informationen anmahnt. Trotzdem habe ich sowohl in der Kommission als auch im Haushaltsausschuss das Gefühl gehabt, dass die Bayerische Staatsregierung sehr wohl bemüht war, beide Gremien möglichst rechtzeitig zu unterrichten.

(Widerspruch der Abgeordneten Maria Noichl (SPD))

- Sie sind doch in keinem der beiden Gremien, Frau Kollegin Noichl. Woher wollen Sie denn das alles wissen?

(Albert Füracker (CSU): Frau Noichl weiß alles! - Ernst Weidenbusch (CSU): Frau Noichl, die Alleswisslerin!)

Das ist wahrscheinlich aber gar nicht so wichtig.

Auf jeden Fall war mein Eindruck, dass die Staatsregierung sehr darum bemüht war, beide Gremien über den aktuellen Sachstand zu informieren. Man muss natürlich auch sagen, dass der Bescheid zum Abschluss des Beihilfeverfahrens veröffentlicht wird, sobald das Beihilfeverfahren abgeschlossen ist. Bis dahin gibt es kein offizielles Dokument, das veröffentlicht werden kann. Es macht auch keinen Sinn, der Öffentlichkeit drei oder vier Entwurfsversionen vorzustellen.

Ich begrüße es ausdrücklich, dass im Safe nun ein Textentwurf liegt, auch wenn ich es erst hier im Plenum erfahren habe. Diesen Entwurf können wir uns dort unter Beachtung der Geheimhaltungsgrundsätze anschauen. Damit haben wir eine weitere Informationsbasis.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das habt ihr uns zu verdanken! Dafür wäre ein Dankeschön angebracht! - Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ihr Wirtschaftsminister ist doch im Verwaltungsrat!)

Ich habe es doch gerade begrüßt.

Ferner will ich noch darauf hinweisen, dass wir das abschließende Dokument noch nicht anschauen können, weil es noch gar nicht existiert. Gleichwohl fordern wir, dass wir über dieses Dokument informiert werden, sobald es existiert.

Daher bin ich der Meinung, dass ein großer Teil des Antrags sich erledigt hat. Zu den anderen Teilen habe ich Stellung genommen. Herr Kollege Hallitzky, Herr Kollege Halbleib, Frau Kollegin Aures, Herr Kollege Pohl, über alle anderen Themen werden wir sicher in der Kommission und im Haushaltsausschuss sprechen. Das ist richtig so.

(Ludwig Wörner (SPD): Im Koalitionsausschuss?)

- Nein, im Haushaltsausschuss. Das ist ein Gremium dieses Landtags, Herr Kollege Wörner. Sie sind schon länger hier als ich. Sie sollten das wissen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Klein, eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Nur eine kleine Nachfrage: Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie die Arbeit der BayernLB-Kontrollkommission nach wie vor für notwendig und richtig erachten? Wir hatten vor der Sommerpause eine Sitzung, bei der schnell ein Empfehlungsbeschluss gefasst werden sollte, ohne dass dieser auf der Tagesordnung stand. Danach sollte die Kommis-

sion auf die Schnelle beerdigt werden. Sehen Sie mit uns die Notwendigkeit, dass die Krisenbewältigung vom Bayerischen Landtag weiter begleitet wird? Können wir uns auf die FDP verlassen, dass diese nicht zustimmen wird, wenn in den nächsten Monaten erneut ein solches Ansinnen an uns herangetragen werden sollte?

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Klein.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrter Herr Kollege Pohl, ich habe es eben ausgeführt. Ich habe Ihnen auch gesagt, dass nach meiner Meinung am Ende der Arbeit ein Abschlussbericht stehen muss. Im Abschlussbericht werden wir bewerten, ob wir die Arbeit für abgeschlossen halten. Die Kommission hat einen Auftrag. Sie tagt nicht endlos.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Legislaturperiode!)

Wenn der Auftrag erfüllt ist, macht es auch Sinn, dass die Kommission ihre Arbeit mit einem Abschlussbericht beendet. Mehr gibt es momentan von unserer Seite aus nicht zu sagen.

Präsidentin Barbara Stamm: Eine weitere Intervention von Herrn Kollegen Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Kollege Klein, Sie wissen, dass die Frage jetzt kommen muss. Wenn das jetzt Ihre Auffassung war, würde ich Sie bitten, dem Landtag zu erklären, wie Ihr Abstimmungsverhalten bei der Frage der Auflösung der Kommission bei der letzten Sitzung der Landesbank-Kommission war. Haben Sie dem zugestimmt oder warum haben Sie nicht zugestimmt?

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Hacker (FDP))

Ich frage jetzt nicht den Herrn Klein persönlich, sondern ich frage nach dem Abstimmungsverhalten der FDP-Fraktion, also der Mitglieder, die in der Landesbank-Kommission vertreten waren. Ich hätte gerne eine Auskunft darauf, was den Meinungswandel von damals auf heute herbeigeführt hat. Vielleicht hat unser Antrag, der schon im Juli eingereicht wurde, ein Stück weit dazu beigetragen.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Klein, bitte.

Karsten Klein (FDP): Herr Kollege Hacker hat schon interveniert. Ich konnte an dieser Sitzung nicht teilnehmen. Deshalb kann ich Ihnen auch über mein Abstimmungsverhalten nichts sagen, weil ich nicht abgestimmt habe. Danach, warum der dort mich

vertretende Kollege zugestimmt hat, müssen Sie ihn selber fragen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Klein ist nicht von Gumpfenberg!)

- Dazu kann ich Ihnen jetzt auch nichts sagen.

Gleichwohl bin ich der Meinung, dass die Kommission ihre Arbeit noch nicht abgeschlossen hat und deshalb auch nicht zu beenden ist.

(Volkmar Halbleib (SPD): Dann war der Beschluss ein Fehler!)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Zwischenbemerkung: Kollege Weidenbusch.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Klein, ist Ihnen aus dem E-Mail-Verkehr bekannt, dass vonseiten der SPD-Fraktion trotz mehrfacher Aufforderung, insbesondere vom 29. September 2012 und vom 11. Oktober 2012, bis heute kein einziger Vorschlag zur Tagesordnung der Landesbankkommission eingegangen ist?

(Volkmar Halbleib (SPD): Für die Kommission, die Sie auflösen wollen, sollen wir Vorschläge machen!)

- Herr Güller, nachdem Sie keine Vorschläge für Tagesordnungspunkte gemacht haben, - -

(Harald Güller (SPD): Die Kommission, die Sie gegen die Geschäftsordnung des Bayerischen Landtags auflösen wollten!)

Präsidentin Barbara Stamm: Wir haben die Geschäftsordnung noch nicht dahin gehend geändert, dass Zwischenbemerkungen zu Zwischenunterhaltungen oder Diskussionen führen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das hat sich angeboten! - Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD) - Ernst Weidenbusch (CSU): Von Ihrer Seite ist so etwas ein Lob, Herr Güller!)

Herr Kollege Klein ist jetzt für Sie da, und er wird antworten oder auch nicht. Herr Kollege Klein, bitte.

Karsten Klein (FDP): Frau Präsidentin, Herr Kollege Weidenbusch! Ich kenne den E-Mail-Verkehr, und ich denke, der Weg, den Sie beschritten haben, ist der richtige, indem Sie entscheiden, dass die Kommission nicht beendet ist und wir die Arbeit fortsetzen werden. Es wäre gut, wenn wir die Terminfindung abschließen würden. Das würde ich sehr begrüßen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Da muss sich die CSU intern etwas überlegen!)

Wir werden im Interesse der Begleitung und zugunsten des Auftrags der Kommission die Arbeit fortsetzen.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Hallitzky, bitte.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Die Zwischenbemerkung des Kollegen Weidenbusch hat mich etwas irritiert. Deshalb frage ich Herrn Klein, ob er üblicherweise weiß, was auf der Tagesordnung steht, bevor es die anderen Mitglieder der Kommission wissen. Ich weiß zwar, dass ich Vorschläge gemacht habe, aber ich weiß nicht, ob auch andere Vorschläge eingegangen sind.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Nein!)

Deswegen fand ich die Frage an Sie etwas überraschend, ob Sie wüssten, welche Vorschläge die SPD gemacht hat. Das lässt in mir die Vermutung keimen, dass es in dieser Kommission Gleiche und noch Gleichere gibt.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN - Unruhe)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Klein, bitte.

Karsten Klein (FDP): Herr Kollege Hallitzky, mir geht die Tagesordnung genauso zu wie Ihnen. Die Tagesordnung wird, wie das hier im Hause normale Gangart ist, durch den Vorsitzenden erstellt und den Mitgliedern zugeschickt. Entsprechend erhalte auch ich sie.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Deshalb kenne ich die Tagesordnungspunkte nicht, welche die SPD nicht vorgeschlagen hat.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich bin überrascht davon, wie hier Zwischenbemerkungen geübt werden. - Herr Staatssekretär Pschierer, bitte.

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Gestatten Sie mir kurz einige Anmerkungen zu zwei Vorrednern. Kollegin Aures, wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie die Frage nach einer Alternative zur Eigenkapitalhilfe von zehn Milliarden

Euro gestellt, welche die Staatsregierung damals beschlossen hat.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Die Frage wurde nicht gestellt, die hätten Sie wohl gern gehört!)

Frau Aures, wenn wir damals nicht gehandelt hätten, hätte das zwei Auswirkungen gehabt. Das hätte massive Auswirkungen auf die bayerische Wirtschaft gehabt, und es hätte die Gefahr gedroht, was die Gewährträgerhaftung betrifft, dass uns ein dreistelliger Milliardenbetrag auf die Füße gefallen wäre.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Was Sie zu verantworten gehabt hätten!)

Zu dieser Entscheidung damals gab es also keine Alternative.

Meine zweite Anmerkung gilt Herrn Kollegen Hallitzky. Ein Untersuchungsausschuss hat sich mit dem Thema Hypo Group Alpe Adria beschäftigt, dem alle Unterlagen zur Verfügung gestellt worden sind. Sie haben noch etwas hinsichtlich der drei Milliarden angedeutet. Es war und ist im Intra-Group-Funding durchaus üblich, dass die Mutter, in diesem Fall die BayernLB, der Tochter, in diesem Fall der Hypo Group Alpe Adria, Liquidität zur Verfügung stellt.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Bei dem Rating, Herr Staatssekretär!)

Sowohl Minister Söder als auch die Staatsregierung haben immer klar ihre Rechtsauffassung deutlich gemacht, dass es sich in diesem Fall zweifelsfrei um Darlehen und nicht um eigenkapitalersetzende Maßnahmen gehandelt hat.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das hat man doch nicht im Griff!)

Ich nenne einen zweiten Punkt, über den wir uns alle freuen sollten, Herr Kollege Pohl, auch Sie, selbst wenn es Ihnen schwerfällt. Wir sollten uns darüber freuen, dass die EU-Kommission nach intensiver Prüfung die Lebensfähigkeit der BayernLB bestätigt hat. Das ist eine gute Nachricht für das Hohe Haus und auch für die bayerische Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger im Freistaat Bayern.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatssekretär, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Pohl zu?

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Nein, im Moment nicht. - Ich spreche noch eine Sache an, die genauso wichtig und nicht einfach zu bewerkstelligen ist. Sie wissen selbst, dass das

Geschäftsmodell und die Umstrukturierung, die uns die EU vorgibt, eine drastische Verkleinerung der BayernLB bedeutet. Wir gehen von einer Bilanzsumme in der Größenordnung von 420 Milliarden aus. Die Zielbilanzsumme im Jahr 2015 wird etwa 240 Milliarden Euro betragen. Das kann nur durch Beteiligungsverkäufe, Begrenzung der Geschäftsaktivitäten und eine Fokussierung auf das Deutschlandgeschäft erreicht werden. Man kann sich zwar darüber freuen, wenn die BayernLB Auslandsniederlassungen in Shanghai, Mumbai, Tokio, Kiew und in anderen Städten schließt, aber die bayerische Wirtschaft war immer exportorientiert. Meine Damen und Herren, daher waren die Schließungen gar nicht so einfach und haben künftig vielleicht negative Auswirkungen auf die bayerische Wirtschaft. Die BayernLB hat den exportorientierten und den inhabergeführten Mittelstand im Freistaat Bayern auf den Märkten in Asien und Osteuropa erfolgreich begleitet. Wir hätten dieses Wirtschaftswachstum nie ohne die Politik auch der BayernLB gehabt. Auch das soll an dieser Stelle deutlich gesagt werden, meine Damen und Herren.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Ein Schmarrn, ein richtiger Schmarrn!)

Mein eigentlicher Vorwurf, Herr Kollege Hallitzky und Frau Kollegin Aures, betrifft die Information des Bayerischen Landtags. Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit: Ihre Vorwürfe entbehren jeder Grundlage. Es gibt Spielregeln, an die wir uns zu halten haben.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das sagt der Richtige!)

Die Spielregeln werden, so schmerzhaft es auch sein mag, nicht hier in diesem Hohen Haus definiert, sondern von der EU-Kommission vorgegeben.

Was die Informationspflicht angeht, Herr Kollege Halbleib: Am 5. Juli hat unser Staatsminister in der Haushaltsausschusssitzung berichtet, und zwar noch vor dem Handshake mit Kommissar Almunia. Am 12. Juli, wenige Tage später, hat unser Ministerialdirektor Lazik in der 33. Sitzung der LB-Kommission ausführlich über das Beihilfeverfahren informiert. Im Schreiben an den Haushaltsausschussvorsitzenden mit Datum vom 16. Juli wurden alle Informationen schriftlich nachgereicht

(Volkmar Halbleib (SPD): Die ich angefordert habe!)

mit der Bitte, sie an die Ausschussmitglieder weiterzugeben. Die Berichte, die Sie bekommen haben, enthielten sämtliche Eckpunkte über die Einigung mit der EU-Kommission, die auch dem bayerischen Kabinett vorlagen - nicht mehr, aber auch nicht weniger. Zu-

letzt hat Ministerialdirektor Lazik zusammen mit VV Häusler vor wenigen Tagen im Haushaltsausschuss nochmals Rede und Antwort in Sachen EU-Beihilfeverfahren gestanden. Ich sage aber auch: Die Entscheidung der EU-Kommission ist immer noch nicht veröffentlicht. Diese Entscheidung enthält bedeutsame Geschäftsinterna für die Wettbewerbsfähigkeit der BayernLB, die von der Offenlegung ausgeschlossen sind. Daher kann nur eine geschwärzte Version veröffentlicht werden.

Herr Kollege Hallitzky, an dieser Stelle möchte ich mich bei Ihnen ausdrücklich für die Aussage bedanken - das geschieht nicht oft, aber heute geschieht es -, dass diese Bank wieder einmal ein wenig Ruhe braucht. Diese Bank braucht Ruhe, um das neue Geschäftsmodell zu realisieren und auszuführen. Deshalb sage ich Ihnen ein Dankeschön dafür, dass Sie das in dieser Ihrer Funktion angedeutet haben.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Was die notwendigen Schwärzungen angeht, meine Damen und Herren: Es ist doch keine Willkür, wenn im Bericht Aussagen geschwärzt sind. Diese Schwärzungen dienen dem Schutz der Bank und der Wahrung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen. Das Finanzministerium hat mehrmals in Brüssel nachgefragt und um baldige Mitteilung bezüglich der Schwärzungen gebeten. Bislang haben wir allerdings von der EU noch keine Entscheidung über die gewünschten Schwärzungen erhalten. Dem Landtag wird sehr zeitnah die Beihilfeentscheidung offiziell zugeleitet werden, sobald die EU-Kommission sie zur Veröffentlichung freigegeben hat. Unabhängig davon hat der Ministerialdirektor unseres Hauses in der Sitzung des Haushaltsausschusses am 23. Oktober zugesagt, dass eine ungeschwärzte Version der Entscheidung dem geheimen Protokoll der Sitzung des Haushaltsausschusses angefügt wird. Diese Zusage wurde eingelöst. Der Entscheidungstext wurde dem Landtagsamt - der zuständige Mitarbeiter unseres Hauses ist heute im Plenum - am 25. Oktober übergeben und ist seitdem einsehbar. Einige von Ihnen haben schon Einsicht genommen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das hat er zweimal gesagt!)

Sie sehen: Vonseiten der Staatsregierung gab es nichts zu verheimlichen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Der Antrag ist von Mitte Juli!)

Deshalb darf ich abschließend Ihren Vorwurf noch einmal zurückweisen und darum bitten, diesen Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatssekretär, eine Zwischenbemerkung. Herr Kollege Pohl, bitte.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Staatssekretär Pschierer, Sie haben völlig recht, wenn Sie sagen, dass der Landesbankkontrollkommission und ebenso dem Haushaltsausschuss ein Bericht gegeben wurde. Es gibt aber Kollegen, die beiden Gremien nicht angehören. Können Sie sich vorstellen, dass zum Beispiel Herr Kollege Erwin Huber, der beiden Gremien nicht angehört, ein Interesse daran hat, wie das EU-Beihilfeverfahren zugunsten oder zulasten der Landesbank und der Sparkassen ausgegangen ist?

(Unruhe bei der CSU)

Sie sind kein Jurist, Herr Kollege, aber wenn Sie sich auf juristisches Glatteis wagen, dann muss ich Sie schon fragen, ob Sie ernstlich der Meinung sind, dass es der Disposition der Parteien überlassen ist, ob Darlehen eigenkapitalersetzend oder nicht eigenkapitalersetzend sind.

Staatssekretär Franz Josef Pschierer (Finanzministerium): Herr Kollege, die Ausbildung zum Juristen per se ist noch kein Qualitätsnachweis. Das darf ich erst einmal zurückweisen.

(Beifall bei der CSU und der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Was das Vorstellungsvermögen und die Vorstellungen des geschätzten Kollegen Erwin Huber angeht, so haben Sie die Möglichkeit, ihn selbst zu befragen oder ihn nach der Plenarsitzung zu befragen.

(Harald Güller (SPD): Der hat schon kein Interesse an den Verwaltungsratsitzungen gehabt, warum soll er jetzt Interesse haben?)

Was den letzten Punkt angeht, so habe ich deutlich gemacht: Unsere Auffassung ist eindeutig, was die drei Milliarden angeht, die jetzt noch ausstehen. Es wurden Zinsen bezahlt, es wurden die Darlehen bedient, das sind für uns klare Indizien, dass es sich um Darlehen und nicht um Eigenkapital handelte.

Frau Kollegin Aures, ich habe eines verwechselt, ich bitte um Nachsicht. Sie hatten vorhin auch das Landesbankgesetz zitiert. Sie wollten wissen, ob das alles gedeckt gewesen sei. Im Landesbankgesetz steht in

Artikel 2, dass diese Bank auch Bankgeschäfte aller Art tätigen durfte. Das heißt, der Vorwurf, die Bank habe etwas getan, was sie per Gesetz nicht hätte tun dürfen, ist nicht zielführend.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags. Wer entgegen der Beschlussfassung dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der FREIEN WÄHLER, die SPD-Fraktion, die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Frau Kollegin Dr. Pauli. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. - Das sind die CSU- und die FDP-Fraktion. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt. Damit ist auch Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Ich darf nun noch die Ergebnisse der durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekanntgeben, einmal zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Druck-

sache 16/13272 "Kein GBW-Verkauf vor der Landtagswahl". Mit Ja haben gestimmt 61 Abgeordnete, mit Nein haben gestimmt 84. Stimmenthaltungen gab es zwei. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Dann der Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/12629 "Wohnungsentwicklungspolitisch und sozialverträglich bestes Konzept bei der Vergabe des GBW-Wohnungsbestandes berücksichtigen". Mit Ja haben gestimmt 62, mit Nein haben 85 Abgeordnete gestimmt. Es gab zwei Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Damit schließe ich die Sitzung und wünsche einen guten Abend beziehungsweise weitere gute Veranstaltungen.

(Schluss: 19.03 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Sollstärkenberechnung für die Bayerische Polizei
 Drs. 16/9404, 16/13869 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Bürgerschaftliches Engagement als Erziehungsziel in den Lehrplan aufnehmen
 Drs. 16/9977, 16/14441 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Inbetriebnahme der „Talent 2“-Züge für die S-Bahn Nürnberg
 Drs. 16/10457, 16/14156 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Empfehlungen der Kommission zum zweiten Bayerischen Sozialbericht umsetzen!
I – Chancen des demografischen Wandels nutzen – Soziale Dienstleistungen ausbauen
Drs. 16/12338, 16/14167 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Empfehlungen der Kommission zum zweiten Bayerischen Sozialbericht umsetzen!
VI – Atypische Beschäftigungsverhältnisse zurückdrängen und regulieren
Drs. 16/12343, 16/14169 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Isabell Zacharias, Angelika Weikert u.a. SPD
Ausweichquartier für die Oper: Dauerhafte Lösung für Nürnberg
Drs. 16/12440, 16/14211 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wohnungsentwicklungspolitisch und sozialverträglich bestes Konzept bei der Vergabe des GBW-Wohnungsbestandes berücksichtigen
Drs. 16/12629, 16/14436 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

8. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Weiterentwicklung der Ganztagsbeschulung 1
Ganztagsangebote flexibel mit dem tatsächlichen Bedarf abgleichen!
Drs. 16/12754, 16/14188 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Weiterentwicklung der Ganztagsbeschulung 2
Lehrerstunden dem tatsächlichen Bedarf anpassen!
Drs. 16/12755, 16/14189 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Weiterentwicklung der Ganztagsbeschulung 3
Finanzielle Ausstattung verbessern!
Drs. 16/12756, 16/14190 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Weiterentwicklung der Ganztagsbeschulung 4
Befristete Arbeitsverträge in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse umwandeln!
Drs. 16/12757, 16/14191 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Weiterentwicklung der Ganztagsbeschulung 5
Schulbauverordnung den veränderten pädagogischen Gegebenheiten anpassen!
Drs. 16/12758, 16/14192 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Weiterentwicklung der Ganztagsbeschulung 6
Verbot der Klassenmehrung aufheben!
Drs. 16/12759, 16/14193 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Weiterentwicklung der Ganztagsbeschulung 7
Zusätzliche Anrechnungsstunden für Lehrkräfte in Ganztagsklassen einführen!
Drs. 16/12760, 16/14194 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Martin Güll, Karin Pranghofer u.a.
SPD
Guter Ganztag an Schulen (1):
Erhöhung der zusätzlichen Lehrerwochenstunden an Grundschulen
Drs. 16/12798, 16/14195 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Martin Güll, Karin Pranghofer u.a.
SPD
Guter Ganztag an Schulen (2):
Ganztagsklassen unabhängig von Klassenmehrung zulassen
Drs. 16/12799, 16/14196 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Martin Güll, Karin Pranghofer u.a.
 SPD
 Guter Ganztag an Schulen (3):
 Sonderfinanzierungskonzept für den Ausbau von Ganztagschulen
 Drs. 16/12800, 16/14197 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge,
 Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Computerspielsucht und problematische Internetnutzung
 Drs. 16/12819, 16/14259 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge,
 Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Keine Neuzulassungen von Gentechpflanzen
 Drs. 16/12858, 16/13918 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
 Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Grüne Gentechnik
 Drs. 16/12887, 16/14260 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Dr. Otto Bertermann, Dr. Annette Bulfon, Thomas Dechant u.a. und Fraktion (FDP), Georg Eisenreich, Oliver Jörg, Eduard Nöth u.a. CSU
Stärkung der MINT-Studienabschlüsse in Bayern
Drs. 16/12927, 16/14212 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Karsten Klein, Prof. Dr. Georg Barfuß, Thomas Dechant u.a. und Fraktion (FDP), Erwin Huber, Dr. Otmar Bernhard, Klaus Dieter Breitschwert u.a. CSU
Umsetzung von Basel III mittelstandsfreundlich gestalten
Drs. 16/12935, 16/14250 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Karsten Klein, Dietrich Freiherr von Gumpenberg, Prof. Dr. Georg Barfuß u.a. und Fraktion (FDP), Erwin Huber, Dr. Otmar Bernhard, Klaus Dieter Breitschwert u.a. CSU
Bundesmittel für den Breitbandausbau in ganz Bayern
Drs. 16/12936, 16/14158 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Thomas Dechant, Dr. Otto Bertermann, Tobias Thalhammer u.a. und Fraktion (FDP)
ESBL-Bakterien in Schweinefleisch und anderen Fleischarten zur Lebensmittelverwendung
Drs. 16/12947, 16/13919 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Präventionsarbeit der bayerischen Fanprojekte
Drs. 16/12948, 16/14198 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Präventionsarbeit im bayerischen Amateurfußball
Drs. 16/12949, 16/14199 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger CSU
Behandlungsmöglichkeiten bei Onlinesucht
Drs. 16/12975, 16/13920 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Reinhold Perlak, Adelheid Rupp u.a. SPD
Bericht zur Tourismusförderung in Bayern durch den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) der Europäischen Kommission
Drs. 16/12982, 16/14159 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Johannes Hintersberger, Alexander König, Markus Blume u.a. CSU, Tobias Thalhammer, Dr. Otto Bertermann, Dietrich Freiherr von Gumpenberg u.a. und Fraktion (FDP)
Vorhandene Kompetenzen und Potenziale im Bereich des unbemannten Fliegens weiter ausbauen!
Drs. 16/12985, 16/14454 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger CSU, Dr. Andreas Fischer, Dr. Otto Bertermann, Tobias Thalhammer u.a. und Fraktion (FDP)
Bußgeldbewehrte Datenschutzverstöße
Drs. 16/12987, 16/14171 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Tobias Thalhammer, Dr. Andreas Fischer, Karsten Klein u.a. und Fraktion (FDP)
Intelligentes Strommanagement: Industrie am Lastenmanagement freiwillig beteiligen
Drs. 16/12996, 16/14157 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Dr. Otto Bertermann u.a. und Fraktion (FDP), Georg Schmid, Alexander König, Johannes Hintersberger u.a. und Fraktion (CSU)
Bundeswehr in der Mitte der Gesellschaft
Drs. 16/13055, 16/14172 (ENTH)

**Antrag der SPD-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Christa Steiger, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Die Empfehlungen der Kommission zum zweiten Sozialbericht dürfen nicht länger ignoriert werden!
Drs. 16/13059, 16/14170 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Dritte Startbahn, Bürgerbegehren akzeptieren und Mittel für notwendige Infrastruktur verwenden
Drs. 16/13070, 16/14438 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Maria Noichl, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)
Konsequenzen aus dem Gutachten „Verkehrsunfälle durch überhöhten Wildbestand“ ziehen
Drs. 16/13077, 16/13922 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Bernhard Roos, Markus Rinderspacher SPD
Ausreichende personelle Ausstattung der Schleierfahndung – verstärkte Bekämpfung von Crystal Speed
Drs. 16/13084, 16/14175 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Reinhold Perlak, Adelheid Rupp u.a. SPD
Beziehungen Bayerns zu den Balkanländern Kroatien, Serbien und Bosnien-
Herzegowina
Drs. 16/13085, 16/14446 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge,
Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Transparenz im FAG
Drs. 16/13089, 16/13949 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

39. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge,
Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zu der geplanten Kompensationsverordnung gemäß § 15 BNatSchG
Drs. 16/13091, 16/13921 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

40. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Raumsituation Kriminalfachdezernat 2 in München; Nutzung der ehemaligen Räume
des Statistischen Landesamts München, Neuhauser Straße
Drs. 16/13094, 16/14174 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

41. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Reinhold Perlak, Adelheid Rupp u.a. SPD
Rechtsstaatlichkeit als Kriterium für Donaustrategie-Kooperation mit Rumänien
und Ungarn
Drs. 16/13143, 16/14471 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

42. Antrag der Abgeordneten Florian Ritter, Helga Schmitt-Bussinger,
Franz Schindler u.a. SPD
Bericht der Staatsregierung über Verbotsbemühungen des Freien Netzes Süd (FNS)
Drs. 16/13249, 16/14071 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

43. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Karl Freller,
Gudrun Brendel-Fischer u.a. und Fraktion (CSU),
Thomas Hacker, Dr. Otto Bertermann, Brigitte Meyer u.a. und Fraktion (FDP)
Flächendeckende Versorgung mit Hebammenhilfe sichern
Drs. 16/13271, 16/14261 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

**Die Fraktion FREIE WÄHLER hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ der
Abstimmung zugrunde zu legen.**

44. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Inge Aures,
Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Vollständige Information des Parlaments über die BayernLB – insbesondere das
Beihilfeverfahren der EU-Kommission – als Grundlage für die weitere Begleitung
der künftigen Entscheidungen über die Landesbank durch den Landtag
Drs. 16/13274, 16/14440 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

45. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Entbürokratisierung für das Handwerk endlich verwirklichen
Drs. 16/13275, 16/14455 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

46. Antrag der Abgeordneten Hans Joachim Werner, Dr. Christoph Rabenstein, Helga Schmitt-Bussinger u.a. SPD
Wiedereinführung des bundeseinheitlichen Presseausweises mit Autorisierungsvermerk der Innenministerkonferenz
Drs. 16/13279, 16/14369 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

47. Antrag der Abgeordneten Markus Blume, Erwin Huber, Dr. Otmar Bernhard u.a. CSU, Tobias Thalhammer, Dr. Otto Bertermann, Jörg Rohde und Fraktion (FDP)
Unterstützung für neue Gashochdruckleitung Burghausen – Finsing – Amerdingen
Drs. 16/13280, 16/14457 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

48. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sanierung und vorübergehende Schließung der Pinakothek der Moderne
Drs. 16/13298, 16/14213 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

49. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg u.a. CSU, Dr. Andreas Fischer, Brigitte Meyer, Tobias Thalhammer u.a. und Fraktion (FDP)
Berücksichtigung aller Ausbildungsabschnitte im Rahmen der Eingliederungshilfe
Drs. 16/13422, 16/14214 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

50. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Rechts- und Justizstandort Bayern attraktiver gestalten
Drs. 16/13424, 16/14370 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

51. Antrag der Abgeordneten Reinhold Bocklet, Eberhard Rotter, Josef Miller CSU, Karsten Klein, Dietrich Freiherr von Gumpenberg, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Bahn-Strecke München - Lindau rechtzeitig auf Elektrifizierung vorbereiten
Drs. 16/13426, 16/14464 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

52. Antrag der Abgeordneten Karin Pranghofer, Annette Karl, Martin Güll u.a. SPD
„Kurze Beine, kurze Wege“ Demografiezuschlag nicht nur für rechtlich selbständige Grundschulen!
Drs. 16/13484, 16/14443 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

53. Antrag der Abgeordneten Sabine Dittmar, Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD
Berichtsantrag zu den Bayerischen Transplantationszentren
Drs. 16/13639, 16/14263 (E) [x]

**Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 GeschO:
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

54. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gewalt gegen Polizeibeamte – Was hat die Strafschärfung gebracht?
Drs. 16/13722, 16/14087 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

55. Antrag der Abgeordneten Georg Eisenreich u.a. CSU,
Thomas Hacker, Renate Will, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Ferienangebot der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung
in Dillingen stärken
Drs. 16/13738, 16/14445 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

56. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Annette Karl, Horst Arnold u.a. SPD
Der deutsche Schweinemarkt – marktkonformes Preismodell oder Willkür?
Drs. 16/13247, 16/14252

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

der den Antrag für erledigt erklärt hat

57. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verteilung der regionalen Wirtschaftsfördermittel
Drs. 16/12889, 16/14160 (A) [X]

**Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen**

der den Antrag für erledigt erklärt hat

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.11.2012 zu Tagesordnungspunkt 4: Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Florian Ritter u. a. SPD; Rehabilitation der nach 1945 in beiden deutschen Staaten wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen Verurteilten (Drucksache 16/12680)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X			Görlitz Erika		X	
Aiwanger Hubert		X		Dr. Goppel Thomas		X	
Arnold Horst	X			Gote Ulrike	X		
Aures Inge	X			Gottstein Eva			
Bachhuber Martin		X		Güll Martin			
Prof. Dr. Barfuß Georg		X		Güller Harald	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Freiherr von Gumppenberg Dietrich			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Guttenberger Petra		X	
Bause Margarete	X			Hacker Thomas		X	
Dr. Beckstein Günther				Haderthauer Christine			
Dr. Bernhard Otmar		X		Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bertermann Otto		X		Hallitzky Eike	X		
Dr. Beyer Thomas				Hanisch Joachim		X	
Biechl Annemarie		X		Hartmann Ludwig	X		
Biedefeld Susann	X			Heckner Ingrid		X	
Blume Markus		X		Heike Jürgen W.		X	
Bocklet Reinhold		X		Herold Hans		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herrmann Joachim		X	
Brunner Helmut		X		Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Bulfon Annette		X		Hessel Katja			
Dechant Thomas		X		Dr. Heubisch Wolfgang			
Dettenhöfer Petra		X		Hintersberger Johannes		X	
Dittmar Sabine	X			Huber Erwin			
Dodell Renate		X		Dr. Huber Marcel		X	
Donhauser Heinz		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Dorow Alex		X		Huml Melanie		X	
Dr. Dürr Sepp	X			Imhof Hermann		X	
Eck Gerhard				Jörg Oliver		X	
Eckstein Kurt		X		Jung Claudia		X	
Eisenreich Georg		X		Kamm Christine	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X		Karl Annette	X		
Felbinger Günther		X		Kiesel Robert		X	
Dr. Fischer Andreas		X		Klein Karsten			
Dr. Förster Linus	X			Kobler Konrad		X	
Franke Anne	X			König Alexander		X	
Freller Karl		X		Kohnen Natascha	X		
Füracker Albert		X		Kränzle Bernd		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul				Kreuzer Thomas		X	
Gehring Thomas	X			Ländner Manfred		X	
Glauber Thorsten		X		Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Goderbauer Gertraud		X		Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas		X	
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter			
Miller Josef		X	
Müller Ulrike		X	
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander		X	
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria			
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele	X		
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pointner Mannfred			
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus		X	
Reiß Tobias		X	
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian	X		
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus			
Strehle Max		X	
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul			
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta		X	
Wild Margit			
Will Renate		X	
Winter Georg			
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin		X	
Zeitler Otto		X	
Zellmeier Josef			
Dr. Zimmermann Thomas			
Gesamtsumme	48	102	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.11.2012 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar u. a. und Fraktion SPD; Beitritt des Freistaats Bayern zum Netzwerk gentechnikfreier Regionen in Europa (Drucksache 16/12788)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X			Görlitz Erika		X	
Aiwanger Hubert	X			Dr. Goppel Thomas		X	
Arnold Horst	X			Gote Ulrike	X		
Aures Inge	X			Gottstein Eva			
Bachhuber Martin		X		Güll Martin	X		
Prof. Dr. Barfuß Georg		X		Güller Harald	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Freiherr von Gumppenberg Dietrich		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Guttenberger Petra		X	
Bause Margarete	X			Hacker Thomas		X	
Dr. Beckstein Günther				Haderthauer Christine			
Dr. Bernhard Otmar		X		Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bertermann Otto		X		Hallitzky Eike	X		
Dr. Beyer Thomas				Hanisch Joachim	X		
Biechl Annemarie		X		Hartmann Ludwig	X		
Biedefeld Susann	X			Heckner Ingrid		X	
Blume Markus		X		Heike Jürgen W.		X	
Bocklet Reinhold		X		Herold Hans		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herrmann Joachim		X	
Brunner Helmut		X		Dr. Herz Leopold	X		
Dr. Bulfon Annette		X		Hessel Katja			
Dechant Thomas	X			Dr. Heubisch Wolfgang			
Dettenhöfer Petra		X		Hintersberger Johannes		X	
Dittmar Sabine	X			Huber Erwin		X	
Dodell Renate		X		Dr. Huber Marcel		X	
Donhauser Heinz		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Dorow Alex		X		Huml Melanie		X	
Dr. Dürr Sepp	X			Imhof Hermann		X	
Eck Gerhard				Jörg Oliver		X	
Eckstein Kurt		X		Jung Claudia	X		
Eisenreich Georg		X		Kamm Christine	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen	X			Karl Annette	X		
Felbinger Günther	X			Kiesel Robert		X	
Dr. Fischer Andreas		X		Klein Karsten		X	
Dr. Förster Linus	X			Kobler Konrad		X	
Franke Anne	X			König Alexander		X	
Freller Karl		X		Kohnen Natascha	X		
Füracker Albert		X		Kränzle Bernd		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul				Kreuzer Thomas		X	
Gehring Thomas	X			Ländner Manfred		X	
Glauber Thorsten	X			Freiherr von Lerchenfeld Ludwig			
Goderbauer Gertraud		X		Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas		X	
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter			
Miller Josef		X	
Müller Ulrike			
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria			
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele	X		
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred			
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian	X		
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz			
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone			
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul			
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg			
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin		X	
Zeitler Otto		X	
Zellmeier Josef			
Dr. Zimmermann Thomas			
Gesamtsumme	65	89	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.11.2012 zu Tagesordnungspunkt 7: Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Sicherung von Grundschulstandorten (Drucksache 16/13720)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas			
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette			
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dorow Alex		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg			
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika		X	
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Freiherr von Gumppenberg Dietrich		X	
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas			
Ländner Manfred		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig			
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas			
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike			
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria			
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele			X
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred			
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian	X		
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika			
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul			
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg			
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin		X	
Zeitler Otto		X	
Zelmeier Josef			
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	62	87	1

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.11.2012 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harald Güller, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion SPD; Kein GBW-Verkauf vor der Landtagswahl (Drucksache 16/13272)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas			
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		X	
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dorow Alex		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg			
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther			
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika		X	
Dr. Goppel Thomas			
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Freiherr von Gumppenberg Dietrich		X	
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig			
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas			
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike			
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele	X		
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			X
Pointner Mannfred			
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian	X		
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg			
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schöffel Martin			
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim			X
Dr. Vetter Karl			
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika			
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul			
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg			
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin		X	
Zeitler Otto		X	
Zelmeier Josef			
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	61	84	2

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.11.2012 zu Tagesordnungspunkt 3 Nr. 7: Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Wohnungsentwicklungspolitisch und sozialverträglich bestes Konzept bei der Vergabe des GBW-Wohnungsbestandes berücksichtigen (Drucksache 16/12629)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas			
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		X	
Dechant Thomas			
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dorow Alex		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika		X	
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Freiherr von Gumppenberg Dietrich		X	
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig			
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas			
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike			
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele	X		
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			X
Pointner Mannfred			
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian	X		
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg			
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja			
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim			X
Dr. Vetter Karl			
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika			
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul			
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg			
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin		X	
Zeitler Otto		X	
Zelmeier Josef			
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	62	85	2